

DER KAMPF

Jahrgang 3

1. Juli 1910

10. Heft

Otto Bauer: Der Weg zum Frieden

Tausende deutscher Arbeiter aus dem Reiche, aus der Schweiz, aus Oesterreich arbeiten in Paris. Das Pariser Kürschnergewerbe ist fast ausschliesslich in den Händen von Ausländern, unter denen die Deutschen die erste Rolle spielen — in der Pariser Kürschnergewerkschaft werden die Verhandlungen in deutscher Sprache geführt. Deutsche Arbeiter sind die Seele der Gewerkschaft der Bierbrauer in Paris. Die Pariser Feinbäckerei ist von Deutschösterreichern gegründet worden. Heute noch heisst der Pariser Feinbäcker le Viennois, der Wiener; er ist in der Regel freilich ein Reichsdeutscher. In der Möbelindustrie des Faubourg St. Antoine sind viele Deutsche als Kleinmeister und als Tischlergehilfen tätig. Deutsche Herrensneider sind neben den englischen sehr gesucht. Die Kellner in den Fremdenhotels sind zumeist Reichsdeutsche, die Portiers Deutschschweizer. Der Pariser Ausfuhrhandel beschäftigt mit Vorliebe deutsches Bureau-personal. Tausende deutscher Dienstmädchen sind in Paris beschäftigt*. Nach dem französischen Rechte sind alle in Frankreich geborenen Kinder französische Staatsbürger. Die Kinder der deutschen Arbeiter, die in Paris heimisch werden, sind also Bürger der Republik. Dennoch denkt niemand daran, dass Frankreich diesen Kindern öffentliche Schulen mit deutscher Unterrichtssprache schaffen sollte. Und wenn der Zuzug deutscher Arbeiter nach Paris noch so gross würde, Paris bliebe doch stets eine französische Stadt und der deutsche Arbeiter, der in Paris heimisch wird, würde stets in der französischen Kulturgemeinschaft aufgehen, Franzose werden. Denn die Grenze zwischen der deutschen und der französischen Nation ist in blutigen Kriegen festgestellt worden. Das Schwert hat die Grenzfurchen gezogen. Wer sie überschreitet, um nicht wiederzukehren, gibt für sich und seine Kinder seine Nationalität auf.

Tschechische Arbeiter wandern nach Wien, nach Deutschböhmen und Deutschmähren, wie deutsche Arbeiter nach Paris wandern. Aber hier hat kein Friedensschluss nach blutigem Kriege Grenzmauern zwischen den Nationen aufgerichtet. Das Gesetz kennt hier nicht Deutsche noch Tschechen, sondern nur Bürger des Staates, nicht deutschen noch tschechischen Boden, sondern nur Reichsländer. Keiner Nation beschirmt hier die wehrhafte Volkskraft ihren Boden. Die tschechischen Arbeiter bevölkern und bereichern unsere Grossstädte, unsere Industriegebiete; müssen sie nicht fordern, dass der Staat, der ja kein deutscher, der auch ihr Staat ist, ihnen auch hier gewähre, was sie zur Erhaltung und Entwicklung ihrer nationalen Kultur brauchen? Der Deutsche sieht, wie der Strom der slawischen Einwanderer anschwillt, wie sie immer lauter Volksschulen, Mittelschulen, Beamte, Kulturinstitute für ihre Nationalität fordern; muss ihm nicht bange werden bei dem Gedanken, dass die deutsche Stadt zweisprachig werden, dass die Mehrsprachigkeit die sozialen Reibungen verstärken, dass die deutsche Heimat zur Stätte wilden Sprachenkampfes werden wird? Noch hat keine Nation eine Stadt mit zwei Millionen Bewohnern anders als auf dem Schlachtfeld erobert, kein Volk eine Grossstadt ohne Schwertstreich preisgegeben; kann hier durch Gerichtsentscheidungen und Parlamentsbeschlüsse die Grenze zwischen den Völkern verschoben werden, wie die Tschechen wollen, verewigt, wie die Deutschen wünschen? Darum will sich keines der beiden Völker in

* Vergleiche Schirmacher, Die Ausländer und der Pariser Arbeitsmarkt. „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, 27. Band.

dieser Frage der Entscheidung einer feindlichen Parlamentsmehrheit unterwerfen. Die Deutschen können die Lex Kolisko-Axmann, die Tschechen die Errichtung öffentlicher tschechischer Schulen in Wien nicht durchsetzen. Nur wer vom parlamentarischen Kretinismus völlig gefangen ist, kann meinen, dass der Zufall eines Mehrheitsbeschlusses hier entscheiden werde, was überall und zu allen Zeiten nur mit der Waffe in der Hand entschieden worden ist. Die parlamentarische Obstruktion ist nichts anderes als die Revolte der Völker gegen die Anmassung des Parlamentarismus, der mit Mehrheitsbeschlüssen entscheiden will, was stets nur Blut und Eisen entscheiden konnten.

Kein Volk bildet in diesem Reiche die Mehrheit; aber keines will sich die Grenzen seines Sprachgebietes durch den Beschluss einer fremden Mehrheit zumessen lassen. Keiner Nation gewährt unsere Verfassung das Recht der Eigengesetzgebung und Selbstverwaltung; darum wahrt sich jede Nation die volle Freiheit der Abwehr gegen eine Gesetzgebung und Verwaltung, die sie nicht als ihren Besitz anerkennt. Durch die nationale Obstruktion ist das Mehrheitsprinzip aufgehoben. Badeni ist über seine Sprachverordnungen gefallen, obwohl er eine sichere Mehrheit hatte. Bienerth kann (trotz der Geschäftsordnungsreform!) seine Sprachvorlagen nicht einmal in einen Ausschuss bringen, obwohl er über eine Mehrheit verfügt. Wenn selbst die Amtssprachenfrage dem Mehrheitsbeschluss entzogen wird, wie erst die Frage der Minderheitsschulen, die viel tiefer in die nationalen Verhältnisse eingreift, wie erst die Wiener Frage, das nationale Problem der Stadt, in der zwei von den neun Millionen Deutschen Oesterreichs leben! Ich nenne diese Aufhebung des Mehrheitsprinzips durch die fortwährende Drohung der nationalen Obstruktion die negative Autonomie. „Das Recht der Nationen auf Obstruktion ist unsere ungeschriebene Verfassung.... Für die Nationen bedeutet das Recht auf Obstruktion ein Stück der nationalen Autonomie. Jede Nation ist dagegen gesichert, dass der Kreis ihres Rechtes oder ihrer Macht durch Mehrheitsbeschluss oder Regierungsverfügung verkleinert werde; was sie nicht ertragen kann oder will, braucht sie nicht zu dulden. Aber gerade weil nun keine Nation mehr eine Minderung ihrer Macht dulden muss, kann auch kein Volk eine Ausdehnung seiner Macht, eine Ausgestaltung der seiner Kultur dienenden Institutionen erringen, wenn die anderen Völker oder auch nur eines von ihnen sie ihm nicht zugestehen wollen. Die negative Autonomie, die Autonomie der Abwehr, macht die Nationen allmächtig, jede Minderung ihrer Macht abzuwehren, aber sie macht sie auch ohnmächtig, die Mehrung ihrer Macht zu erringen.“* Dieser Zustand lastet schwer auf allen Nationen: auf den Deutschen in Böhmen ebenso wie auf den Tschechen in Wien. Aber dieser Zustand ist. Jede taktische Erwägung muss von der Erkenntnis ausgehen, „dass an den rechtlichen Beziehungen der Nationen heute nichts Wesentliches mehr geändert werden kann, ausser im Wege der Vereinbarung, die gegenseitige Zugeständnisse voraussetzt“.

In Zeiten ruhiger Entwicklung wird Oesterreich diese Entwicklungsstufe nicht überwinden. Sie wird überwunden werden in einer Zeit grosser Umwälzungen, in einer Zeit der staatlichen Neubildungen, der Kriege, der Revolutionen. In einer solchen Zeit, in der alles Starre zu wanken beginnt, wird die österreichische Demokratie erweisen müssen, ob sie die Kraft besitzt, das nationale Problem zu lösen. Die Demokratie wird die negative Autonomie aufheben, indem sie den Nationen die positive Autonomie gibt: „Von der negativen Autonomie durch die Obstruktion der Gesetzgebung zur positiven Autonomie durch die Okkupation der Verwaltung führt die Nationen ihr Weg.“ Erst im Rahmen eines solchen Neubaus wird das Problem der nationalen Minderheiten gelöst werden. Die Deutschen werden den tschechischen Minderheiten in ihren Städten gewähren müssen, was sie ihren Minderheiten im tschechischen Gebiet erhalten wollen. Und wenn selbst die Deutschen — ein Volk, dessen Zahl in jedem Jahre um eine Million Köpfe wächst! — ihre Minderheiten leichten Herzens preisgeben wollten, so müssten sie dennoch, wenn sie im Rahmen dieses Staates Autonomie und Frieden jemals erlangen wollen, den fremden Minderheiten in ihrem Gebiet ein fest umgrenztes Recht einräumen. Denn die Völkchen um uns sind zu klein, als dass sie auf Hunderttausende ihrer Volksgenossen verzichten könnten. Als Kaufpreis für die eigene nationale Autonomie, als

* Otto Bauer, Unser Nationalitätenprogramm und unsere Taktik. „Der Kampf“, I., Seite 205

Bedingung des dauernden nationalen Friedens werden die Deutschen den slawischen Minderheiten gewähren müssen, was sie ihnen heute verweigern. Nicht ein natürliches Recht, das immer und überall gilt, aber eine Bedingung des nationalen Friedens und der nationalen Selbstregierung in diesem Reiche ist der Schutz der Minderheiten.

Freilich, ob die Demokratie in Oesterreich die revolutionäre Tat eines solchen Neubaues zu vollbringen fähig sein wird, wissen wir nicht. Kann sie es nicht, dann wird die Geschichte über sie hinweggehen. Dann mag dieser Staat in den Flammen eines Weltenbrandes aufgehen. Dann wird die Geschichte auch auf diesem Boden mit dem Schwerte die Grenzfurchen zwischen den Völkern ziehen. Dann freilich wird es in Wien ein tschechisches Problem so wenig geben wie in Paris ein deutsches.

* * *

Noch stehen wir vor der Stunde der Entscheidung. Aber die nationalen Probleme sind da und heischen ihre Lösung. In jedem Augenblick taucht irgend eine nationale Einzelfrage auf, entfesselt die Leidenschaften, trägt den Zwiespalt auch in unsere Reihen. Die Frage, wie wir diese Schwierigkeiten überwinden sollen, ist heute das wichtigste Problem unserer Taktik.

Im Budgetausschuss erhebt sich Herr Staněk und stellt den Antrag, der Staat möge der tschechischen Privatschule in Wien eine Subvention von 100.000 K gewähren. Was die Annahme eines solchen Antrages, die Durchführung eines solchen Beschlusses bedeuten würde, weiss jedermann, der die Bedeutung des Wiener Problems begreift: sie würden Oesterreich in nationale Kämpfe stürzen, denen gegenüber der Kampf um die Badenischen Sprachenverordnungen als eine harmlose Episode erschiene. Und wenn der Staat zugunsten dieser einen Minderheitsschule eingreifen wollte, stünden sofort ein paar hundert nationale Schulfragen auf der Tagesordnung des Parlaments: jede Minderheitsschule in Tirol und in der Bukowina, in Schlesien und im Küstenland würde Staatshilfe fordern, über jede dieser hundert lokalen Nationalitätenfragen sollte das Parlament entscheiden. Und das in einer Zeit, in der sich keine Nation dem Mehrheitsbeschluss unterwerfen will! Der Versuch, jede einzelne dieser nationalen Schulfragen durch Mehrheitsbeschluss zu entscheiden, wäre der Selbstmord des demokratischen Parlaments! Die Bahn wäre frei für einen Cäsar, der den Völkern mit dem Degen in der Hand die Bedingungen des Friedensschlusses diktieren könnte! Darum haben die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt, dass sie für keinen Antrag stimmen könnten, der das Parlament zur Entscheidung über einzelne Minderheitsschulen berufen will; darum haben sie gegen den Antrag Staněk gestimmt und werden sie gegen jeden ähnlichen Antrag stimmen müssen.

Dem Antrag Staněk hat der Sozialdemokratische Verband die Resolution Adler gegenübergestellt. Sie will jeder Nation einen festen Betrag zur Unterstützung ihrer Minderheitsschulen gewähren; über die Verwendung dieses Betrages soll die Nation selbständig, autonom entscheiden. Der Beschlussfassung des Parlaments soll diese Frage gänzlich entzogen werden. Wir wollen nicht über die nationalen Einzelfragen streiten, sondern diese Fragen prinzipiell lösen, indem wir jeder Nation ihre Angelegenheiten zu selbständiger Entscheidung zuweisen; nicht Kampf um nationale Einzelfragen, sondern prinzipielle Lösung dieser Einzelfragen durch die nationale Autonomie — das bedeutet die Resolution Adler.

Die deutsche Sozialdemokratie ist von den tschechischen Genossen mit leidenschaftlichen Worten bekämpft worden, weil ihre Vertreter gegen die Resolution Staněk gestimmt haben. Das wichtigste Problem unserer Taktik ist in diesem Konflikt sichtbar geworden: Sollen wir uns an dem Kampf um nationale Einzelforderungen beteiligen oder sollen wir allen Forderungen der bürgerlichen Nationalisten die Forderung nach der prinzipiellen Lösung der nationalen Probleme durch die nationale Autonomie entgegenstellen? Das ist die Frage, die den Gegensatz zwischen der Resolution Staněk und der Resolution Adler allgemein ausdrückt.

Ich habe diesen Gegensatz schon im letzten Abschnitt meines Buches über die „Nationalitätenfrage“ dargestellt. Ich habe die Taktik, die unsere Kräfte mit nationalen

bürgerlichen Parteien zum Kampf um nationale Gegenwartsforderungen verbünden will, die Taktik des nationalen Revisionismus genannt; die Taktik aber, die jede Beteiligung an den Kämpfen um nationale Einzelforderungen ablehnt und allen nationalen Gegenwartsforderungen die prinzipielle Forderung nach der nationalen Autonomie gegenüberstellt, nannte ich die prinzipielle internationale Taktik. Die tschechischen Genossen haben sich meine Terminologie angeeignet. Nur mit einem kleinen Unterschied: Sie nennen nationalen Opportunismus, was ich prinzipielle internationale Taktik genannt habe; sie halten für prinzipiell und international, was ich nationalen Revisionismus nenne.

Wir stehen auf der Entwicklungsstufe der negativen Autonomie. Die Erfüllung wichtiger nationaler Einzelforderungen durch blossen Mehrheitsbeschluss ist heute unmöglich; jeder Versuch solcher Lösung führt nationale Kämpfe herbei, die für den Klassenkampf der österreichischen Arbeiterschaft die allergrösste Gefahr sind. Unter solchen Umständen kann es für uns nur eine Aufgabe geben: Wir müssen die Völker begreifen lehren, dass sie nicht im nationalen Kampfe, sondern nur durch Vereinbarungen, die gegenseitige Zugeständnisse voraussetzen, vorwärtskommen, nur auf diese Weise Schritt für Schritt eine Nationalitätenverfassung aufbauen können, die den Bedürfnissen aller Völker genügt. Diese Aufgabe muss jede sozialdemokratische Partei innerhalb ihrer Nation im Kampf gegen die bürgerlichen Parteien der eigenen Nation erfüllen. Steht also zum Beispiel die Frage der Wiener Minoritätsschulen zur Entscheidung, so ist es die Aufgabe der deutschen Sozialdemokraten, den deutschen bürgerlichen Parteien zu sagen, dass wir nicht hoffen dürfen, dem deutschen Volke seine Autonomie zu erringen, wenn wir nicht den fremden Minderheiten auf deutschem Boden ihr Recht verbürgen. „Bietet den Tschechen Minderheitsschulen in Wien als Kaufpreis für die volle Autonomie der Deutschen in Böhmen und Mähren!“, das hätten die deutschen Sozialdemokraten der deutschen Bourgeoisie bei diesem Anlass sagen müssen. Andererseits wäre es die Pflicht der tschechischen Sozialdemokraten gewesen, bei diesem Anlass den tschechischen bürgerlichen Parteien zu sagen, dass die tschechischen Minoritäten im deutschen Gebiet ihr Recht heute, auf der Entwicklungsstufe der negativen Autonomie, nicht durch Demonstrationsanträge, nicht durch Mehrheitsbeschlüsse, nicht im Kampf, sondern nur im Rahmen eines nationalen Ausgleiches erlangen können. „Bietet den Deutschen die volle Autonomie in Böhmen und Mähren und tauscht dafür Minderheitsschulen in Wien ein!“, so hätten die tschechischen Sozialdemokraten zur tschechischen Bourgeoisie sprechen müssen. Das wäre prinzipielle internationale Taktik.

„Die nationale Assimilation der tschechischen Arbeiter im deutschen Gebiet ist ein natürlicher Prozess. Fördert diesen Prozess, indem ihr deutsche Kulturinstitute für die Arbeiterschaft errichtet, indem ihr ihr deutsche Kindergärten, deutsche Schulen aller Art, deutsche Volksbildungsinstitute, deutsche Theater zur Verfügung stellt und ihre Tore auch dem tschechischen Arbeiter öffnet! Stosset den tschechischen Arbeiter nicht durch Gewalttaten, nicht durch Hochmut von euch! Nicht wenn ihr ihn von euch stosset, sondern wenn ihr ihn einladet, mit uns die reichen Schätze der deutschen Kultur zu geniessen, fördert ihr die friedliche nationale Assimilation. Aber erwartet nicht, dass der Staat, von dessen Bürgern wir Deutschen nur ein Drittel sind, diese Assimilation durch Rechtsverweigerung erzwingen, durch die brutale Gewalt des Gesetzes seinen Bürgern auferlegen kann. Der demokratische Nationalitätenstaat muss jedem Volke die Schulen gewähren, die es braucht.“ So müssten die deutschen Sozialdemokraten bei solchem Anlass sprechen. „Die friedliche Assimilation eines grossen Teiles der tschechischen Arbeiter an die deutsche Umgebung ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung. Wir wollen verhindern, dass die Assimilation durch den Terror der Unternehmer und Hausbesitzer, durch bübische Gewalttaten, durch Gesetze und Gerichtsentscheidungen erzwungen wird. Aber wir können nicht erwarten, dass der Staat die Assimilation auch dort verhindert, wo sie aus zwanglosem Verkehr hervorgeht. Eine Minderheit in diesem Reiche, können wir nur solche Minderheitsschulen erlangen, welche den Assimilationsprozess nicht erzwingen, aber auch nicht verhindern. Erklären wir uns damit einverstanden, dass an den tschechischen Schulen im deutschen Gebiet die deutsche Sprache als Unterrichtsgegenstand, auf der höheren Stufe bei dem Unterricht einiger Lehrgegenstände auch als Unterrichtssprache gebraucht wird, dann werden

wir die Minderheitsschulen erlangen.“ Das hätten die tschechischen Genossen ihren Nationalisten sagen müssen. Das wäre prinzipielle internationale Taktik.

Ob wir für oder gegen den belanglosen Antrag des Herrn Staněk stimmen sollten, mag dem parlamentarischen Kretinismus als eine wichtige Frage erscheinen; die Abstimmung wäre höchst gleichgültig, wenn nur unsere ganze Propaganda gezeigt hätte, dass wir auch in dieser Frage in der Sache einig sind, auch hier der ganzen Bourgeoisie, der deutschen sowohl wie der tschechischen, als Sachwalter des Friedens gegenüberstehen.

Entspräche die Taktik der tschechischen Sozialdemokraten diesen Grundsätzen, dann hätten die deutschen Genossen Herrn Staněk nicht entgeggetreten müssen; sie hätten den geschäftigen Herrn beruhigt der „autonomen Gerichtsbarkeit des Genossen Němec überlassen“ und sich selber gegen die deutschen Staněks wenden können. Leider sind die tschechischen Genossen in diesem Falle mit Herrn Staněk Arm in Arm marschiert. Unsere tschechischen Genossen sind stets bemüht, zu zeigen, in welchen Fragen sie mit dem tschechischen Bürgertum einig sind; sie sind viel weniger eifrig, zu demonstrieren, wodurch sie sich auch in nationalen Fragen von der tschechischen Bourgeoisie unterscheiden. Sie vertreten mit grosser Entschiedenheit die tschechischen Einzelforderungen in der Internationale; ihr Eifer ist weit weniger gross, das Prinzip der nationalen Verständigung und der nationalen Autonomie gegenüber den tschechischen Einzelforderungen zu vertreten. Und da die deutschen Genossen einer solchen nationalen Einzelforderung nicht erst im Hause in der Rede des Genossen Adler, sondern schon im Ausschuss in der Rede des Genossen Seitz das Prinzip der nationalen Autonomie gegenübergestellt haben, beschuldigte die tschechische Parteileitung uns des — nationalen Opportunismus.

Wir verstehen sehr wohl, dass die tschechische Arbeiterschaft, deren nationale Bedürfnisse weniger vollständig befriedigt sind als die des deutschen Proletariats, ungeduldig wird, wenn wir sie auf den langen und mühseligen Weg zum dauernden Friedensschluss der Nationen verweisen. Aber gerade die tschechische Nation braucht eine Partei, die mutig genug ist, zu bekennen, dass aller Kampf um Einzelforderungen zu keinem Erfolge führen kann, dass nationale Erfolge nur durch Kompromisse errungen werden können! Seit 1897 hat die tschechische Nation eine Niederlage nach der anderen erlitten, weil sie dieser Tatsache nicht Rechnung trägt. Die tschechische Bourgeoisie hat die Polizei gegen die Obstruktion ins Feld geführt, um morgen selbst zu obstruieren; sie hat das Parlament obstruiert, um morgen selbst die Obstruktion umzubringen; sie hat in der Opposition wie in der Regierungsmehrheit ihr Glück versucht; sie hat bald mit dem Hochverrat kokettiert, bald die Schwärzesten der Schwarzen im Patriotismus zu überbieten versucht. Und der Erfolg? Eine Kette von Niederlagen! Uns dünkt, es wäre Zeit, dass die tschechische Sozialdemokratie ihre Nation lehre, dass die negative Autonomie, die die Tschechen als „deutsches Veto“ kennen gelernt haben, nicht durch List, nicht durch parlamentarische Ränke, nicht durch Gewalt überwunden werden kann, sondern nur durch die positive Autonomie der Nationen!

Gewiss, auch die schönsten Reden über den nationalen Frieden und die nationale Autonomie sind nur Worte, nur Propagandamittel. Sie schaffen den tschechischen Minderheiten keine Schulen — beiläufig ebensowenig wie ihnen nationale Demonstrationsanträge Schulen schaffen. Den nationalen Friedensschluss herbeizuführen, der allein auch den nationalen Minderheiten ihr Recht verbürgen kann, dazu fehlt uns freilich noch die Macht. Aber je mehr wir erstarken, desto näher kommen wir auch diesem Ziele.

Wir haben heute eine Regierung, die sich auf die deutsche, die polnische und die italienische Bourgeoisie stützt, der Unterstützung der anderen Nationen entraten kann. Wären nur um 15 deutsche, polnische und italienische Sozialdemokraten mehr, also ebenso viele Regierungsmänner weniger im Parlament, dann wäre das System Bienerth unmöglich. Die deutschbürgerlichen Parteien müssten sich dann mit den tschechischen in einer Mehrheit vereinigen! Und da eine solche Koalition durch die ungelösten nationalen Fragen immer wieder gesprengt wird, müssten die Vertreter des deutschen und des tschechischen Bürgertums den Weg zum nationalen Frieden suchen, weil ohne ihre dauernde Vereinigung die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit nicht mehr

möglich wäre. Aus dem Parlamentarischen in das Soziale übersetzt: Heute kann sich die Bourgeoisie den Luxus des nationalen Kampfes noch gestatten; je mehr die Arbeiterklasse erstarkt, desto zwingender wird die Notwendigkeit für die Bourgeoisie, den Weg zum nationalen Frieden zu suchen und zu finden, weil sie nur noch vereint das Proletariat beherrschen kann. Wird die soziale Opposition so stark, dass gegen sie alle bürgerlichen Parteien vereinigt werden müssen, dann kann keine Regierung bestehen, die eine nationale Opposition herausfordert. Durch die blosse Tatsache ihres Wachstums bahnt die Sozialdemokratie den Weg zum nationalen Frieden.

Jedes Mandat, das die deutsche Sozialdemokratie der deutschen Bourgeoisie abnimmt, stärkt nicht nur die Macht der Arbeiterklasse im Parlament, es schwächt auch die deutsch-polnisch-italienische Bourgeoisie; je mehr Mandate aus dem Besitzstande der deutschen Bourgeoisie in den Besitz der deutschen Sozialdemokratie übergehen, desto früher muss die deutsche Bourgeoisie die Bundesgenossenschaft der tschechischen suchen, desto näher sind wir einem nationalen Ausgleich, der jeder Nation, also auch der tschechischen, wenigstens einen Teil dessen geben muss, was sie fordert.

Nicht der Kampf um nationale Einzelfragen, wie begreiflich und begründet sie an sich sein mögen, ist also unsere Aufgabe. Das nationale Recht kann nur noch in einem nationalen Friedensschlusse begründet werden. Durch eine Propaganda, die den Losungen des nationalen Kampfes das grosse Ziel der nationalen Autonomie gegenüberstellt, müssen wir den Völkern den Weg zum Frieden weisen. Das Erstarken der Arbeiterklasse, das die Besitzenden zusammenschweisst, muss sie zwingen, diesen Weg zu gehen. Mit Mehrheitsbeschlüssen heilt man die Krankheit dieses Reiches nicht. Die nationalen Probleme dieses Reiches können erst gelöst werden, wenn der sieghafte Aufstieg der Arbeiterklasse die kämpfenden Bourgeoisien zum Friedensbündnis zwingt. Was sonst im Völkerkriege das Schwert vollbracht hat, kann hier nur der eiserne Zwang des Klassenkampfes vollbringen.

Adolf Braun: Aelteste und neueste Sozialistenbekämpfung

Das Problem der Sozialistenvernichtung, zum mindesten der Hemmung des weiteren Wachstums unserer Partei hat in Deutschland immer wieder die herrschenden Gewalten beschäftigt. Professoren und Bürokraten, Journalisten und Unternehmer haben sich theoretisch und praktisch an die Lösung dieser Aufgabe gemacht, freilich mit recht geringem Erfolge. Der alternde Bismarck, der sich in der ersten Zeit seiner Ministerschaft gerne mit Lassalle unterhielt, der in dem allgemeinen Wahlrecht ein Mittel sah, endlich mit der damals noch halsstarrigen und noch nicht militärfrommen Bourgeoisie fertig zu werden, dieser Bismarck fand am Schlusse seiner Regierungszeit, nachdem er alle Formen der Peitsche und manche des Zuckerbrotes gegen die Arbeiter erprobt hatte, kein anderes Mittel gegen die Sozialdemokratie als Blut und Eisen. Er kam zu seiner Weisheit letztem Schluss, indem er, der gerühmteste Staatsmann des ausgehenden 19. Jahrhunderts, durch die Entwicklung der Sozialdemokratie in Furcht gejagt, die Furcht vor dem Worte seines italienischen Kameraden, des grossen Cavour, aufgab, dass mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren könne. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der zeitlich und sicherlich auch ursächlich mit dem Ende seiner Reichskanzlerschaft zusammenfiel, vergass er an das Wort, dass Bajonette zu allem gut seien, dass man sich nur nicht auf sie setzen könne.

Bismarcks Nachfolger Caprivi erklärte, dass man bei jeder Handlung der Gesetzgebung und Verwaltung in Preussen immer zuerst die Wirkung auf die Sozialdemokratie erwägen müsse. Unter der Herrschaft des dritten Reichskanzlers, des Fürsten von Hohenlohe, versuchte man es mit der Aenderung des gemeinen Rechtes, mit Zuchthausvorlage und Umsturzvorlage, die aber doch nichts anderes sein sollten, als Gesetze, ausschliesslich gerichtet gegen die Entfaltung der Sozialdemokratie.

Als das Sozialistengesetz gefallen war, wurde das Wort geprägt von dem Kampf mit „geistigen Waffen“ gegen die Sozialdemokratie. Nichts hat mehr den Hohn der deutschen Sozialdemokratie hervorgerufen als der Widerspruch zwischen diesem Worte und dem, was unter dieser Flagge geschah. Nichts hat den Tiefstand der Wissenschaft und Publizistik im Kampfe gegen die Sozialdemokratie rücksichtsloser enthüllt, als die kläglichen Versuche, mit angeblich geistigen Waffen, in Wahrheit mit Verdrehungen und Verleumdungen die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Immer von neuem wurde in Reichstagsreden, in politischen Broschüren, in Zeitungen, in geheimen Beratungen, in der den Unterbehörden zur Pflicht gemachten Berichterstattung über die Entwicklung der Sozialdemokratie die Frage erörtert, wie man mit der Sozialdemokratie fertig werden könnte. Mit dem Aufwande ganz gewaltiger finanzieller Aufwendungen, zu denen die Regierung des Fürsten Bülow, die Kartelle und zahlreiche Einzelunternehmer Deutschlands reichliche Beiträge widmeten, wurde der Reichsverein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie begründet. Ungeheure Geldsummen wurden geopfert, zahllose Flugblätter mit den schamlosesten Verleumdungen der Sozialdemokratie, Fälschungen der Aeusserungen ihrer Führer, Verdrehungen ihrer Absichten, Missdeutungen ihrer Abstimmungen, Verkehrungen ihres Strebens in das Gegenteil wurden in ganz Deutschland verbreitet, sie fanden sogar in Abdrücken den Weg über unsere Grenzen. Zahlreiche in besonderen Schulen ausgebildete, vor keiner Gehässigkeit und Frechheit zurückschreckende Redner wurden herangebildet, um den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Allen bürgerlichen Parteien, von den extremsten Konservativen bis zu den Demokraten, bot der Reichsverband seine zumeist gern gesehenen Dienste an, vielfach drängte er sie auf, wo sie nicht erwünscht waren. Die Wahlen vom Jahre 1907 standen unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, der bestimmt und gerichtet war durch die systematische, grosszügige, alle ähnlichen Leistungen in Schatten stellende Aktion des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Wahlen vom Jänner 1907, die den Sozialdemokraten zwar keine Einbusse an Stimmen, wohl aber an Mandaten brachten, wurden als glänzendster Beweis für die Richtigkeit der Methoden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gepriesen. Als Genosse Bernstein und andere mit der „Revision“ des Marxismus begannen und damit nicht aufhörten, meinten besonders Schlaue, die Sozialdemokratie „auseinanderloben“ zu können; aber auch hier blieb der Erfolg ausser jedem Verhältnis zu den Anstrengungen. Alle diese Methoden haben sich nun in Deutschland überlebt. Seit Jahr und Tag marschirt die deutsche Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg. Ueberall steigen die Zahlen der für sie abgegebenen Stimmen, mit 120 sozialdemokratischen Mandaten bei den nächsten Reichstagswahlen rechnen vorsichtige Gegner. Sie erklären damit, dass alle bisherigen Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie ihren Wert und ihre Bedeutung eingebüsst haben, also auch die Verleumdungstaktik des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Sie hat sich überlebt, sie ist durchschaut von den Wählern und nun überwunden von der schon fast totgesagten Sozialdemokratie.

Trotz all der Misserfolge reizt aber noch immer das Problem der Sozialistenvernichtung unsere Gegner, natürlich vor allem die Professoren der politischen Oekonomie, die trotz aller Aufregung der Scharfmacher und der Unternehmersekretäre über ihren nicht genug scharfmacherischen Standpunkt die klug ausgewählten Verteidiger der herrschenden Ordnung sind. Engels soll einmal gesagt haben, die politische Oekonomie in Deutschland sei die Lehre, wie man den Sozialismus widerlegt. Nachdem die Lehren von Marx von Verfassern deutscher Doktordissertationen und Habilitationsschriften, von ausserordentlichen und ordentlichen Professoren in mannigfach sich widersprechender Art „widerlegt“ wurden, denken jetzt viele Inhaber nationalökonomischer Lehrstühle an die praktische Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die ministeriell gestempelten Gelehrten werden mit ihrem neuen Eifer nicht mehr Ehre und Ansehen ernten wie mit ihrem früheren Hochmut gegen den wissenschaftlichen Sozialismus. Wenn ein Sombart zu den christlichen Gewerkschaften geht, wenn die Schulze-Gävernitz und Genossen auf den evangelisch-sozialen Kongressen daherreden von der besten Methode der Sozialpolitik und von der Beeinflussung der Arbeiter, um sie aufzuklären über die Schäden

des Sozialismus, so schafft das alles nur kurzfristigen Zeitungsruhm, der rasch verhallt. Der Einfluss der Sozialdemokratie auf die Arbeitermassen mindert sich trotz all der zur Schau getragenen Eitelkeit und Ueberlegenheit der Ratgeber der Bourgeoisie nicht im geringsten. Trotz allen Misserfolges wagen sich immer wieder mehr Professoren mit und ohne Namen, mit und ohne Charakter an die ungelöste, wie wir überzeugt sind, unlösbare Aufgabe, die Arbeitermassen von dem Einflusse der Sozialdemokratie zu befreien. In die Schranken reitet auch Dr. Heinrich Herkner, der Professor der politischen Oekonomie am Charlottenburger Polytechnikum, ein Deutschböhme von Geburt, ein Mann, der in der Jugend viel versprach. Er nützt die Besprechung der neuesten Schilderungen des Arbeiterlebens aus, um die Frage zu prüfen, ob die Erkenntnis des Seelenlebens der Arbeiter nicht den Weg weise, die Arbeiterklasse geistig auszuhungern. Herkner empfiehlt sich einer verehrlichen Bourgeoisie durch ein ebenso absprechendes wie hässliches Urteil über Bebel. Bebels Buch „Aus meinem Leben“ nennt der selbstbewusste Professor ein „. . . . sonst langweiliges und seniles Buch“. Dem schon als Jüngling gealterten Herkner steht dieses Urteil, das durchaus im Widerspruch steht mit der Würdigung dieses Buches durch zahlreiche Gegner Bebels, am wenigsten zu. Wer wie Herkner den Höhepunkt seines literarischen Wirkens in seiner ersten Schrift, in seiner Doktordissertation erreicht hat und von da an immer weniger Wertvolles geleistet hat, wer wissen muss, dass die erste Auflage seiner Arbeiterfrage die beste war und dass jede folgende an Wert verloren hat, der sollte doch über einen der ersten und verdientesten Männer des deutschen Volkes, dessen geistige Frische trotz des Greisenalters uns alle erfreut, etwas weniger vorlaut und unbescheiden urteilen. Doch ist Herr Professor Herkner keine Persönlichkeit, deren Urteil für Bebel von irgendwelcher Bedeutung sein kann. Wir erwähnen seine Kritik Bebels nur, um einen Beitrag zur Wertung Herknens beizubringen. Es kann nämlich sein, dass die Vorschläge, die er in dem Hefte der Preussischen Jahrbücher vom Juni 1910 macht, in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, richtiger gesagt, in der Erörterung der Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, eine Rolle spielen können.

Herkner möchte der Sozialdemokratie die geistigen Kräfte, die leitenden Personen entziehen, er hofft, dass dann eine breite Masse ungeschulter, unklarer, untüchtiger, unfähiger, keinen Weg und kein Ziel kennender Proletarier übrig bleiben würde, die dann der Spielball der politischen Parteien des Bürgertums wären, so dass die Gefahr der Sozialdemokratie durch dieses verflucht gescheite Mittel ein für allemal beseitigt würde. Der Professor meint wohl, dass die Sozialdemokratie eine Hammelherde ist, die man spielend führerlos machen könne. Herr Professor Herkner hat damit bewiesen, dass er die Arbeiter, die Massen und die einzelnen nicht versteht und dass er auch von der Bourgeoisie und von ihrer Furcht vor der Konkurrenz von Kräften, die in ihre Kreise eindringen könnten, keine Ahnung hat. Herr Professor Herkner mag sich auf seine Studien über die Arbeiter berufen. Wenn man bisher von diesen Studien etwas gehalten oder erwartet hat, so hat er uns nun belehrt, dass er nicht die Fähigkeit hat, die Arbeiter, die Massen und die aus ihnen hervorragenden Männer und Frauen des Proletariats zu begreifen; würde er sie würdigen, könnte er nicht Vorschläge machen, wie wir sie kurz skizziert haben, wie wir sie nun mit seinen eigenen Worten darlegen wollen. Wir lassen die entscheidende Stelle aus den Ausführungen Herknens* hier folgen:

Wie immer man nun über diese ganze Literatur urteilen mag, unbestreitbar ist die Tatsache, dass sich innerhalb der unteren Schichten der Arbeiterklasse eine nicht unerhebliche Zahl von Männern findet, deren geistige Interessen, seien es nun solche politischer, literarischer, künstlerischer oder wissenschaftlicher Art, weit über ihre soziale Position hinausragen. Sie sehen keine Möglichkeit für ihre Person, in eine ihrer Begabung angemessene Stellung zu gelangen und setzen deshalb schliesslich ihre einzige Hoffnung auf die Befreiung der ganzen Klasse, der sie äusserlich angehören. Je besser und zahlreicher unsere Schul- und Bildungseinrichtungen werden, desto grösser wird die Zahl solcher Leute, die sich in der Gesellschaft nicht mehr am richtigen Platze befinden, vermutlich ausfallen, sofern es uns nicht gelingt, das Emporsteigen begabter Elemente wesentlich

* Herkner, „Seelenleben und Lebenslauf in der Arbeiterklasse“, „Preussische Jahrbücher“ 140. Band (Juni 1910), (Seite 393 bis 412), Seite 412.

zu erleichtern. Und das ist eine wichtige, bei uns aber viel zu wenig gewürdigte Aufgabe der Sozialpolitik. Wir denken immer an die Besserung der Klassenlage durch alle möglichen sozialen Gesetze, aber viel zu wenig daran, dass es ebenso sehr darauf ankommt, bedeutenden Arbeitern den Uebergang in eine ganz andere Klasse, zu einer ganz anderen Berufstätigkeit zu erschliessen. Wenn einzelne Industriestaaten, die in Bezug auf die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung uns weit nachstehen, doch eine weniger revolutionär gesinnte Arbeiterklasse besitzen, so liegt meines Erachtens einer der vornehmsten Gründe dieser Erscheinung darin, dass dort der Aufstieg begabter Arbeiter zu anderen Lebensstellungen leichter erfolgt als bei uns und dadurch die „geborenen Revolutionäre“ rascher in die bestehende Ordnung eingegliedert werden. Man geht jetzt eifrig daran, das sozialdemokratische Monopol, die Massen mit politischer und anderer „Bildung“ zu versorgen, zu brechen. Das ist gut und löblich, kann aber die Grundlagen von Staat und Gesellschaft nur dann befestigen, wenn man, unbeirrt durch Standesvorurteile und zopfiges Berechtigungswesen, den besser gebildeten Persönlichkeiten auch die Bahn zu angemesseneren Stellungen im öffentlichen und privaten Leben frei macht.

Ueber diese wenigen Zeilen liesse sich eine längliche Abhandlung schreiben. Aber wir glauben, es wäre ihnen zuviel Ehre damit erwiesen. Eine kurze Auseinandersetzung, wenn sie auch nicht erschöpfend ist, dürfte genügen. Da wir es mit einem Professor zu tun haben und da diese doch so viel Wert auf die Historie legen, wollen wir zuerst feststellen, dass die Weisheit Herkners nicht auf seinem eigenen Schreibtisch erstanden ist. Was Herkner der Bourgeoisie und den hohen Regierungen empfiehlt, das haben schon andere vorher versucht und Herkner dürfte es wissen, er hat das neue Mittel nicht neu entdeckt, sondern mehr nachgeschrieben. Die katholische Kirche war stets bemüht, die begabtesten Knaben aus den Volksschulen auszulesen, sie durch Gymnasien und Priesterbildungsanstalten durchzuführen und so immer frische, neue, das Mittelmass übersteigende geistige Kraft der *ecclesia militans* zuzuführen. In protestantischen Gegenden haben — wenn auch mit geringerem Erfolge — die Pastoren nach den gleichen Grundsätzen gehandelt. Die grosse Zahl von Stipendien, vor allem für die der Theologie sich befleissenden, dann aber auch für die Studenten der Rechtswissenschaft, weniger für die der anderen Fächer, bezweckte eine Auslese der Talente aus der grossen Masse des Volkes, wodurch der doppelte Zweck erreicht wurde, dass die Unterdrückten — die grosse Masse — um ihre geistigen Kräfte gebracht und dass ihre Begabungen in den Dienst der herrschenden Klassen, vor allem des Staates und der Kirche gestellt wurden. Sicherlich nicht zufällig ist dieses System zur höchsten Vervollkommnung gebracht worden in den schweizerischen Republiken. Sehr vielen begabten Kindern in der Schweiz wird die Möglichkeit des Aufstieges in die höheren Schichten der Gesellschaft, in die Klasse der Unterdrückten gewährt. Es ist dies eine der merkwürdigsten bürgerlichen Ausgleichungen der höchsten Ausbildung der Demokratie.

Eine der interessantesten Fragen, deren ganze Bedeutung hier nicht dargelegt werden kann, ist die nach den Ursachen der vergleichsweise geringen Entfaltung der schweizerischen Arbeiterbewegung, trotz ihrer in normalen Zeiten ausserordentlichen Bewegungsfreiheit, trotz ihres grossen Alters. Diese Arbeiterbewegung hat lange noch nicht den Rang — weder politisch noch gewerkschaftlich — der ihr nach der Industrieentwicklung des Landes, nach dem Alter der Bewegung, nach der Möglichkeit der Agitation und infolge einer Reihe sonstiger überaus günstiger Umstände gebühren würde. Ich habe oft mit Genossen, die in der Schweiz wirken, über diese Frage diskutiert. Eine Reihe von Gründen wurde mir genannt, einer gehört auch in unsere Darstellung. Man sagte mir, keine Arbeiterbewegung habe so wenig Führer aus den Reihen des heimischen Proletariats wie gerade die schweizerische. Bei dem eigenartigen nationalen Zug, der die ganze Bevölkerung dieser Demokratie unbewusst beherrscht und ein gewisses Misstrauen und eine schwer zu überwindende Abneigung gegen alles Nichtschweizerische erzeugt, ist natürlich die Tätigkeit eines aus dem Auslande stammenden Agitators und Organisators in den ersten Jahren von geringerem Erfolge als die eines schweizerischen. Die Tatsache aber, dass dem schweizerischen Proletariat, das an Begabung sicherlich keinem Proletariat der Welt nachsteht, die leitenden Männer nicht aus der eigenen Klasse erwachsen, wurde mit einer umgekehrten Auslese erklärt, mit der Tatsache, dass die begabtesten Kinder des Proletariats schon in der Volksschule dem Zusammenhang mit ihrer Klasse entzogen würden, schon als Jünglinge in die Bourgeoisie hineinwachsen und als Männer allen Zusammenhang mit dem Proletariat verloren haben. Professor Herkner hat über ein Jahrzehnt an der

Zürcher Universität gewirkt, er wird von dieser bewussten oder unbewussten Aktion zur geistigen Schwächung des proletarischen Klassenkampfes gehört haben, er wird sich seinem immer konservativer gewordenen Standpunkte gemäss über diese raffinierte Methode gefreut haben; in den „Preussischen Jahrbüchern“ empfiehlt er nun, was in der Eidgenossenschaft praktiziert wird, als eine besonders empfehlenswerte Theorie dem deutschen Bürgertum und den Regierungen.

Was in den kleinen Demokratien der Schweiz verhältnismässig leicht durchzusetzen ist, was dort historisch Gewordenes ist, das sich langsam entwickelt hat, ist in einem Grossstaate mit erbgewesenen Bürokratengeschlechtern, mit einem auf die Spitze getriebenen Klassengegensatz, mit einer Ueberfüllung aller gelehrten und freien Berufe, mit einer Ueberflutung der Universitäten durch die Studentenschaft, nur am Schreibtisch des Herrn Professors, aber nicht in der ihm doch etwas zu fremden Wirklichkeit möglich.

Professor Herkner verpfuscht das Schweizer Rezept bis zur Karikatur. Während die Schweizer das Kind aus dem Proletariat herausreissen, ihm eine freundliche Zukunft in Aussicht stellen, das Individuum also den herrschenden Klassen sichern, bevor es Stellung nehmen kann in dem Kampfe der Klassen, will Professor Herkner die Erwachsenen, zu voller geistiger Entfaltung Gelangten, zur Parteinahme in den Fragen des Staates, der Gesellschaft, der Wirtschaft Gezwungenen den staaterhaltenden Gewalten gewinnen mit der Aussicht auf den Titel eines königlich preussischen Rechnungsrates und der dazu gehörenden ständigen Subordination. Dazu gehört, dass Herkner an der äussersten Oberfläche des Proletariats bei dem Studium seines Seelenlebens und seines Lebenslaufes haften bleibt. Der Arbeiter und die Arbeiterin, die durch ihre Begabung über den Durchschnitt ihrer Klasse hinausragen, müssen Stellung genommen haben in den Kämpfen ihrer Klasse. Unter tausend begabten Arbeitern und Arbeiterinnen, die dem Bürgertum auffallen, werden 950 ihnen unbequem sein, weil sie aufgefallen sind durch ihre Stellung im Klassenkampf, „weil sie keine Möglichkeit sehen, für ihre Person in eine ihrer Begabung angemessene Stellung zu gelangen, setzen sie schliesslich ihre einzige Hoffnung auf die Befreiung der ganzen Klasse“. Das sagt Herkner, aber er fügt hinzu, dass sie nur äusserlich dieser Klasse angehören. Woher weiss er das, wie kommt er zu dieser durch nichts begründeten Anschauung? Gerade die Begabtesten des Proletariats erkennen die tiefen wirtschaftlichen Ursachen der Ungleichheit des Einkommens, der Klassenschichtung und all des Hochmuts auf der einen Seite, des Sklavensinns auf der anderen. Sie dadurch zu gewinnen, dass man ihnen das Emporsteigen ermöglicht, wäre eine falsche Rechnung. Im Deutschen Reiche mit seinen hochentwickelten Klassengegensätzen sehen wir nicht bloss fast alle Begabungen des Proletariats im Lager der Sozialdemokratie, wir sehen in ihr so manchen aus der Bourgeoisie stammenden, der sich durch volle Solidarität mit dem Proletariat verbunden fühlt und der die Möglichkeit, in den Hafen der Bourgeoisie zurückzukehren, ausgeschlagen hat. Weit zahlreicher natürlich sind innerhalb der Bourgeoisie diejenigen, die durch mannigfache Bande, die nicht zerreißen können, mit ihrer Klasse verbunden bleiben, die aber mit ihren Sympathien und ihren Idealen im Lager der Arbeiterklasse stehen. Diese Tatsache allein zeigt, wie falsch die Rechnung ist, die Herkner aufgestellt hat. Sind schon Angehörige der Bourgeoisie der Verkettung mit uns nicht zu entreißen, wie wenig erst die begabten Arbeiter und Arbeiterinnen! Herkner vergisst auch, dass die grossen in Erscheinung tretenden Begabungen im Proletariat vielfach erst möglich geworden sind durch den Klassenkampf, der diese Kräfte erweckt, lebendig gemacht und erhalten hat. Der Arbeiter, der seinem Klassenfeind imponiert und ihn durch seine geistige Frische, seine Lebhaftigkeit, seine Schlagfertigkeit, seine Gewandtheit, sein Wissen in Erstaunen setzt, würde vielleicht ein unbedeutender, ein gleichgültiger, ein nicht der Entdeckung werter Mensch sein, er würde aller Voraussicht nach ein unglücklicher, seine Protektoren enttäuschender und ihnen zur Last fallender Mensch werden, wenn er aus dem Boden, auf dem er erwachsen ist, herausgerissen würde, wenn man ihm seinem Wesen und seinem Streben nicht liegende, seiner Begabung nicht entsprechende Aufgaben zuweisen würde. Herkner, der von der Kompliziertheit des Problems keine rechte Ahnung zu haben scheint, betrachtet die Aufgabe viel ein-

facher, als sie tatsächlich ist. Würde er das Seelenleben der Arbeiter kennen, so müsste er wissen, dass nur die schwächsten Charaktere, nur die Arbeiter und Arbeiterinnen von geringem Werte für uns und für unsere Feinde den Lockungen, die Herkner empfiehlt, folgen würden. Es liesse sich hierfür manches Beispiel erbringen, aus nahe-
liegenden Gründen verzichte ich darauf.

Es ist keine Ueberhebung, wenn wir Deutschland nicht für reich genug halten, um die Sozialdemokratie geistig auskaufen zu können. Wenn der recht fern-
liegende Vergleich gestattet wäre, würde Herkner dem Herkules gleichen, der der lernäischen Schlange die Köpfe abhauen wollte, aber immer mehr neue ihr erschreckt nachwachsen sähe. Die Geschichte des Sozialistengesetzes scheint Herkner nichts gelehrt zu haben. Damals wollten Bismarck und seine Gehilfen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Führer rauben. Hunderte wurden übers Meer, Tausende ins Elend getrieben, manch Schwächling wurde auch gekauft für die Dienste des Polizeistaates. Trotz alledem gedieh die Sozialdemokratie, sie gedieh besser als jemals vorher, an Stelle der herausgerissenen und ins Gefängnis geworfenen, der übers Meer vertriebenen, an Stelle der furchtsamen und der sich verkaufenden traten andere Männer und Frauen, und das Ende des Sozialistengesetzes zeigte die Sozialdemokratie stärker als jemals zuvor. Wenn Herkner wirklich dem sozialdemokratischen Agitator anbieten könnte, Subalternbeamter oder etwas ähnliches zu werden, würde das eine andere Wirkung haben als die Züchtung mit Spionen zur Zeit des Sozialistengesetzes?

Professor Herkner beweist aber neben seiner mangelnden Kenntnis des Proletariats auch noch seine ungenügende Kenntnis der herrschenden Klassen in Deutschland. Glaubt er wirklich, mit Predigten und freundlichen Worten die Bourgeoisie zum Verzicht auf ihre Monopolstellung in der Verwaltung des Staates und der anderen öffentlichen Körperschaften veranlassen zu können? Glaubt er wirklich, im Reiche und in den Einzelstaaten, wo die Bestätigung jedes Sozialdemokraten für ein unbesoldetes Amt in der Selbstverwaltung grosse und vergebliche Kämpfe auslöst, den Staat gewinnen zu können, dass er die begabten Männer und Frauen der Arbeiterklasse in die von ihm beherrschten Berufstätigkeiten eingliedere? Oder meint vielleicht der Herr Professor, dass man von den Arbeitern und Arbeiterinnen verlangen solle, dass sie sich prostituieren, indem sie ihre Ueberzeugung abschwören? Will er so die „geborenen Revolutionäre“ in die bestehende Ordnung eingliedern, dass er von ihnen für zwölf Silberlinge den Beweis ihrer Charakterlosigkeit abfordert? Wir wollen diesen Gedanken nicht zu Ende denken, obgleich wir keinen Augenblick zweifeln, dass mancher Leser der „Preussischen Jahrbücher“ bei diesem Gedanken nicht vor Scham errödet.

Mit einigen Worten gegen Standesvorurteile und zopfiges Berechtigungswesen schliesst Professor Herkner seine Ausführungen. Wollte er eine Utopie schreiben? Hat er noch niemals einen königlich preussischen Landrat gesehen? Man wird schon mit anderen Waffen vorgehen müssen, wenn man den festgefügtten Bau der preussischen Bureaukratie mit ihren Militäranwärtern und Assessorenparagraphen erschüttern will. An dem starren Egoismus der preussischen Bureaukratie, an den monopolistischen Ansprüchen der herrschenden Klassen auf die Verwaltung des Staates wird die von Herkner vorgeschlagene Methode der Sozialistenvernichtung scheitern.

Der Verfasser der „Arbeiterfrage“ schreibt: „Wir denken immer an die Besserung der Klassenlage durch alle möglichen sozialen Gesetze, aber viel zu wenig daran, dass es ebenso sehr darauf ankommt, bedeutenden Arbeitern den Uebergang in eine andere Klasse, zu einer ganz anderen Berufstätigkeit zu erschliessen“. Herrn Professor Herkner scheint die Sozialpolitik schon langweilig geworden zu sein, man kommt beim Lesen des angeführten Satzes zu merkwürdigen Gedanken über das, was Professor Herkner als Aufgabe der Sozialpolitik zu betrachten scheint. Die Arbeiterklasse zu schwächen, das scheint ihm nun höchstes Ziel zu sein. Wenn man den physiologischen Vergleich gebrauchen darf, die Arbeiterklasse blutleer zu machen, scheint ihm heute die wichtigste Aufgabe allerneuester und doch nicht origineller Sozialpolitik zu sein. Vielfach herrscht noch unter der Arbeiterschaft eine viel zu günstige Meinung über die akademischen Sozialpolitiker. Herrn Professor Herkner ist Dank zu sagen, dass er mit seinen Ausführungen

auf seinen eigenen Klassenstandpunkt, auf den der meisten seiner Kollegen deutlich hingewiesen hat. So können wir die Abrechnung mit ihm abschliessen mit einer ernstgemeinten Anerkennung, mit einem Dank für die neuerliche Klarstellung seines Standpunktes.

Wir glauben nicht, dass die Vorschläge von Professor Herkner irgendwelche Gefahr für die Sozialdemokratie in sich bergen. Wir schätzen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu hoch, die Herkner abtrünnig zu machen sucht, wir kennen zu gut den kurz-sichtigen Egoismus der besitzenden Klasse, wir wissen, dass ihr alles nur abgezwungen werden kann, dass sie nichts freiwillig gibt, dass sie nur für nahe Vorteile, nicht für ferne Aussichten Sinn und Verständnis hat. Und doch geben uns die Ausführungen Professor Herknens Anlass zu eigener Prüfung, Anlass zu Erwägungen, ob wir nicht selbst oft darnach streben, was Herkner im Kampfe gegen uns vorschlägt. Bei der gewaltigen Entfaltung der Arbeiterbewegung, bei ihrer Ausbreitung auf immer neue Gebiete werden dem kämpfenden Proletariat stets frische Aufgaben gestellt, immer mehr Kräfte werden notwendig, und diese Kräfte wachsen nicht nach in der Raschheit, mit der die Nachfrage nach ihnen anschwillt. Wir sollten darum bemüht sein, diese Kräfte immer mehr an uns zu fesseln. Oft aber verzichten wir auf diese Kräfte in der falschen Hoffnung, dass sie uns ausserhalb des kämpfenden Proletariats mehr nützen können als in den eigenen Reihen. Immer wieder verlangen wir, dass Arbeiter in der sozialen Verwaltung im Dienst von Staat und Gemeinde angestellt werden. Würden wir einen Ueberschuss von Kräften haben, würden dem Proletariat nicht ununterbrochen viele tüchtige Männer als Werkführer, Fabriksbeamte und dergleichen entzogen, so könnte gegen dieses Streben, die Arbeiter ausserhalb der Arbeiterbewegung zu verwenden, nichts eingewandt werden. Wir sind aber in Deutschland wie in Oesterreich, besonders in Oesterreich nicht reich genug, um von den Kräften, die wir zur Verfügung haben, abzugeben. Vielleicht führen gerade die Vorschläge Herknens zu einer Prüfung mancher Forderungen, die man bisher immer ungesehen akzeptiert hat. Geschieht diese Prüfung ernstlich, so haben uns Herknens Vorschläge der Sozialistenvernichtung wie schon oft die Wünsche unserer Feinde mehr genützt als geschadet.

Wir fürchten Herrn Herkner nicht als Sozialistentöter, man wird in kommenden Tagen von dieser Leistung so wenig sprechen wie von den Marxvernichtern unter seinen Kollegen. Die vielen Sozialistentöter, zu denen Herkner sich nun ganz ungeniert gesellt hat, zeigen nur, dass wir marschieren, flott und stramm marschieren, wenn man immer auch wieder auf unseren Weg Steine rollen will, ohne aber unsere Bahn ver-sperren zu können.

Emmy Freundlich: Noch eine Lücke

Die Sozialdemokratie Oesterreichs hat in den letzten Jahren alle Bestrebungen gefördert, die dazu dienen, immer breiteren Massen der Bevölkerung die Errungenschaften der Kultur zugänglich zu machen. Es sei nur an die stetig zunehmende Zahl der wissenschaftlichen Vorträge gedacht, an die Veranstaltung von Bilderausstellungen, Kinematographenvorstellungen und ähnliche Veranstaltungen. Die Gründung der Freien Volksbühne, die Abhaltung von Arbeitervorstellungen und die Exkursionen in Ausstellungen sind ein wichtiger Bestandteil dieser Bestrebungen. Und doch erfassen all diese Veranstaltungen nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft, nur die, welche in grösseren Städten wohnen und auch hier nur den besser bezahlten Teil der Arbeiterschaft. Die Aristokratie der Arbeiterschaft erhält ein höheres Mass von Wissen und Kultur, aber breite Massen gehen leer aus.

Oesterreich ist dabei noch immer das Land der Dörfer und Städtchen, die durch eine schlechte Eisenbahnverbindung wohl mit der übrigen Welt zusammenkommen, aber in vollständig ungenügender Weise. All diese Hunderttausende Arbeiter haben nur eine einzige Quelle der Anregung, die Zeitung. Bücher und Broschüren sind auch hier nur wenigen zugänglich, namentlich dort, wo die Verteuerung der Bedarfsartikel die Kauf-

kraft auf ein tiefes Niveau herabdrückt. Die Zeitung muss diesen Arbeitermassen alles sein und aus ihr allein können sie Anregung und Belehrung schöpfen. Gerade aus dieser Monopolstellung, die unsere Provinzpresse im Leben der Arbeiter einnimmt, erwachsen ihr schwere Pflichten, schwer vor allem, weil sie viel zu umfangreich sind, um erfüllt werden zu können. Unsere Provinzpresse hat gewiss in den letzten Jahren sehr grosse Fortschritte gemacht. Sie ist reichhaltiger und gediegener geworden und kommt in politischer Beziehung den Anforderungen nach, die man an sie stellen muss. Die meisten Redaktionen möchten auch allen anderen Anforderungen gerecht werden, wenn sie es könnten. Dem stehen aber zwei Dinge entgegen: der Raum der Zeitung und der Zeitmangel der Redakteure.

Was soll eine Provinzzeitung alles bringen? Sie soll ihren Leserkreis möglichst eingehend von allen politischen Vorgängen unterrichten, die Gemeindepolitik aller grösseren Orte in ihrem Verbreitungsgebiet verfolgen, Berichte von Versammlungen und Vorgängen in allen Orten wieder möglichst ausführlich bringen und zu all dem muss dem Unterhaltungsbedürfnis der Leser durch Feuilletons und Chronik Rechnung getragen werden. Nun verlangen wir doch auch noch aufklärende Artikel, Artikel über Frauen- und Jugendbewegung, so dass eine solche Zeitung mit acht Seiten, selbst wenn sie öfter als ein- oder zweimal in der Woche erscheint, nicht imstande ist, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Dies alles soll aber noch von einem, höchstens zwei Redakteuren geleistet werden, die noch nebenbei agitatorisch und organisatorisch arbeiten sollen. Das geht über die geistige und körperliche Kraft eines Menschen.

Nun möchten aber gerade unsere Leser, die von einem Heisshunger nach Bildung und Kultur erfasst sind, von ihrer Zeitung mehr. Unsere Parteigenossen auf dem Lande, die die mühseligste Kleinarbeit mit einer bewunderungswürdigen Opferfreudigkeit leisten, erhalten ausser dieser Zeitung meist nichts an Anregung und Belehrung.

Es wäre nun möglich, unsere Provinzpresse bedeutend zu entlasten und allen Wünschen der Leser gerecht zu werden, wenn die gesamte Partei Oesterreichs die Schaffung einer guten, fast möchte ich sagen, einer ausgezeichneten Zeitungsbeilage in Angriff nehmen würde.

Dass das Bedürfnis vorhanden ist, beweist, dass die meisten Parteiblätter schon derartige Beilagen haben, die von einem privaten Verlag sehr billig bezogen werden und die alle nicht den Ansprüchen entsprechen können, weil sie mit viel zu wenig Verständnis und Liebe geschaffen werden. Einige Blätter geben wohl auch eine selbstredigierte Beilage heraus, die aber nur eine unnötige Belastung des Redakteurs ist, weil dieser ja gar nicht die Möglichkeit hat, sich eingehend mit diesem Teil der Redaktion zu befassen.

Soll aber eine solche Beilage nicht nur dem Unterhaltungsbedürfnis, sondern auch der Sehnsucht nach kultureller Erziehung genügen, dann muss sie im Geist einer grossen Kunst- und Kulturzeitschrift geleitet werden.

Dabei kommen wir auch noch zu einer Frage und das ist eine schwere und beengende, die Frage der Kosten. Die „Neue Welt“, die Unterhaltungsbeilage der grossen reichsdeutschen Parteizeitungen, ist für unsere Blätter zu teuer und ist auch nicht so geschrieben, dass sie dem Temperament der österreichischen Arbeiter entsprechen würde. Der Oesterreicher will auch die graue Theorie und das Abstrakteste vom Abstrakten noch von einem Schimmer von Poesie und Lebensfreude umglüht. Das hat wohl verhindert, dass die „Neue Welt“ Eingang in die österreichische Parteipresse gefunden hat. Wir werden versuchen müssen, mit bescheideneren Mitteln etwas Gutes und Eigenes zu schaffen. Und es ist trotz der begrenzten Mittel möglich.

Es gibt eine Unsumme von guten Romanen, Novellen und Feuilletons, die nichts kosten, weil die Autoren 30 Jahre tot sind. Aus dieser Fülle könnte man schöpfen. Aber auch auf neue Erscheinungen der Literatur müsste man nicht ganz verzichten. Ebenso müsste man nicht die Bilder nehmen, die billige Klischeefabrikanten feilbieten und die nur zu oft an die abscheuliche „Bildpresse“ erinnern. Man müsste nur die rechten Verbindungen suchen, um bessere Klischees zur Wiederverwendung zu erlangen. Ausserdem könnte diese Beilage eine grosse Auflage haben und dadurch etwas grössere materielle Bewegungsfreiheit.

Diese Beilage sollte die Romane und Feuilletons übernehmen, alle Artikel der kulturellen und theoretischen Aufklärung, sie könnte auch einen Wegweiser für belletristische und kulturelle Lektüre enthalten. Heute werden sehr viele schlechte Romane gekauft und gelesen, die gewiss durch bessere ersetzt würden, wenn ein Wegweiser vorhanden wäre.

Auf Parteitag, Landes- und Bezirkskonferenzen hören wir immer die Klage, die Leser möchten mehr für ihre Zerstreung und Unterhaltung haben, sie könnten nur dadurch vor der „Kronen-Zeitung“ behütet werden. Nun muss man ja nicht glauben, dass es notwendig ist, auf das tiefe Niveau dieser Zeitungen herabzusteigen, um mit ihnen zu konkurrieren. Bringt ja auch die „Arbeiter-Zeitung“ Bilder, die dem Leser Freude bringen und doch auf einem anderen Niveau stehen.

Das wichtigste Moment, das uns bei der Gründung einer solchen kleinen Zeitschrift leiten müsste, wäre, in die entlegenen Hütten der Arbeiter hoch im Gebirge, fernab von Welt und Kultur, die jahraus und jahrein für unsere Ideen schaffen, mühselig und voll Entbehrungen, einen Schimmer reiner Freude zu tragen, ihnen zu zeigen, welche Fülle von Reichtümern und geistigem Glück im Sozialismus für sie ruht. Heute erscheint ihnen der Sozialismus viel zu sehr als politische Partei, sie empfinden zu wenig die kulturelle Fülle, die in ihm ruht. Gerade aber in diesen Dörfern und Städtchen leben die Träumer und Sinnierer, die in den kargen freien Stunden am Waldrand liegen und über Welträtselfragen spinnen.

Die Glasschleifer, die Hausweber, all die Arbeiter, die schon durch die Nähe der Natur offenen Sinn für Schönheit und stilles Geniessen erhalten haben, sie würden dieses neue Werk mit Freuden begrüßen.

Alle Schwierigkeiten werden sich überwinden lassen, wenn alle zusammen arbeiten und für das zu schaffende Werk eintreten, das, richtig geleitet, eine wirkungsvolle Tat sein könnte.

Karl Renner: Politische und ökonomische Solidarität

Ebenso starke Erregung wie die deutschen Sozialdemokraten anlässlich der Separatistenbewegung empfanden, hat sich unserer tschechischen Genossen bemächtigt, als im Budgetausschuss die Sozialdemokraten gegen den Antrag Staněk stimmten, der eine staatliche Subvention für die Wiener Komensky-Schule forderte. Diese Erregung der Tschechen ist auffällig, weil sie sich gegen die Vorgänge richtet, die bisher als selbstverständlich und prinzipiell richtig allgemein anerkannt waren: Ist sie berechtigt, so weist sie auf einen Fehler in unserem Programm hin. Ist aber unser Programm in Ordnung, so beruht diese Bewegung darauf, dass viele tschechische Genossen über unser Programm mangelhaft unterrichtet sind.

Zur Vermeidung von Missverständnissen will ich von vornherein betonen: Ich kenne und würdige den grossen Notstand der Wiener tschechischen Arbeiterschaft und habe es niemals unterlassen, die deutschen Arbeiter, die ja niemals so unmittelbar fühlen können, was die tschechischen schmerzt, wie diese selbst, auf die ernste, wahre und schmerzliche Not der tschechischen Arbeiter aufmerksam zu machen. Das landläufige Schlagwort: „sie sollen Deutsch lernen!“ ist heute ebenso kindisch wie die bekannte Serenissimusantwort bei der Hungersnot: „Begriffe nicht, warum sie hungern, sollen die Leute sich doch was zum Essen kaufen.“ Wo die Tschechen in Massen beisammenwohnen — das ist heute an vielen Punkten von Wien der Fall — berühren sie sich nicht innig genug mit der deutschen Mehrheit, um deren Umgangssprache rasch genug anzunehmen. Was aber die Schule der Kinder betrifft, haben sich die Voraussetzungen einer Assimilation durch die Schule im letzten Jahrzehnt wesentlich verschoben. Nicht nur bringen tschechische Zuwanderer Kinder verschiedener Altersstufen, von denen das eine etwa zwei, das andere drei, ein drittes alle tschechischen Klassen absolviert hat, mit nach

Wien, die der Erlernung der anderen Sprache ganz verschiedene Widerstände entgegenzusetzen und die elterliche Stube in einen babylonischen Turm im kleinen verwandeln; noch schlimmer wirkt die Tatsache, dass in Wien heute Tausende tschechische Arbeiterfamilien leben, die als echte, rechte Proletarier nicht wissen, ob die Konjunktur ihnen ein Bleiben in Wien vergönnen oder sie in kurzer Zeit zur Rückwanderung zwingen wird. Ich selbst habe Familien auf der industriellen Wanderung zwischen Witkowitz, Prag, Wien und einem kleinen Industrieort Niederösterreichs getroffen, deren Kinder abwechselnd in deutschen und tschechischen Schulen gesessen sind, zum Teil keinen Unterricht mit Erfolg genossen, zum Teil national auseinander gerissen wurden, so dass die einen deutsch, die anderen tschechisch geworden sind. Familienväter, welche solches erfahren haben, müssen national verbittert werden und sie darum des Chauvinismus zu zeihen, wäre herzlos. Die Minoritätsschulfrage ist eine echte Not geworden und der deutsche Genosse darf sich durch ein oberflächliches Urteil nicht darüber hinwegzutäuschen versuchen, wie berechtigt sein Widerwille gegen die bekannten nationalistischen Uebertreibungen auch sein mag.

Nicht diese Verbitterung der durch die Not betroffenen tschechischen Genossen, etwas anderes fordert die Kritik.

Es ist allbekannt, dass sowohl die Sozialdemokratie im ganzen, wie ihre parlamentarische Vertretung den Grundsatz der nationalen Autonomie in sprachlichen Dingen akzeptiert hat. In nationalen Dingen hat sowohl der deutsche wie der tschechische Klub volle Freiheit der Abstimmung nach nationalen Interessen. Von dieser Freiheit haben die Tschechen den reichlichsten Gebrauch gemacht, ohne dass die Deutschen jemals Rekrimationen erhoben haben.

Besteht dieser Grundsatz zu Recht, berufen sich die Tschechen selbst darauf, so muss die Erregung der tschechischen Genossen überraschen. Offenbar sind sie über eine grundlegende Einrichtung der Fraktion von ihren Vertrauensmännern nicht ausreichend unterrichtet worden.

Diese Freiheit der Abstimmung ist anerkannt mit dem Zusatze: „jedoch solle auch in nationalen Angelegenheiten durch vorherige Verhandlungen ein gemeinsames Vorgehen angebahnt werden“. Wenn also unsere tschechischen Genossen einen nationalen Antrag zu stellen wünschen, haben sie Unterhandlungen zur Herstellung eines gemeinsamen Vorgehens einzuleiten. Der deutsche wie der tschechische Sozialdemokrat ist verpflichtet, mit dem Genossen der anderen Nation ein Einvernehmen zu suchen. Und so wurde es auch immer gehalten.

Diese Rücksicht schuldet der Genosse dem Genossen. Aber niemals ist ein deutscher Genosse verpflichtet, für den Antrag eines tschechischen Agrariers oder Klerikalen zu stimmen, wer es sei und was der Antrag betreffe. Genau so umgekehrt: Dieser Antrag Staněk ging die deutschen Sozialdemokraten ebensowenig an, als ein Antrag Schraffl oder Zuleger die tschechischen angehe. Wir haben als Sozialdemokraten nur untereinander Verpflichtungen, nicht aber Dritten gegenüber und am allerwenigsten als nationale Gruppen den bürgerlichen Nationalisten anderer Nation gegenüber!

Die nationale Autonomie, auf der unsere Verbandsverfassung beruht, garantiert jeder Nation die freie Selbstentschliessung in nationalen Dingen und bindet alle Teile nur an die Pflicht, das Einverständnis miteinander zu suchen. Also ist es Pflicht der tschechischen Vertrauensmänner, ihre Wählerschaft auf diese Freiheit der Entschliessung, auf die sie selbst Wert legen, ausdrücklich aufmerksam zu machen. Für Vorwürfe war also absolut kein Raum.

Wenn sie aber dennoch erhoben wurden, so weist das offenbar darauf hin, dass nunmehr auch in den Reihen der tschechischen Genossen das Bedürfnis nach grösserer Solidarität, nach Solidarität auch in nationalen Dingen rege wird. Anders ist dieses Verhalten gar nicht zu verstehen, als dass die politische Solidarität der Arbeiterklasse auch nicht vor nationalen Streitfragen halt machen solle! In der Tat wurde auch darin ein Einverständnis gesucht und gefunden, der Antrag Adler über die Minoritätsschulfrage wurde durch die Sozialdemokraten aller Zungen gestellt und beschlossen. Durch ihn kam

zum erstenmal im Parlament die Idee der Konstituierung der Nationen und des allgemeinen Minoritätenschutzes zur Abstimmung auf Grund eines einstimmigen Votums von Vertretern aller Nationen: Das allein ist ein geschichtliches Ereignis für Oesterreich.

Für die Sozialdemokraten dieses Landes aber ist es doppelt lehrreich: Wir haben in der Woche vom Antrag Staněk bis zum Antrag Adler nicht nur die Verderblichkeit des Gegeneinanderstimmens und den hohen Nutzen der Solidarität kennen und schätzen gelernt. Wir haben noch mehr erfahren: Es waren insbesondere unsere tschechischen Genossen, welche diesmal mit solcher Heftigkeit das Ungenügende der nationalen Sonderung in nationalen Angelegenheiten betont und die politische wie die nationale Solidarität leidenschaftlich gefordert haben! Die Sozialdemokraten aller Nationen waren mit ihnen darin rasch und gerne einverstanden!

In schreiendem Widerspruch dazu aber steht, dass diese selben tschechischen Genossen die Solidarität, die volle und unbeschränkte Solidarität, auf einem anderen Gebiete nicht gleich hochachten, auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Aktion, in Gewerkschaften und Genossenschaften, also dort, wo sie das Programm vorschreibt, das sie in nationalen Angelegenheiten nicht fordert. Dieses Verhalten ist mehr als widerspruchsvoll! Denn es liefe auf folgende Argumentation hinaus, die wir etwa aus dem Munde eines tschechischen separatistischen Gewerkschafters vernehmen könnten:

„Ich tschechischer Arbeiter kann mich zwar mit dem deutschen und polnischen Arbeiter, der in derselben Werkstatt, in derselben Branche, in demselben Staate mit mir arbeitet, vermöge der nationalen Autonomie nicht gemeinsam organisieren;

aber trotz dieser nationalen Autonomie verlange ich, dass deutsche und polnische Arbeiter in nationalen Angelegenheiten in proletarischer Solidarität gemeinsam mit mir stimmen.“

Diese Argumentation ist offensichtlich absurd, zum mindesten das direkte Gegenteil dessen, was wir unter der proletarischen Internationalität allezeit verstanden, was wir in der Formel ausgesprochen haben: Gemeinsam in wirtschaftlichen und sozialen, autonom in nationalkulturellen Fragen. Unter der Hand wäre die Regel in das Gegenteil verkehrt: autonom (selbstherrlich, souverän) in wirtschaftlichen, gemeinsam in nationalen Fragen! Damit aber kämen wir weit, weit zurück hinter die bürgerlichen Nationalisten, welche als Agrarier einheitlich in der agrarischen, als Industrielle gemeinsam in der industriellen Zentralstelle organisiert sind.

Eine Partei handelt im Drange des Tages nicht nach theoretischen Schablonen, sondern eben aus der Not der gebietenden Stunde; lächerlich ist es, diese Handlungen mit Lob oder Tadel regulieren oder nur regulieren zu wollen. Wohl aber müssen wir uns selbst und die Tatsachen prüfen, um aus der einen Erfahrung für andere Fälle zu lernen. Die Erfahrung der jüngsten Tage in- und ausserhalb des Parlaments zeigt uns deutlich, dass kein nationales Proletariat, auch das tschechische nicht, in Separation, ohne die politische Solidarität aller übrigen Arbeiter seine Interessen schützen kann; dass ferner die politische Solidariät ohne die ökonomisch-soziale nicht existieren kann. Auf die Dauer ist die politische ohne die nationale, die nationale ohne die politische Internationalität nicht zu halten. Selbst die nationale Autonomie ist — das hat die Erregung der tschechischen Genossen selbst dargetan — nur ein Gliederungssystem innerhalb der Sozialdemokratie, welches die Solidarität nach aussen nicht aufheben darf!

Weil die politische Aktion erst im Parlament der einen Regierung gegenüber einsetzt, ist die nationale Sonderorganisation möglich bis hart an die Regierungsbank — vor der Regierungsbank müssen schon die Proletarier aller Nationen eins sein.

Die wirtschaftliche Aktion aber stösst auf den Absolutismus 'des Unternehmers schon in der Werkstätte: dort ist der Zahltisch des Unternehmers in Wahrheit die Regierungsbank und also müssen, wenn der ökonomische Kampf erfolgreich sein soll, alle Arbeiter vor ihr eins sein: Wer innerhalb derselben Mauern arbeitet, muss in derselben Organisation stehen und die nationale Autonomie kann auch dort nur Gliederungssystem innerhalb dieser Organisation sein.

Wer ohne Leidenschaft die wirren Ereignisse der letzten Monate durchdenkt, wird aus ihnen rasch lernen und viel unnützes Lehrgeld ersparen. Sowohl die deutschen wie die tschechischen Genossen haben alle Ursache, eiligst nach dem Rechten zu sehen. Der Gewerkschaftskonflikt darf sich nicht einfressen, das akute Uebel darf nicht chronisch werden, bis der reichliche Schaden verspätete Klugheit schafft. Ob eine Reichskonferenz oder der zu schwerfällige Apparat des internationalen Parteitages das Kompromiss zu suchen unternehmen soll, jedenfalls muss der Weg des Ausgleichs betreten werden. Jeder gewonnene Tag ist ein ersparter Schaden.

Dass es ein Kompromiss gibt, offenbart sich immer sichtbarer. Für unsere Gewerkschaftsorganisation hatten wir keine anderen Muster als jene Englands und Deutschlands — sie reichen für unser vielsprachiges Land nicht aus, kein Wunder, dass in den entlehnten Formen die achtsprachige Organisation Reibungen findet. In der Gewerkschaftsorganisation muss die volle internationale Union und Solidarität bis herab in die Werkstätte garantiert sein, aber innerhalb dieser Schranke muss die allseitige nationale Autonomie als Gliederungssystem Berücksichtigung finden. Dass dies möglich ist, beweist der Vorschlag Otto Bauers*.

Wer sich in die Seele eines Gewerkschafters hineindenkt, kann sich die Bedenken, die Abneigung, ja den Widerwillen vorstellen, womit dieser die Kompliziertheit des gewerkschaftlichen Apparates beurteilt, den Bauer zeichnet. Unwillkürlich empfindet man Grauen davor, dass schlichte Arbeiter, den Kopf voll der nächsten materiellen Sorgen, sich eine bundesstaatliche Verfassung mit einer so vielfachen Teilung der Gewalten und Kompetenzen geben sollen. Aber es ist der ganze Jammer Oesterreichs, der uns anfasst, dem wir nicht entrinnen können, weil wir in dieses Land hineingeboren sind. Das ist ja unser Schicksal auch sonst: wir müssen, um leben und kämpfen zu können, für uns alle die Frage lösen, die der Staat und das Bürgertum ungelöst gelassen; wir müssen uns selbst die Verfassung erdenken und geben, die Oesterreichs Staatslenker dem Staat hätten längst schaffen sollen. Wir mussten und müssen diese ungeheure Last, die uns im Grunde gar nichts angeht, aus dem Weg räumen, um zu unseren eigenen Sorgen und Zielen zu gelangen! So war's mit dem Wahlrecht, so ist's mit den politischen und nationalen Problemen des Staates: wir können nur dann und insoweit zu unseren sozialen Aufgaben kommen, als wir diese Hindernisse beseitigen!

So wird denn der Gewerkschafter von dem Ideal einer einfachen schlagfertigen Organisation ebenso viel nachlassen müssen als der Separatist von dem Trugbild einer nationalen Sonderorganisation. Jener wird eine schwerfällige Einheit der Zersplitterung, dieser eine machtvolle Verbindung der autonomen Zwergorganisation vorziehen, beide werden den Frieden gewinnen und bloss unhaltbare, doch Zwietracht zeugende Vorstellungen opfern. So darf man denn hoffen, dass die jüngst bewährte politische Solidarität die ökonomische Verständigung fördert und dass in der Folge auch die neu befestigte ökonomische Solidarität die politische Gemeinbürgerschaft der Arbeiter aller Zungen bestärkt. Vieles und Grosses vermag die geeinigte Arbeiterklasse Oesterreichs, stark und siegreich erwies sie sich gegen Staat und Kapitalistenklasse. Vieles und Grosses wird sie noch erringen und vollbringen, wenn sie nie vergisst, dass die ökonomische und politische Solidarität zusammengehören, dass die eine nicht sein kann ohne die andere!

Paul Hirsch: Die Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter in Preussen

Die Entwicklung Preussens vom Agrar- zum Industriestaat hat dahin geführt, dass dieser grösste deutsche Bundesstaat schon seit langen Jahren nicht mehr imstande ist, seinen Bedarf an Arbeitskräften aus dem Inlande zu decken. Die schlecht entlohn-

* Otto Bauer, „Krieg oder Friede in den Gewerkschaften?“ Soeben bei Ignaz Brand erschienen.
Der Kampf

und unter Ausnahmegesetzen seufzenden ländlichen Arbeiter des Ostens verlassen die seeligen Gefilde des ostelbischen Junkerparadieses und suchen in der Industrie des Westens, besonders in dem rheinisch-westfälischen Kohlenbezirke, unterzukommen, wo ihnen höhere Löhne winken und wo sie sich wenigstens auf dem Papier der gleichen Rechte wie alle übrigen Staatsbürger erfreuen. Ersatz für sie muss aus dem Auslande beschafft werden. Auch die Industrie beschäftigt mit Vorliebe ausländische Arbeiter, namentlich solche Arbeiter, die den Organisationsgedanken noch nicht erfasst haben, mit niedrigeren Löhnen und schlechterer Behandlung zufrieden sind und sich im Notfalle auch zu Streikbrecherdiensten gegen ihre preussischen Brüder missbrauchen lassen. Insgesamt dürfte sich die Zahl der in Preussen beschäftigten ausländischen Arbeiter auf etwa 600.000 belaufen, die sich ungefähr gleichmässig auf Industrie und Landwirtschaft verteilen. Im Ruhrbergbau allein wurden am 1. Juli 1907 bei einer Gesamtbelegschaft von 311.649 Mann 25.748 Ausländer gezählt, von denen 16.971 aus Oesterreich-Ungarn, 3879 aus Holland, 3744 aus Italien, 800 aus Russland, 148 aus Belgien und 206 aus sonstigen Ländern stammten.

Während das Bestreben des klassenbewussten Proletariats dahin geht, den ausländischen Arbeitern die gleichen Rechte zu erkämpfen wie den inländischen und alle Beschränkungen zu beseitigen, welche bestimmten Nationalitäten oder Rassen auferlegt werden, trachten umgekehrt die Schlot- und Krautjunker darnach, ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft zu nehmen. Verschiedene gesetzgeberische Aktionen Preussens, die sich in dieser Richtung bewegten, sind gescheitert. An dem guten oder richtiger gesagt an dem bösen Willen hierzu hat es den gesetzgebenden Körperschaften Preussens wahrlich nicht gefehlt, aber die Sozialdemokraten standen auf der Wacht, sie verhinderten es, dank ihrem Einfluss im Reichstage, dass man sich in Preussen über Reichsgesetze hinwegsetzte. Doch die Machthaber in Preussen wissen sich zu helfen; was ihnen auf dem Wege der Gesetzgebung nicht möglich ist, das suchen sie auf dem Umwege der Verwaltungspraxis zu erreichen.

Am 16. Jänner 1907 veröffentlichte der Minister des Innern, nachdem er sich vorher der Zustimmung des Landtages versichert hatte, seinen berühmten Erlass, der für die aus Russland und Oesterreich nebst Hinterländern nach Preussen kommenden Arbeiter die Einführung des Legitimationszwanges ausspricht. Nach Massgabe der an die Oberpräsidenten ergangenen Runderlasse vom 12. Jänner und 23. März 1906 soll fortan die deutsche Feldarbeiterzentrale zu Berlin nebst ihren verschiedenen Vermittlungsämtern für die vermittelten ausländischen Saisonarbeiter Legitimationspapiere ausstellen, welche von der zuständigen Ortspolizeiverwaltung zu prüfen und zu beglaubigen sind. Die Ausweiskarte enthält neben dem Namen, Herkunftsort und Nationale vor allem die Arbeitsstelle, für welche der Arbeiter verpflichtet ist oder sich verpflichten will und die nur bei ordnungsmässiger Lösung des Arbeitsvertrages auf eine andere Arbeitsstelle umgeschrieben werden darf. Der Besitz einer solchen Legitimation ist Vorbedingung für den Antritt der Arbeit, das Fehlen der Karte hat unnachsichtlich die Ausweisung zur Folge.

Am 21. Dezember 1907 folgte ein weiterer Erlass, der für die von der deutschen Feldarbeiterzentrale auszustellenden Legitimationskarten eine Gebühr von 2 Mk. festsetzte. Im einzelnen bestimmt dieser Erlass unter anderem, dass für diejenigen Arbeiter, welche ihr Arbeitsverhältnis bei dem ersten Arbeitgeber ordnungsmässig gelöst haben und in ein neues Arbeitsverhältnis einzutreten wünschen, die Ortspolizeibehörde der ersten Arbeitsstätte nötigenfalls nach Rückfrage bei dem Arbeitgeber auf der Karte zu vermerken hat: „Das Arbeitsverhältnis bei . . . in . . . ist gelöst.“ Auf Grund dieser Bescheinigung habe die Ortspolizeibehörde der neuen Arbeitsstätte die Karte auf den neuen Arbeitgeber und für die neue Vertragszeit umzuschreiben. Entstehe Streit über die ordnungsmässige Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter, so habe die Ortspolizeibehörde die Bescheinigung einstweilen zu unterlassen und die fragliche Karte mit den erforderlichen Unterlagen ungesäumt dem für die bisherige Arbeitsstätte zuständigen Landrat zur Entscheidung vorzulegen. Der Landrat habe nach Prüfung der Unterlagen und, soweit erforderlich und möglich, nach Anhörung von Vertrauenspersonen schleunigst die Entscheidung darüber zu treffen, ob die Karte umzuschreiben ist oder

nicht. Der Landrat sei dabei an eine etwa über das Kontraktverhältnis bereits ergangene richterliche oder schiedsgerichtliche Entscheidung gebunden; im übrigen treffe er seine Anordnungen vorbehaltlich derartiger Entscheidungen. Am allerrigoroſesten ist die Nummer 11 des Erlasses, wonach diejenigen Arbeiter, welche, ohne im Besitz der Arbeiterlegitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind und eine solche nicht erhalten können, ausgewiesen und „in den dazu geeigneten Fällen“ in der vorgeschriebenen Weise über die heimatliche Grenze zurückbefördert werden sollen.

Es dürfte bekannt sein, dass der Minister v. Aehrenthal im Oktober 1908 den Protest unseres Genossen Seliger gegen die Ausnahmebestimmungen, die in Preussen gegen österreichische Arbeiter angewandt werden, und gegen den Bruch des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, den der Legitimationszwang bedeutet, damit abtat, dass er erklärte, Preussen wolle fortan den Einwendungen der österreichischen Regierung Rechnung tragen und eine differentielle Behandlung österreichischer Arbeiter nicht mehr eintreten lassen. Die preussische Regierung hat ihr Wort eingelöst; allerdings in einer Weise, die nicht gerade zur Hebung ihres Ansehens im Auslande beitragen dürfte. Durch Verfügung vom 30. Dezember 1908 hat sie kurzerhand den Erlass vom 21. Dezember 1907 auf sämtliche ausländischen Arbeiter ausgedehnt. Von einer differentiellen Behandlung österreichischer und russischer Arbeiter konnte nun freilich nicht mehr die Rede sein, wohl aber blieb der Unterschied in der Behandlung von Arbeitern und Nichtarbeitern bestehen, die Verletzung der Staatsverträge und der Reichsgesetze wurde nicht nur nicht wieder beseitigt, sondern sie nahm noch einen grösseren Umfang an als bisher, zumal da die Verfügung das Recht der Polizeibehörden, „einen ausländischen Arbeiter, obwohl ein richterliches Verfahren über das Arbeitsverhältnis im Gange ist, aus anderen fremdenpolizeilichen Gründen auszuweisen, insbesondere etwa, weil er sich als Bettler oder Landstreicher oder in anderer Weise persönlich lästig gemacht hat“, ausdrücklich unberührt liess. Wer die preussisch-deutsche Verwaltungspraxis kennt, wird wissen, dass die ausländischen Arbeiter dadurch tatsächlich vogelfrei gemacht werden. Wer sich gewerkschaftlich organisiert, wer sich weigert, Streikbrecherdienste zu leisten, wer es ablehnt, sich zum Helfershelfer der Polizei degradieren zu lassen, der macht sich in den Augen der Behörden lästig und kann seiner Ausweisung aus dem ungastlichen Preussen gewärtig sein.

Dass ihre Erlasse grosse Unbilligkeiten und Härten zur Folge haben, konnte schliesslich auch der preussischen Regierung nicht verborgen bleiben. Aber anstatt reinen Tisch zu machen und die unbilligen rechtswidrigen Erlasse aufzuheben, versuchte sie es mit einer nichtssagenden Ergänzung, die scheinbar ein Entgegenkommen gegen die ausländischen Arbeiter bedeutet, in Wirklichkeit aber an der Sache nichts ändert. Mit Rücksicht auf die Ziffer 11 des Erlasses vom 21. Dezember 1907, der die Ausweisung derjenigen Arbeiter ausspricht, welche, ohne im Besitz der Legitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind, wies sie durch Verfügung vom 31. Mai 1909 „im Interesse einer gleichmässigen Handhabung dieser Vorschrift“ darauf hin,

„dass es hiernach nicht zulässig ist, gegen Arbeiter, die sich nicht im Besitz einer Inlandslegitimationskarte befinden, ohne weiteres und unmittelbar mit Ausweisung vorzugehen. Die betreffenden Arbeiter sind vielmehr zunächst mindestens einmal, in geeigneten Fällen auch wiederholt zur nachträglichen Beschaffung der Karte aufzufordern, wobei ihnen die Polizeibehörden, soweit erforderlich, Rat und Beistand zu leisten haben. Nur bei andauerndem Widerstand gegen die bestehenden Legitimierungsvorschriften wird solcher durch das Mittel der Ausweisung zu brechen sein.“

Ueberhaupt müssen sich die Polizeibehörden bei Handhabung der durch den genannten Erlass gegebenen Ausweisungsbefugnis stets gegenwärtig halten, dass die Inlandslegitimierung nur den Verkehr der ausländischen Arbeiter einer im sicherheits- und ordnungspolizeilichen Interesse notwendigen Kontrolle unterwerfen will, dass dabei aber alles vermieden werden muss, was ein Fernhalten oder Zurückdrängen des für die inländische Produktion erwünschten Zustroms der ausländischen Arbeiter herbeiführen könnte. Desgleichen sind von den Polizeibehörden keinerlei Massnahmen zu unterstützen, welche grundsätzlich auf eine wirtschaftliche Zurücksetzung der ausländischen gegenüber den einheimischen Arbeitern hinzielen.“

Dass dieser neueste Erlass nichts als eine Verlegenheitsphrase ist, noch dazu eine möglichst ungeschickte, leuchtet auf den ersten Blick ein. Wie man im Frühjahr 1909,

wo die wirtschaftliche Krisis noch gewaltige Wogen schlug, wo Hunderttausende deutscher Arbeiter arbeitslos waren, wo infolge der Arbeitslosigkeit die Armenbudgets der Kommunen gewaltig anschwellen, von einem „erwünschten Zustrom der ausländischen Arbeiter“ sprechen kann, das leuchtet einem gewöhnlichen Sterblichen nicht ein. Um das zu verstehen, dazu gehört schon ein echt preussisches Polizeigehirn. Alle schönen Redensarten täuschen darüber nicht hinweg, dass es der preussischen Regierung einzig und allein darauf ankommt, der Bourgeoisie und der Junkerclique einen Liebesdienst zu erweisen, und dass sie sich als Objekt hierfür die rechtlos gemachten ausländischen Arbeiter aussucht. Statt vieler Beispiele nur eines, das ich im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht habe und das auch im österreichischen Parlament erörtert ist. Es handelt sich um einen polnischen Arbeiter, der in einem Berliner Vorort lebte und sich als Vergolder ernährte. Diesem Mann ging eines schönen Tages unter Hinweis darauf, dass die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter in gewerblichen Betrieben verboten sei und unter Androhung der Ausweisung seitens des Amtsvorstehers die Aufforderung zu, sich binnen 14 Tagen in einem landwirtschaftlichen Betrieb Arbeit zu suchen. Der Betreffende, der keine Ahnung von landwirtschaftlicher Arbeit hatte, der auch nicht etwa arbeitslos war, sondern bei einer bekannten Berliner Firma in Beschäftigung stand, wandte sich an einen Rechtsanwalt. Dieser leitete das Verfahren auf Aufhebung der Verfügung ein, aber sowohl der Landrat als auch der Regierungspräsident stellten sich auf denselben Standpunkt wie der Amtsvorsteher. Das Obergericht, an das die Sache schliesslich ging, also der höchste preussische Gerichtshof in Verwaltungssachen, fällte ein wahrhaft salomonisches Urteil; es entschied dahin, dass der Kläger für seine Ausführungen, auf welche im einzelnen nicht eingegangen zu werden brauche, nur dann Anspruch auf Beachtung erheben könnte, wenn der Eintritt in eine landwirtschaftliche Beschäftigung den selbständigen unmittelbaren Gegenstand und Inhalt der an ihn ergangenen polizeilichen Aufforderung bildete. Das sei aber nicht der Fall. Die Polizei verlange nicht vom Kläger den Eintritt in eine solche Beschäftigung im Sinne der Erfüllung einer ihm obliegenden Pflicht, zu deren Durchführung die Behörde berufen wäre, sondern sie stelle lediglich diesen Eintritt als Bedingung für die fernere Belassung des Klägers im Inlande auf. Mit anderen Worten: weil dem Mann mit der Aufforderung, in der Landwirtschaft zu arbeiten, zugleich die Ausweisungsandrohung für den Unterlassungsfall zugegangen war, wurde seine Beschwerde als unbegründet abgewiesen; es war ja in sein Belieben gestellt, ob er über die Grenze abgeschoben werden oder ob er die lohnende Arbeit in dem Handwerk, das er erlernt hatte, mit einer schlecht bezahlten Arbeit, von der er nichts verstand, vertauschen wollte. Heisst das nicht zum Schaden noch den Spott fügen? Bedeutet das nicht den Versuch der Einführung der Hörigkeit für ausländische Arbeiter? Und dieser Fall steht keineswegs vereinzelt da, er ist auch bei weitem noch nicht das härteste Beispiel behördlicher Schikanierungen.

Aber den preussischen Junkern geht die Regierung noch nicht scharf genug vor, ihnen ist die von der Regierung veranstaltete Menschenjagd noch nicht ausgiebig genug. Fordert doch der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreussen für die Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908, dass die Polizeibehörden künftig weit schärfer in der Kontrolle derjenigen Arbeitsstellen vorgehen, auf denen ausländische Arbeiter beschäftigt werden, und dass in allererster Linie die Unternehmer von Bahn-, Chaussee- und ähnlichen Bauten häufiger kontrolliert und alle dort nicht richtig legitimierten ausländischen Arbeiter rücksichtslos ausgewiesen werden! Die Befürworter des Legitimationszwanges mögen sich drehen und wenden, soviel sie wollen, sie werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, dass durch die von ihnen gewünschte Massnahme die ausländischen Arbeiter drangsaliert und unter ein brutales Ausnahmegesetz gestellt werden.

Kein Wunder, dass das Ausland sich das nicht gefallen lässt! Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin hat bereits mehrere in Berlin wohnende Schweizer Bürger angewiesen, sich dem Legitimationszwang nicht zu unterwerfen und das weitere abzuwarten. Was daraus geworden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. In der italienischen Deputiertenkammer hat Turati den Minister des Aeussern, Tittoni, über den Legitimationszwang für

italienische Arbeiter interpelliert und auch unsere österreichischen Genossen sind nicht untätig gewesen. Nachdem sie wiederholt die Intervention der österreichischen Regierung zum Schutz der österreichischen Arbeiter im Deutschen Reich, besonders in Preussen, verlangt, die Praxis der preussischen Verwaltungsbehörden gebührend gezeisselt und die Unvereinbarkeit dieser Praxis mit dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag nachgewiesen hatten, haben sie im Juli 1909 die Regierung angefragt, ob sie bereit ist, dem Abgeordnetenhaus mitzuteilen, welche Massregeln sie zum Schutz der österreichischen Arbeiter in Preussen bisher getroffen hat und was sie zu tun gedenkt, um die preussische Regierung zur Einhaltung des Handelsvertrages zu veranlassen. Doch was kümmert das die preussische Regierung? Mögen Minister ausserdeutscher Länder, wie es Tittoni getan hat, die Forderung einer Steuer von 2 Mk. für das Legitimationspapier und die Vollziehung der kontraktbrüchigen Arbeitern angedrohten Ausweisung auch als vertragswidrig bezeichnen, die preussische Regierung dünkt sich darüber erhaben. Weiss sie doch, dass das Dreiklassenparlament mit Ausnahme des halben Dutzend Sozialdemokraten und der kleinen polnischen Fraktion auf ihrer Seite steht! Denn so beschämend es auch für das ehemals liberale Bürgertum in Preussen ist, so muss doch im Interesse der historischen Wahrheit betont werden, dass sogar die Vertreter der freisinnigen Parteien für Beibehaltung des Legitimationszwanges sind. Ein von den Polen in der letzten Session des Landtages eingebrachter, einer Kommission überwiesener, aber im Plenum unerledigt gebliebener Antrag auf Aufhebung der Verfügung vom 16. Jänner 1907 ist in der Kommission mit allen gegen die Stimmen der Polen — die Sozialdemokraten waren in der Kommission nicht vertreten — rundweg abgelehnt worden.

Aus dem schriftlichen Bericht der Kommission geht klar und deutlich hervor, dass der Legitimationszwang für ausländische Arbeiter einen direkten Verstoss bedeutet, nicht nur gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Passwesen und Fremdenpolizei, sondern auch gegen die Handelsverträge, insbesondere gegen den mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen. Zwar hat sich der damalige Staatssekretär im Reichsamt des Innern, der heutige Kanzler des Deutschen Reiches und preussische Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg, als die Angelegenheit am 6. März 1907 im Reichstag zur Sprache kam, auf den Standpunkt gestellt, dass weder ein Verstoss gegen die Handelsverträge noch gegen das Reichsgesetz vorliege, denn die Ausweispapiere seien nicht als Pässe, sondern nur als Legitimationskarten anzusehen, es handle sich also nicht um ein Legitimationspapier in dem Sinn, dass auf Grund desselben der Eintritt in das preussische Staatsgebiet erst zugelassen werde, sondern nur um ein Ausweispapier, auf Grund dessen der ausländische Arbeiter erst ermächtigt werden solle, eine bestimmte Arbeit zu übernehmen. Allein, dieser talmudistisch-spitzfindigen Auslegung steht der klare Wortlaut des § 2 des Reichsgesetzes über das Passwesen entgegen, wonach auch während des Aufenthalts des Ausländers im Bundesgebiet irgendwelche Reisepapiere nicht gefordert werden dürfen. Tatsächlich handelt es sich hier um ein Reisepapier im Sinne des Reichspassgesetzes. Durchaus zutreffend wurde in der Kommission gesagt, man könne doch nicht davon sprechen, dass jemand zwar gestattet sei, die Grenze zu überschreiten und in Arbeit zu treten, dass er aber ausgewiesen, beziehungsweise dass ihm eine Beschränkung bezüglich des Aufenthalts auferlegt werden dürfe, falls er bestimmten Vorschriften bezüglich seiner Person nicht nachkomme.

Was den Verstoss gegen die Handelsverträge anbelangt, so heisst es in dem Vertrag mit Oesterreich-Ungarn ausdrücklich, dass in jeder Hinsicht die Einwohner des betreffenden Staates in dem Gebiet des anderen Teiles dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes haben sollen. Ebenso bedeutet einen Verstoss gegen die Handelsverträge die Statuierung des Rechtes der Ausweisung für den Fall, dass jemand anderweit Arbeit suche, ohne vorher die Bescheinigung der zuständigen Polizeibehörde über die ordnungsmässige Lösung des bisherigen Arbeitsverhältnisses erhalten zu haben. Durch diese Ausnahmebestimmung wird das Prinzip der Meistbegünstigung verletzt. Endlich ist auch die Einräumung des Rechtes einer vorläufigen Jurisdiktion an die Landräte sowie die Erhebung einer Gebühr von 2 Mk. mit den Handelsverträgen nicht zu vereinbaren.

Ueber alle diese Argumente setzte sich der Vertreter des Ministers des Innern, der den Kommissionsberatungen beiwohnte, leichten Herzens hinweg. Er berief sich auf den Artikel 19 des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, wonach die Angehörigen der vertragschliessenden Teile in Bezug auf den Antritt, den Betrieb und die Abgaben von Handel und Gewerbe gegenseitig den Inländern völlig gleichgestellt sein sollen, und besonders auf Absatz 3 dieses Artikels, welcher bestimmt, dass Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, in dem sie ihren Wohnsitz haben, die gesetzlichen Abgaben für das von ihnen betriebene Geschäft entrichten, in dem Gebiet des anderen vertragschliessenden Teils keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein sollen. Daraus, dass in dem Absatz 3 nur von „Kaufleuten, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden“ die Rede ist, erhellt nach Ansicht des Regierungskommissärs „mit unzweifelhafter Deutlichkeit“, dass damit Arbeiter nicht gemeint seien. Von Arbeitern sei in den Handelsverträgen nicht die Rede, es fehle jede Bestimmung, welche irgendwelche Kontrolle der ausländischen Arbeiter ausschliesse.

Wie wenig stichhaltig diese „Gründe“ sind, lehrt allein schon die Tatsache, dass der Regierungsvertreter sich zwar auf § 10 des Reichsgesetzes über das Passwesen bezogen, aber aus diesem Paragraphen nicht den Satz verlesen hat: „Zu letzterem Zweck dürfen indessen Aufenthaltskarten weder eingeführt noch, wo sie bestehen, beibehalten werden.“ Ebenso wenig hat er aus dem deutsch-russischen Handelsvertrag die Bestimmung erwähnt, dass in jeder Hinsicht die Angehörigen des einen Staates in dem Gebiet des anderen Teiles dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben sollen wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes.

All diese Einwände sind für die preussische Regierung nicht vorhanden, für sie gilt das Wort: Stat pro ratione voluntas! Nicht die Vernunft, nicht der klare Wortlaut der Gesetze, sondern der Wille entscheidet, der Wille der preussischen Machthaber, der kleinen aber mächtigen Clique, in deren Händen die Regierung nur ein Spielball ist und die den Arbeitern auf Umwegen das Koalitionsrecht nehmen will. Wie bei allen reaktionären und volksfeindlichen Massnahmen, so marschiert auch hier Preussen an der Spitze, die anderen Bundesstaaten sollen folgen, teilweise sind sie bereits gefolgt. Preussen in Deutschland voran! Deutschland in der Welt voran! Das hochtönende Wort des früheren Reichskanzlers Fürst Bülow hat sich selten so bewahrheitet wie hier, wo es sich darum handelt, die Arbeiter zu knebeln und Deutschland dem Ausland gegenüber zu diskreditieren.

Odon Por: Die italienischen Glasarbeiter und die Krise in der Glasindustrie

Ein geradezu tragisches Zusammentreffen der wirtschaftlichen Krise mit der Einführung der neuen technischen Methoden hat die gesamte Glasindustrie in eine Periode der Umwälzungen geschleudert. Wie die allgemeine wirtschaftliche Krise, so hat auch die neue technische Entwicklung in der Glasindustrie ihren Anfang in den Vereinigten Staaten genommen. Mehr als 50 Prozent der Tafelglasproduktion wird in Amerika mit der Maschine hergestellt. Nur ein kleiner Prozentsatz der Tiegel, der breithalsigen Flaschen und anderer Flaschentypen wird noch mit Handarbeit gemacht. In Amerika waren Mitte 1909 in 24 Fabriken schon 244 Flaschenmaschinen im Betrieb, Owens' Flaschenmaschine abgerechnet. Im Staate Ohio, im Zentrum der amerikanischen Glasindustrie, sind während der letzten Jahre mehrere Owens-Maschinen für enghalsige Flaschen in Betrieb gesetzt worden. Eine Fabrik allein hat 13 solche Maschinen; jede stellt in der Minute 16 Flaschen fertig oder mehr als 23.000 Flaschen in 24 Stunden. Die erste amerikanische Fabrik, die das Owenssche Verfahren im Grossbetrieb angewendet hat, produzierte 135 Millionen Flaschen das erste Jahr*.

* Report of the Glass Bottle Makers' Trade Protection Association. Lancashire District. St. Helens. June 1909.

Augenzeugen haben mir bestätigt, dass die Owenssche Maschine absolut automatisch mit der grössten Präzision arbeitet und dass zu ihrer Bedienung höchstens drei Mechaniker und zehn Hilfsarbeiter, in drei Schichten eingestellt, genügen. Demnach ersetzt die Maschine ungefähr 180 Flaschenarbeiter. Der Sekretär eines grossen Flaschenmacherverbandes hat mir privat mitgeteilt, dass jeder Fabrikant, der die neue Flaschenmaschine eingeführt hat, die Produktion mit der Maschine derjenigen der Handarbeit vorzieht. Woraus zu entnehmen ist, dass auch die Abnehmer mit der neuen Ware zufrieden sind.

Selbstverständlich konnte die europäische Glasindustrie den amerikanischen Fortschritt nicht unbeachtet lassen. In England arbeiten schon mehr als 20 Flaschenfabriken mit Maschinen. Die Owens-Maschine ist in zwei Fabriken in Betrieb. Diese Umwälzung der Technik in der Flaschenindustrie häuft die Schwierigkeiten der Organisation der englischen Flaschenmacher, deren Lage schon so kritisch ist, dass sie die Initiative zur Errichtung einer besonderen Sektion des Verbandes der Flaschenmacher für die qualifizierten Arbeiter, die die Maschinen bedienen, ergriffen haben. Infolge der Einführung der Flaschenmaschine und der Krise waren Mitte November 1909 60 Prozent der organisierten englischen Flaschenmacher teilweise arbeitslos; 300 Flaschenmacher haben im Jahre 1909 mehr als 200.000 K Arbeitslosenunterstützung vom Verband ausbezahlt bekommen. Vorläufig aber hat die Owens-Maschine ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft kaum noch auszuüben begonnen. Die Maschinen, die bis jetzt in England gearbeitet haben, sind die weniger vervollkommenen, die verhältnismässig noch viel Handarbeit bedürfen.

In Frankreich ist die Lage gleich kritisch. Viele französische Flaschenbläser sind gezwungen, sich andere Arbeit zu suchen oder auszuwandern. Vor wenigen Monaten war der Sekretär der französischen Glasarbeitergewerkschaft in Italien, um die Einwanderung der französischen Glasarbeiter mit den italienischen Organisationen zu besprechen.

In letzter Zeit wurden auch in Deutschland mehrere Flaschenmaschinen aufgestellt, aber die Folgen dieser Neuerung haben die Arbeiter noch nicht empfindlich getroffen, weit mehr haben sie bisher durch die Krise gelitten. Der Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands hat vom 1. Juli 1908 bis 31. Dezember 1909 für Streik- und Arbeitslosenunterstützung den Betrag von 362.486 Mk. verausgabt; davon fallen auf die Arbeitslosen- und die damit zusammenhängende Umzugsunterstützung rund 270.000 Mk. In Nordwestböhmen sind Arbeitslosigkeit und Lohnreduktion in der Glasindustrie an der Tagesordnung. Die Krise wütet und die Unternehmer nützen die Lage gegen die Arbeiter aus. Der Oesterreichische Zentralverband der Glasarbeiter hat im Jahre 1909 mehr als 120.000 K für Unterstützungen ausgezahlt.

Um die ungeheure technische Revolution und die Verheerungen der Krise zu beleuchten, genügen die angeführten Tatsachen; sie genügen, um dem Leser scharf einzuprägen, dass das technische Prinzip der Flaschenmaschine und der Tafelglasmaschine endlich unzweifelhaft gelöst wurde und dass deren weitgehende Vervollkommnung und allgemeine Anwendung nur eine Frage der kürzesten Zeit sein kann; dass in England und Frankreich Krise und Maschine zusammenwirkend, die Lebensbedingungen der Glasarbeiter untergraben. Die Gewerkschaftskassen sind so stark in Anspruch genommen worden, dass ihre Widerstandskraft beträchtlich geschwächt wurde. Tausende Flaschen- und Tafelglasmacher werden durch die Not gezwungen, in nächster Zeit ihre Arbeitskraft in anderen Zweigen der Glasindustrie anbieten. Die Folgen davon ergeben sich von selbst.

Schon rechnen die Führer der Glasarbeiter mit dieser drohenden Gefahr. Emil Girbig, der Sekretär der deutschen Glasarbeiter und des Internationalen Glasarbeiterverbandes, hat, trotzdem er der Maschine noch skeptisch gegenübersteht, einen Aufruf erlassen, in dem es heisst: „Vor allen Dingen ist es die Pflicht der Flaschenmacher, ihre Söhne dem Beruf zu entziehen*.“ Diese Mahnung müssen sich auch die Tafelglasmacher vor Augen halten.

* * *

Wie sollen sich die Glasarbeiter zu der Lage stellen? Mit welchen Mitteln sollen sie die technische und wirtschaftliche Krise bekämpfen?

* „Fachgenosse“, 15. Jänner 1910.

Diese Fragen beängstigen alle Glasarbeiter jeder Nation und diese Fragen haben die italienischen Glasarbeiter, trotzdem sie bis heute die Folgen der Krise noch nicht wesentlich gespürt haben, zur Einberufung eines Gesamtkongresses für Ende Februar in Mailand bewogen. Die auffallende Tatsache, dass die italienischen Glasarbeiter bisher durch die internationale wirtschaftliche Krise noch nicht gelitten haben, erklärt sich kurzgefasst folgendermassen: Zwei grosse Trusts und die genossenschaftlichen Flaschenfabriken beherrschen die italienische Glasindustrie. Es existieren ausserdem noch mehrere selbständige Fabriken, die aber keine Rolle spielen. 7500, das sind 85 Prozent der in der Glasindustrie beschäftigten Glasarbeiter, sind organisiert.

Im Jahre 1906 hat sich durch Konzentrierung von 19 Fabriken der Weissglastrust gebildet. Die Absicht der Gründer war, die nationale Glasindustrie zu organisieren und der Einfuhr entgegenzuarbeiten. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, der Trust verlor mehrere Millionen, einige Fabriken wurden aufgegeben und trotz einer Ueberproduktion im Werte von 3 Millionen Lire im Jahr wuchs die Einfuhr von Glaswaren von 3·5 Millionen im Jahre 1906 bis zu 6·5 Millionen im Jahre 1909. Die Industriellen messen die Schuld dieser sich selbst widersprechenden Erscheinung dem Umstand zu, dass die ausländischen Glasfabriken in günstigeren Verhältnissen sind, weil sie niedrigere Löhne zahlen und auch das Rohmaterial um 60 bis 70 Prozent billiger beschaffen und dass die ausländischen Glasproduzenten, um sich des italienischen Marktes zu bemächtigen, ihre Waren in Italien um 25 Prozent billiger verkaufen als am Ort der Produktion. Jetzt hat der Trust der italienischen Regierung ein Memorandum eingereicht, in dem er die Erhöhung des Einfuhrzolles auf Glaswaren fordert, um die Nachteile für die italienische Glasindustrie aufzuheben.

Die Weissglasarbeiter, von denen 100 Prozent organisiert sind, haben im Jahre 1907, nach einem siegreichen Streik, mit dem Trust einen sehr vorteilhaften Kollektivtarif geschlossen, der den Glasarbeitern einen täglichen Lohn von 8 bis 10 Lire zusichert, den Hilfsjungen Lire 3·50. Der Tarif läuft im Jahre 1911 ab, er kann bis dahin gesetzlich nicht geändert werden. Deshalb sind die Löhne während der Krise nicht gesunken. Die Weissglasarbeiter sind der Meinung, dass die Verluste des Trusts hauptsächlich auf schlechte geschäftliche und technische Leitung, die die Produktion verteuert haben, und nicht auf die hohen Löhne zurückzuführen sind.

In der Flaschen- und Tafelglasindustrie stehen sich zwei mächtige Faktoren gegenüber: der Flaschen- und Tafelglastrust mit acht Fabriken, die Flaschen- und Tafelglas herstellen, und die föderale Arbeiterglasfabrikgenossenschaft mit fünf Fabriken, die nur Flaschen und Ballons produziert. Auch in dieser Branche ist der Preis des Rohmaterials bedeutend höher als im Ausland. Die Löhne in der Flaschenindustrie sind bis 30, in der Tafelglasindustrie bis 100 Prozent höher als in allen anderen Ländern und es wird durchgehends nur acht Stunden gearbeitet, hingegen schwankt zum Beispiel zwischen 50 deutschen Fabriken die Arbeitszeit der Flaschenmacher in 46 Fabriken zwischen elf und neun Stunden und nur in vier Fabriken ist der Achtstundentag eingeführt. Der Wochenlohn der deutschen Glasmacher in der Flaschenindustrie schwankt in 49 Fabriken zwischen 18 und 36 Mk. und nur eine Fabrik hat die Löhne bis zu 40 Mk. erhöht*. Demgegenüber verdient der Glasmacher in Italien 75 Mk. in der Woche. Diese günstige Lage der italienischen Flaschenarbeiter ist nur den eigenartigen und geschlossenen Organisationen zu verdanken.

Was der Flaschen- und Tafelglastrust durch die Konkurrenz der Genossenschaft und infolge der Krise an der Flaschenproduktion verloren hat, verdient er an der Tafelglasproduktion, was wieder nur lokalen Verhältnissen zuzuschreiben ist. Doch ist auch die italienische Tafelglasproduktion durch die technische Revolution und die ausländische Konkurrenz bedroht. Vor kurzer Zeit wurde eine Schiffsladung Tafelglas importiert und billig auf den Markt geworfen. Dieser Trust fordert auch einen höheren Schutzzoll.

Nach eingehender Diskussion der Gefahren der ausländischen Konkurrenz nahm der Kongress in Mailand eine Resolution an, die die Forderung eines höheren Schutzzolles den Kapitalisten überlässt und das konföderale Komitee der italienischen Glas-

* Emil Girbig, „Die soziale Lage der Flaschenmacher Deutschlands“. Dresden 1908. Seite 46 f.

arbeiter beauftragt, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Glasarbeiter in Verbindung zu setzen, um die Wege zur graduellen Gleichmachung der Tarife oder wenigstens zur Ausmerzung der riesigen Lohndifferenzen zu studieren.

Die italienischen Glasarbeiter versprechen sich nicht viel von dieser Resolution. Sie wissen, mit welcher grossen Schwierigkeiten die ausländischen Organisationen zu kämpfen haben. Doch kann diese Resolution dann nützen, falls sie die ausländischen Organisationen zwingt, zur Kenntnis zu nehmen, dass die italienischen Glasarbeiter die Konkurrenz der ausländischen Handarbeit als ihre grösste Gefahr betrachten und alle einwandernden Glasarbeiter als Lohndrücker und Streikbrecher unerbittlich bekämpfen.

Demnach bleibt den italienischen Glasarbeitern als einziges Mittel, um die Konkurrenz der billigen ausländischen Handarbeit auszuschliessen und die Tarife hochzuhalten, die Selbstverteidigung. Dessen bewusst, war die Hauptarbeit des Kongresses auf das Zustandekommen einer Verständigung zwischen den zwölf verschiedenen Organisationen der Glasarbeiter gerichtet, die durch die Gründung eines konföderalen Ausschusses, dem sich alle Glasarbeiterorganisationen angeschlossen haben, erreicht wurde.

Dieser Ausschuss soll die inneren Gegensätze der Organisationen lösen, Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen beilegen, die Abschaffung der Nacharbeit vorbereiten, die Lehrlingszulassung regulieren, den Uebergang von einer Kategorie zu einer höheren, von einer Branche der Glasindustrie zu einer anderen regeln, die gegenseitige Hilfe im Falle von Streik, Boykott und Sperrung organisieren, den Weg zur Verschmelzung der Organisationen ebnen und die Gesamtheit der Glasarbeiter nach aussen repräsentieren.

Die schwere Aufgabe dieses Ausschusses wird durch die technische Entwicklung erleichtert, weil sie die technischen Grundlagen der noch existierenden Kastenorganisationen zertrümmern und die Glasarbeiter zu einer einheitlichen Organisation drängen wird. Bis heute hat sich die Form der Sonderorganisationen gut bewährt, es ist aber undenkbar, dass zum Beispiel die fünf italienischen Föderationen der Tafelglasarbeiter, fünf verschiedene Kategorien repräsentierend, der alle Kategorien ausgleichenden Maschinenproduktion Widerstand leisten können werden. Nur eine einheitliche industrielle Organisation wird die Mittel zu einem erfolgreichen Kampfe gegen die Folgen der Maschinenproduktion aufbieten können.

Gegenwärtig ist eine Gruppe der Tafelglasmacher in einen hartnäckigen Streik verwickelt. Der Eigentümer der boykottierten Fabrik hat belgische Arbeiter nach Italien gelockt, diese verliessen aber, nachdem sie die Situation erfasst hatten, mit materieller Unterstützung der italienischen Tafelglasmacher das Land.

Die Fabrik ist jetzt gesperrt, weil die arbeitslosen Tafelglasmacher sich nicht ausgleichen wollen und die Gründung einer Tafelglasproduktivgenossenschaft planen, durch welche sie die Arbeit und die Produktion am günstigsten zu organisieren hoffen. Da aber ein Kastenregime in einer genossenschaftlichen Fabrik nicht bestehen kann, müssen die Tafelglasmacher die überholten Scheidungen aufgeben und dem sozialen Geist der sozialen Fabrik Platz geben. Die Tafelglasmacher werden demnach die strengen Scheidewände, durch die sie sich bis heute gegen alle Angriffe künstlich verschanzt haben, selbst abschaffen, noch früher als sie durch die technische Revolution und die Konkurrenz des Auslandes dazu gezwungen sein werden. Sie werden sich nicht zersplittern lassen und durch Konzentrierung aller materiellen und moralischen Kräfte, die sie durch den Zusammenhalt als Kaste gewonnen, werden sie die radikale genossenschaftliche Lösung ihrer Lage verwirklichen können.

Die heutige Kampfmethod der italienischen Glasarbeiter ist durch die Tatsache bestimmt, dass sie in ihren geschlossenen und disziplinierten Organisationen in moralischer, technischer und materieller Hinsicht den Höhegrad der Befähigung erreicht haben, der zur Uebernahme der Produktion in eigenen genossenschaftlichen Betrieb absolut notwendig ist. Das Bewusstsein der Reife ist in ihnen so stark, dass sie bei jeder Gelegenheit die genossenschaftliche Lösung in den Vordergrund drängen. Kaum ist ein Streik ausgebrochen, wollen die Glasarbeiter sofort eine genossenschaftliche Fabrik gründen. Die Kapitalisten fürchten diese Lösung und geben rasch nach.

Gewerkschaften und Genossenschaften gehen zusammen, jedes Mitglied einer Glasproduktivgenossenschaft muss seiner Gewerkschaft angehören. Die Genossenschaften werden als eine natürliche Fortbildung der Gewerkschaften betrachtet und sie werden zu weiterem Ausbau der Gewerkschaftsbewegung verpflichtet. Die 300 Mitglieder der blühenden toskanischen Fiaskoproduktivgenossenschaft sind alle Mitglieder der Föderation der Fiaskomacher. Alle Mitglieder der Flaschenmacherföderation, zu der auch die Hilfsarbeiter gehören, sind Mitglieder der grossen Flaschenmachergenossenschaft, die in ihren, im grosskapitalistischen Massstab angelegten Fabriken mehr als die Hälfte der italienischen Flaschenproduktion herstellt und im Süden Italiens den Markt absolut beherrscht. Ich kann leider an dieser Stelle die lehrreichen Kämpfe dieser Genossenschaft nicht besprechen, es sei nur ihre Rolle hervorgehoben.

Nach siebenjährigem Bestand, in fortwährendem Kampfe mit dem Trust, hat sich die Genossenschaft die Suprematie erobert, trotz der überwiegenden finanziellen Mittel der Trustmagnaten, einzig allein dank ihrem organischen Zusammenwirken mit der Gewerkschaftsbewegung der Flaschenarbeiter, und zwar, weil die Flaschenarbeiter erst durch die Gewerkschaftsbewegung diszipliniert wurden, dann in der zusammenarbeitenden gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung moralisch und technisch auf eine hohe Stufe des opfermutigen sozialen Menschen gehoben wurden. Heute verfügt diese Genossenschaft über so grosse materielle Mittel und moralische Kräfte, dass sie den Kampf mit dem Trust weiter erfolgreich führen und die ganze italienische Glasarbeiterbewegung in weite Bahnen lenken kann.

Naturgemäss nimmt sie in der ganzen Glasarbeiterbewegung die Zentralstellung ein. Ihre Erfolge regen die Gewerkschaftsbewegung an, so wird jetzt die Föderation der Flaschenmacher durch Referendumabstimmung die zweite „exgelbe“ Organisation der Flaschenmacher einverleiben, die während der dreijährigen Boykottierung des Trusts gegründet wurde und die Föderation und die Genossenschaft einer ständigen Gefahr ausgesetzt hatte. Diese Einigung wird dem Verbands der Flaschenmacher und der Genossenschaft ungefähr 90 Prozent sämtlicher in der Flaschenindustrie beschäftigten Arbeiter zuführen und dadurch wird die Möglichkeit des weiteren Ausbaues der genossenschaftlichen Kampfmethodik gesichert und die Position des Flaschentrusts gründlich erschüttert.

Die Tafelglasmacher stehen auch von den Flaschenarbeitern beeinflusst. Die Gründung einer Tafelglasproduktivgenossenschaft wird den Glasarbeitern einen grossen Vorsprung sichern. Wie schon erwähnt, sind die Verluste des Flaschentrusts an der Flaschenproduktion durch die Tafelglasproduktion wettgemacht, wird ihm dieser Gewinn einmal entzogen, so ist der Trust gezwungen, entweder seine Fabriken zu schliessen oder sie den organisierten Arbeitern abzutreten.

Die Weissglasarbeiter stehen gleichfalls unter dem Einfluss der genossenschaftlichen Idee, im nahenden Kampfe zur Erneuerung der Tarife werden sie die genossenschaftlichen Tendenzen zur Realisierung bringen. Die Föderation der Weissglasmacher hat im Jahre 1909 mit Kongressbeschluss all ihre Mitglieder gezwungen, ein gewisses Minimum von Aktien einer zu gründenden Genossenschaftsfabrik zu zeichnen. 600 Weissglasarbeiter haben schon ihre Anteile für die Aktien bezahlt.

* * *

Die Lage der italienischen Glasindustrie ist kritisch, aber kritischer vielleicht für die Industriellen als für die Arbeiter. Die italienischen Glasarbeiter sind im Kampfe zum Kampfe diszipliniert und sind ihres Sieges sicher. Das Unterstützungssystem ist zwar in jeder Gewerkschaft und Genossenschaft ausgebaut, doch spielt es eine zweite Rolle. Boykott, Streik, genossenschaftliche Produktion sind die Kampfmittel der Glasarbeiter. Der Kampfcharakter ihrer Organisationen hat sie zur schöpferischen Arbeit getrieben und die gegründeten Institutionen halten sie zusammen. Diese Umstände erklären, dass trotz der Krise die Zahl der organisierten Glasarbeiter stetig wächst.

Können sich aber die italienischen Glasarbeiter gegen die Folgen der dargestellten technischen Revolution schützen?

Gewiss. Früher oder später werden die Genossenschaften die neuen Maschinen einführen, und die materiellen Mittel, die sie durch die verbesserte Produktion gewinnen,

werden ihnen gestatten, die genossenschaftliche Fabrikation einer ganzen Reihe von Glasartikel aufzunehmen, die teilweise noch mit Handarbeit gemacht werden, teilweise in Italien noch nicht hergestellt werden oder überhaupt noch nicht aus Glas gemacht werden. Wenn sie dann auch nur die überwiegende Hälfte der italienischen Glasindustrie in den Händen haben, können sie den übrigen Teil des Lohnmarktes und der Produktion durch die verstärkte Position der Gewerkschaftsbewegung verhältnismässig leicht beherrschen. Gegen die Einführung fremder Arbeiter können sich die Föderationen, die den Arbeitsnachweisdienst in der Glasindustrie versehen, am besten durch den Kollektivvertrag schützen, es kann nämlich keine italienische Glasfabrik, die einen Kollektivvertrag mit den Föderationen hat, unorganisierte Arbeiter anstellen und die Fabriken, die den Kollektivvertrag nicht unterschreiben, die Organisation nicht anerkennen, werden boykottiert. Der Bruch eines solchen Vertrages wird durch die Föderationen nicht nur gerichtlich verfolgt, sondern auch sofort mit einem Streik beantwortet. Kraft dieses Vertrages kann auch die Arbeitszeit oder die Produktion eingeschränkt werden. Vor einigen Jahren zum Beispiel wurde der Trust von der Föderation der Flaschenarbeiter gezwungen, vier Schichten anstatt der üblichen drei oder die Schichten sechs statt acht Stunden arbeiten zu lassen, um den Berufsgenossen, die wegen der von der Föderation boykottierten zwei Fabriken arbeitslos waren, Arbeit zu verschaffen. Diese 25prozentige Reduktion der Arbeitszeit fällt natürlich mit einer gleich starken Lohnreduktion zusammen.

Die Hilfsquellen einer so innig verbundenen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung sind unendlich reich und jede neue drohende Situation schärft notwendigerweise den Kampfcharakter der Organisationen und macht ihre Kampfweise zielbewusster.

Diese revolutionäre Kampfbereitschaft und Kampflust der italienischen Glasarbeiter wurde nicht von Theorien genährt — lange andauernde Kämpfe haben sie geweckt. Diese Bewegung steht einzig da. Sie repräsentiert eine neue Tatsache: die teilweise schon durchgeführte Expropriierung einer grossen Industrie durch die Kollektivität ihrer gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter.

Ambros Hruschka: Die Transportarbeiter und die Organisation

Wer wie ich im Elend aufgewachsen, von frühester Jugend zuerst instinktiv, dann bewusst darüber nachsann, wie man dem schweren Elend, das ich um mich sah, steuern könne, wer dann viele Jahre seines Lebens — oft scheinbar aussichtslos — der Organisation seiner näheren und fernerer Berufsgenossen widmete, fühlt sich oft gedrängt, Rechenschaft abzulegen über die Schwierigkeiten und ihre Ursachen, die sich der Organisationsarbeit entgegenstellen. Wenn man zum grössten Teil unter ungelerten Arbeitern gewirkt hat, fühlt man, dass es sich da um ein grosses Problem von allgemeinem Interesse für die Praxis der Gewerkschaftsbewegung handelt. Deshalb glaube ich, dass meine Ausführungen über den Kreis meiner engeren Fachgenossen einiges Interesse beanspruchen können, auch wenn manches, was ich schreibe, durchaus auf persönlicher Erfahrung beruht.

In den bewegten 1880er Jahren führte mich mein Nachdenken über den Zustand der menschlichen Gesellschaft und über die Gesetze in ihr zum Sozialismus. Eine Aenderung des ungerechten Zustandes sah ich nur, wenn die arbeitenden Menschen geistig und sittlich gehoben werden. Mit dieser Ueberzeugung und diesem Streben trat ich in die Partei und in die Gewerkschaftsbewegung, um ihr meine bescheidenen Kräfte zur Verfügung zu stellen. Seitdem ich organisiert war, wurde ich in meinen Grundsätzen gestärkt. Meine Parteiarbeit reizte mich zu immer weiterer Tätigkeit für die Arbeiterschichten, deren soziales Elend ich kennen lernte. Ich war immer bemüht, mich mit der Art und den wirtschaftlichen Voraussetzungen ihres Lebens zu befassen. Erst wenn ich damit vertraut war, bemühte ich mich, sie geistig zu heben. Je grösser die Massen sind,

für die man zu wirken hat, desto schwieriger wird es, diesen Aufgaben gerecht zu werden, ja es ergeben sich ganz andere Verpflichtungen, so dass man oft dem nicht die Zeit widmen kann, was man im engeren Kreise auszuführen bemüht gewesen wäre. Das gilt vor allem für die Tätigkeit in dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Oesterreichs, die eine mannigfach zusammengesetzte Mitgliederschaft haben, die aus den verschiedensten Verhältnissen stammen und die mannigfachsten Wünsche haben. Es gibt wenige Stellungen in der Partei wie in der Gewerkschaft, die so viel Aufopferung fordern, die so viel Schwierigkeiten im Gefolge haben wie die Wirksamkeit in dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter.

Als im Jahre 1904 Hueber und Forstner mit einigen anderen darangingen, die im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeiter zu organisieren, war sich niemand klar über die aufreibende und schwierige Arbeit, der sie sich unterzogen. Von den kleinen Fachorganisationen der Konsumbediensteten, Handelshilfsarbeiter, einiger Lohnfuhrwerker, Schwerfuhrwerker und Speditionsarbeiter, die alle zusammen noch nicht einmal 600 Mann zählten, ging man aus, um eine Organisation für eine sehr grosse Berufsgruppe zu begründen. Zählte man doch zu jener Zeit in Wien allein ausser den Handelsangestellten und den im Eisenbahnbetriebe wirkenden 27.000 im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Für die meisten dieser Leute galt das damalige Programm des Herrn Dr. Weiskirchner, das sich zu jener Zeit noch auf die drei Worte „Dr. Karl Lueger“ beschränkte. So waren diese dem Klassenkampf fremden Massen immer zur Verfügung der christlichsozialen Radaumacher, wenn es galt, sozialdemokratische Versammlungen zu sprengen. Hieraus erkennt man schon die Grösse der Aufgabe, die sich die ersten Anreger unserer Organisation gestellt hatten. Um so schwieriger war diese Arbeit, als in dem kleinen Häuflein Organisierter nur ganz wenige zur agitatorischen Arbeit zu verwenden waren, ja überhaupt für die schwere und grosse Arbeit, der sich das kleine Häuflein unterziehen wollte, irgendwie in Betracht kommen wollten. Es war also eine nicht geringe Willensstärke, Opfermut, Ausdauer notwendig, um allen Schwierigkeiten, die sich bald ergeben mussten und tatsächlich ergaben, gewachsen zu sein.

Wie würde man erst die Bedeutung dieser Arbeit würdigen können, wenn man die zwanzig Arbeitszweige, denen unsere Mitglieder nun angehören, einen nach dem anderen charakterisieren wollte, um hieran Bedeutung und Schwierigkeit der übernommenen Arbeit ermessen zu können. Wenn wir auch bloss von einzelnen Gruppen sprechen, wird man erkennen, wie schwer es war und heute noch ist, unter diesen Arbeitern Agitation und Organisation systematisch zu entfalten. Es ist viel leichter, sich der Aufklärungsarbeit bei den modernen Fabriks- oder handwerksmässigen Arbeitern zu unterziehen, weil bei ihnen schon ein gewisser Grad von Intelligenz die Vorbedingung ihres Berufes ist und weil sich schon in ihrer Werkstätte und ihrer Fabrik die Notwendigkeit ihres Zusammenstehens ergibt; hieraus kommt jedem die Wichtigkeit der Organisation zum Bewusstsein. Deshalb kann man leichter und erspriesslicher bei den Schuhmachern, Schneidern, Metall- oder Holzarbeitern und anderen agitieren. Dort steht der Vertrauensmann unter den Arbeitern, er ist ihr Kollege bei der Arbeit, und hält ständige Verbindung mit ihnen. Wohl leidet auch der Vertrauensmann der gelernten Arbeiter oft unter der Indolenz seiner Kollegen, oft unter Schwierigkeiten, die ihm im Betriebe gemacht werden. Aber trotzdem hat er es immer leichter, wenn er mit der agitatorischen Arbeit anfängt wie wir, als wir im Jahre 1904 unsere Arbeit begannen, und als wir an Vertrauenspersonen, wie sie sich die gelernten Arbeiter leicht schaffen, gar nicht denken konnten. Die Metallarbeiter und Holzarbeiter werden durch ihren Beruf in den Betrieb zusammengeführt. Der Kutscher, Speditionsarbeiter und mancher andere Transport- und Verkehrsarbeiter werden auseinandergetrieben, um ihre Arbeit zu verrichten. Tagelang bekommen sie einander nicht zu sehen. Ihre Arbeitsleistung zwingt sie, ununterbrochen den Ort ihrer Tätigkeit zu wechseln. Ihr Arbeitsfeld dehnt sich auf viele Quadratmeilen aus, sie fahren auf Sandplätze, Ziegeleien, Bahnhöfe, zu Privatkunden u. s. w., u. s. w.; es ist nur ein Zufall, wenn sie sich während oder nach der langen Arbeit einmal mit Berufsgenossen etwas länger unterhalten können, wenn sie jemand treffen, der von dem gleichen Unternehmer ausgebeutet wird. An diesen

Verhältnissen scheidet in der Regel die Wirksamkeit eines Vertrauensmannes, wenn er auch noch so gut ausgewählt ist. Eine weitere Schwierigkeit der Agitations- und Organisationsarbeit war der merkwürdige Berufsstolz des Kutschers, der sich von einem nicht im Fuhrwerksbetrieb Tätigen nichts sagen lassen, sich nicht von ihm beraten und führen lassen wollte. Das merkwürdige patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern erschwerte das Bewusstsein des Gegensatzes zwischen Fuhrwerksbesitzer und Transportarbeiter. Bei einzelnen Kategorien mag auch das Trinkgeldwesen eine ungünstige Wirkung gehabt haben. Diese schwerarbeitenden Männer erhielten im Jahre 1905 ohne Kost Wochenlöhne, die sich zwischen 16 und 22 K bewegten, wobei aber die höchsten Sätze nur von denen erreicht wurden, die sich den Unternehmern besonders wertvoll machten. Charakteristischerweise erfolgte die Auszahlung des Lohnes am Sonntag zur Mittagszeit, die Sonntagsarbeit war eben in dem Lohn meist inbegriffen. Ueber die niedrigen Löhne sollte das patriarchalische Verhältnis hinwegtäuschen, von Zeit zu Zeit erwies sich der Fuhrwerksbesitzer als „fescher Kerl“, zahlte seinen Leuten ein paar Liter Wein, bei deren Verteilung er eifrigst mitwirkte, schon um den „Tonerl“ oder „Seppel“ ausdrücklich oder sonst verständlich zur kräftigen Arbeit in der nächsten Woche, zur Leistung von mehr Fahren als in der verflissenen Woche anzureizen. Bei diesen Saufgelagen wuchs das Ansehen der Fuhrwerksbesitzer und die „Roten“ wurden in tiefsinnigen Gesprächen der Fuhrwerksbesitzer in ihrer ganzen Schlechtigkeit den Kutschern vorgeführt. Jedes Frühjahr brachte aus den damals von unserer Agitation vollständig unberührten ländlichen Gegenden neue Kräfte, die an Bedürfnislosigkeit, Bescheidenheit, Folgsamkeit, Widerstandsunfähigkeit die bisherigen Kutscher noch in den Schatten stellten. So kann man sich nicht wundern, wenn die Träger der ersten agitatorischen Arbeit über die Aussichtslosigkeit ihrer Tätigkeit bei dem geistigen Zustand der Kutscher und anderer Transportarbeiter fast bis zur Verzweiflung gebracht wurden.

Die Agitation musste zumeist bei Nacht betrieben werden, weil die Arbeitszeit sich vom frühesten Morgen bis in die Nachtstunden hinein ausdehnt. Die Methoden der Agitation, die man in anderen Berufsorganisationen kennen gelernt hatte, erwiesen sich als vollständig wirkungslos, weil kein Verständnis für sie bei den Transportarbeitern zu finden war. Alle Anknüpfungspunkte, alle Voraussetzungen, die man bei dem gelernten Arbeiter hatte, alle Kenntnisse des geistigen Lebens, der Bedürfnisse der Arbeiterklasse waren wertlos, als man sich an die Kutscher wandte. Es war ein eigenartiges, von der übrigen Arbeiterklasse durchaus verschiedenes Volk. Einsame Menschen, deren einzige Vertraute ihr Schimmel oder Brauner war, mit dem er sich bei jeder Gelegenheit abgab, dem er seine Gefühle widmete, mit dem er geistig zusammengewachsen war! Eine ganz eigene, eine durchaus neue, eine für die Kutscher direkt zugeschnittene Agitationsmethode musste erst erfunden und erprobt und dann vorsichtig angewandt werden. Man musste den Kutscher, man musste die Tätigkeit seines Pferdes studieren, bevor man in der Agitation einsetzen konnte. Ja selbst heute noch nach sechs Jahren erfolgreicher Agitationsarbeit stößt man immer wieder auf diese Schwierigkeiten. Ich hatte einmal einen Vertrauensmann im Betriebe aufzusuchen, um ihn an seine Pflichten zu erinnern. Im Fuhrwerkshaus begegneten mir der Unternehmer und Schaffer, an die ich die Frage stellte, ob der Kutscher N. N. schon zu Hause sei. Beide erklärten, einen Kutscher dieses Namens nicht zu beschäftigen und nicht zu kennen. Auf mein Drängen erlaubte man mir, selbst im Stalle nachsehen zu dürfen; ich fand dort den Mann. Als ich mit ihm herauskam, waren die beiden leitenden Männer des Betriebes über alle Massen erstaunt und riefen mir zu: „Hätten S' dös glei' g'sagt, dös is ja ‚der Rote‘“! Genau so wie das Pferd beim Eintritt im Stalle einen Namen erhält, so bekam früher der Kutscher als Knecht seinen Spitznamen von seinem Unternehmer oder von seinem Kameraden; bis zu seinem Lebensabend trug er diesen Namen, er wurde natürlich auch von allen, auch vom Unternehmer geduzt.

Wer sich auf Grund dieser Mitteilungen nur ein wenig die Schwierigkeiten klarmachen kann, die unserer Agitation entgegenstanden, wird erkennen, was wir bei einem stark empfundenen Mangel an Kräften zu leisten hatten. Wollte man Erfolg haben, so musste man psychologisch zuerst den Mann erfassen, an den man sich wenden konnte. Der Kohlenfahrer musste anders behandelt werden wie der Kaiarbeiter. Ihr Denken,

Fühlen, Vorstellen, Empfinden waren oft viel schwerer zu ergründen, als man das bei so einfachen Menschen erraten konnte. Die Bedürfnislosigkeit dieser Menschen, ihr Mangel an Kultur und ihr fehlendes Streben nach höheren Lebensformen war auch ein grosses Hemmnis der Erweckung dieser Massen. Oft musste man sich tatsächlich zuerst an das Pferd wenden und dem Pferde richtig schmeicheln, bevor man den Versuch machte, auf das seelische Empfinden eines Schwerekutschers zu wirken. Pferd und Schwerekutscher waren unzertrennlich. Ein Genosse sagte vor nicht allzulanger Zeit in einer Versammlung verzweifelt: „Ja sagt mir, Genossen, muss es denn in jeder Versammlung von Pferdedunst riechen? Ich meine, dass man nach so langer Zeit der Organisation schon verlangen könnte, dass ihr weiter denkt“. Bei den Kohlen- und bei den Kaimarbeitern gab es oft andere Schwierigkeiten. Die Saisonarbeit brachte aus nichtdeutschen Gegenden auf wenige Monate viele Arbeiter nach Wien, die nicht nur wegen der Sprachverschiedenheit, sondern auch wegen der Kürze ihres Arbeitsverhältnisses schwer überzeugt und noch weniger leicht zur Solidarität gebracht werden konnten. Dann waren die Produzentenarbeiter und -Arbeiterinnen zu gewinnen, die, wenn man den gesundheitlichen Masstab anlegt, das schlechteste Arbeitsverhältnis haben. Die gesammelten Lumpen haben sie zu sortieren und zu pressen, die dann an die verschiedenen Fabriken versandt werden. Die geriebensten Kaufleute sind die Unternehmer im Lumpengeschäfte, dem entspricht die Ausbeutung und Beeinflussung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Fremde Arbeiter, so aus der ungarischen Slowakei, die im Frühjahr oder Herbst zuwandern, ergänzen die Lücken oder verdrängen die bisherigen Arbeiter, an die sich die Agitation schon gewandt hat und erschweren so die erfolgreiche agitatorische Arbeit. Diese Kategorien von Arbeitern erfordern eine eigenartige Behandlung. So könnte ich noch einige Gruppen aufzählen, die dem Agitator ganz eigenartige psychologische und sonstige Aufgaben stellen. Alle diese Menschen sind natürlich Produkte ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, ihrer Umgebung, niedergedrückt durch die schwere, hässliche, oft ekelhafte Arbeit, sie fügen sich in ihr Schicksal und hoffnungslos sehen sie in die Zukunft, sie erschweren selbst durch ihr Fügen in das Schicksal jedes Streben anderer, sie zu heben und zu veredeln. Sie haben sich an die schlechtesten Arbeits- und Lohnverhältnisse gewöhnt, sie haben sich der grössten Behandlung anbequemt. Sie waren von einer Bedürfnislosigkeit, die ihnen erst zum Bewusstsein gebracht werden musste. So hatte der Schwerekutscher sein Nachtlager neben dem Pferd, der Kabskutscher kannte überhaupt kein anderes Quartier. Heute bestehen noch diese Verhältnisse, obwohl die Organisation die Behörden oft genug davon, wenn auch vergeblich, in Kenntnis gesetzt hat. Dass in Leuten mit diesen Lebensbedingungen die niedrigsten Instinkte nicht gehemmt werden, kann keinen denkenden Menschen in Erstaunen setzen. Diese Arbeiter geistig und sittlich zu heben, war und wird weiter unsere Aufgabe sein.

Auch der Ort der Organisation war bei uns ein anderer wie bei denen, die sich um die Werbung etwa der Metall- und Holzarbeiter für ihre Organisationen bemühten. Vor sechs Jahren begannen wir und bis zum heutigen Tage setzen wir unsere Arbeit fort in den Pferdeställen und Hadermagazinen, in den Kohlenhöfen und in den staubigen Kaimagazinen, in den Elevatorhäusern und auf den Lagerplätzen, auf den Strassen zur Tages- und zur Nachtzeit. Von dieser Kulturarbeit im wahrsten Sinne des Wortes wissen die wenigsten Menschen. Wir sind aber stolz, dass unsere Arbeit aus dem Häuflein der 600 den Trupp der Zehntausend gemacht hat. Wie schwer die Werbung dieser Zehntausend war, ersieht man auch daraus, dass alljährlich 4000 bis 5000 ein- und austraten, dass immer wieder von neuem die Reihen gefüllt werden mussten. So ergab sich ein riesiger, trotz aller Sparsamkeit nicht einzuschränkender Kostenaufwand für die Agitation und für die Verwaltung. Eine schwere und ununterbrochene intensive Arbeit musste geleistet werden, um diese schwer arbeitenden und doch so braven Menschen gewerkschaftlich organisationsfähig zu machen.

Harte Stunden voller Geduld werden notwendig sein, sie auch politisch zur Reife zu bringen, um sie von der Vormundschaft der Arbeiterfeinde und Geistesknechter zu erlösen. So schwer diese Arbeit war und bleibt, so hat sie sich doch in erfreulichster Weise gelohnt. Die Kutscher- und Transportarbeiter, die den Organisationsgedanken erfasst hatten, sind eisenfeste Glieder unserer Verbandskette geworden. Hat man diese

schwerarbeitenden Menschen endlich überzeugt, haben sie ihre rauhe Hülle abgeworfen, so sieht man, dass es die besten Menschen sind. In ihrem Innern schlägt ein gutes, aufrichtiges Herz, das allen Kameraden gehört, wenn man den Mann zum Erkennen seiner Lage und seiner Arbeiterschaft gebracht hat. Zum Klassenbewusstsein gekommen, opfert er, wenn es notwendig ist, gerne sein Leben. Aber bis man ihn dahingebracht hat, ist eine lange Zeit harter, mühseliger Arbeit für jeden einzelnen Agitator durchzumachen.

Möge es uns in Zukunft weiter gelingen, auf das Innenleben dieser schwerarbeitenden Menschen einzuwirken, um so den Zusammenhang zu ihrem eigenen Nutzen wirken zu lassen. Gewaltige Erfolge in der Richtung der Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, der Erziehung dieser Leute zum Menschen sind aufzuweisen. Aus den Zweiflern sind unbeugsame Apostel geworden, die alles daransetzen werden, diese Menschen zu dem zu machen, was sie sein sollen: zu tüchtigen, aufopferungsbereiten Sozialdemokraten!

J. F. Ankersmit (Amsterdam): Gewerkschaftlicher Anarchismus in Holland

Die Rolle des Anarchismus in der Arbeiterbewegung ist die der Zerstörung jeder Organisation und da die Erhaltung und stete Ausdehnung der Organisation die eigentliche Lebensfrage der Arbeiterbewegung ist, ist der Anarchismus der Todfeind aller Arbeiterbewegung. Und zwar ist er ein gefährlicherer Feind, als selbst die brutalste Unternehmerklasse und die reaktionärste Regierung, weil diese Mächte durch ihre Angriffe den Widerstand der Arbeiter und damit deren Gegenaktion zur Verteidigung und Erweiterung der bedrohten Positionen hervorrufen, während der Anarchismus als eine schleichende Krankheit von innen heraus die Arbeiterorganisation aushöhlt und schwächt, Mutlosigkeit und Verdriesslichkeit in ihren Reihen sät und sie sang- und klanglos zu Grabe führt.

Von dieser zerstörerischen Rolle des Anarchismus hat die holländische Arbeiterbewegung weidlich gekostet, und zwar in ihrer politischen sowohl als in ihrer gewerkschaftlichen Wirksamkeit. Die erste sozialistische Arbeiterbewegung, die noch im Jahre 1893 so kräftig und gesund aussah, hat sich beim Anarchismus den Tod geholt. Nachdem Domela Nieuwenhuis im Jahre 1891 unter dem alten, sehr beschränkten Wahlrecht durch seine kleinbürgerlichen Wähler des Kreises Schoterland aus der zweiten Kammer herausgewählt war, entwickelten sich bei diesem damaligen Führer des holländischen Sozialismus alsbald die ersten Keime des Antiparlamentarismus, der sich dann immer schneller zum offenen Anarchismus auswuchs. Damit war der Zankapfel in die Organisation geworfen. Der anarchistische Geist verbreitete sich unheimlich schnell und auf dem Weihnachtskongress des Jahres 1893 wurde die von der Sektion Hoogezand-Sappemeer gestellte Resolution mit 47 gegen 40 Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen: „Der Kongress beschliesst, unter keiner Voraussetzung, auch nicht als Agitationsmittel, mehr an den Wahlen teilzunehmen.“ Im folgenden Jahre verliessen die wenigen übergebliebenen bewussten Sozialdemokraten die alte Partei und gründeten eine neue, die heutige, anfänglich ein Generalstab ohne Soldaten. Doch das verspottete Häuflein wuchs schnell und eroberte schon im Jahre 1897 drei Kammermandate. Die grosse alte Partei aber, die sie verlassen hatten und die nun unrettbar dem Anarchismus preisgegeben war, schrumpfte noch viel schneller zusammen. Hatte sie im Jahre 1893, wie Genosse Vliegen in seinem schönen Buch „Die Morgenröte der Volksbefreiung“* erzählt, ihren Höhepunkt erreicht, so fiel sie jetzt der Schwindsucht anheim. Im Jahre 1894 hatte sie 3668 Mitglieder, für damalige holländische Verhältnisse eine stattliche Zahl; ein Jahr später war diese Zahl schon auf 2540 zusammengeschmolzen. Im Jahre 1897 hatte Domela Nieuwenhuis

* „De Dageraad der Volksbevryding“. Door W. H. Vliegen. Amsterdam, S. L. van Looy. 1905.

sich zur völligen Gegnerschaft jeder Organisation durchgerungen; er verliess die alte Partei und mit ihm ging die grosse Mehrheit der Parteimitglieder. Ein Jahr später war die Zahl der Ortssektionen von 50 auf 8 gesunken; im Jahre 1900 beschloss dieser Rest den Anschluss an die neue sozialdemokratische Arbeiterpartei. Seitdem bestehen nur noch hie und da gesonderte örtliche anarchistische „Gruppen“, die sich dann und wann zu einer Art Konferenz vereinigen. Die letzte dieser Konferenzen, Weihnachten 1909 abgehalten, zählte ganze 21 „Gruppen“ und 17 „Personen“. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei aber zählt jetzt 210 Ortssektionen und nahezu 10.000 Mitglieder.

Als den unter anarchistischen Einfluss gekommenen Arbeitern die Teilnahme an der Politik und damit an der sozialistischen Bewegung und Organisation verleidet war, warfen sie sich anfänglich mit verdoppelter Kraft auf die Gewerkschaftsbewegung; der Naturtrieb zur Besserung der Lebenslage und zur Teilnahme am öffentlichen Leben machte sich eben einen anderen Weg, als der erste versandet war. So entstand unter der Führung des „Nationalen Arbeitssekretariats“ im Jahre 1894 eine gewerkschaftliche Organisation, deren leitende Geister alle mehr oder weniger unter anarchistischem Einfluss standen, die aber trotzdem in den ersten Jahren einen nicht unbeträchtlichen Umfang bekam. Am Ende des Jahres 1897 zählte das N. A. S., wie diese gewerkschaftliche Zentrale immer kurz bezeichnet wird, nach ihren Jahresbericht 15.000 angeschlossene Mitglieder. Damit hatte sie auch schon ihren Höhepunkt erreicht. Es mutet humoristisch an, den damaligen Sekretär Van Erkel in einem Jahresbericht schreiben zu sehen, es sei für ihn „eine angenehme Aufgabe“, eine Uebersicht über das vergangene Jahr 1898 zu liefern, weil „das Sekretariat allmählich seinen Weg bahnt“, ihn dann aber gestehen zu sehen, das N. A. S. hatte in diesem Jahre 2000 Mitglieder verloren und zählte deren jetzt nur 12.950, während auch die Zahl der angegliederten Gewerkschaften von 44 auf 40 gesunken ist. Ein Jahr später ist die Mitgliederzahl abermals gesunken, auf 12.444, also mit weiteren 500. Von da an ist es äusserst schwierig, zahlenmässige Daten über die Stärke des N. A. S. zu bekommen; offenbar ist die Organisation in stetem Rückgang begriffen. Noch einmal allerdings, in den ersten Monaten des Jahres 1903, als die gewaltige Streikwelle über Holland zog, als auch das Eisenbahnpersonal und die Amsterdamer Gemeindearbeiter streikten, erhob sich der Mitgliederbestand des N. A. S. auf 15.000. Als dann aber das klerikale Kabinett die zum Generalstreik gegen die schamlosen Antistreikgesetze aufgestandene Arbeiterbewegung mit roher Faust niederschlug, erholte sich zwar die unter sozialdemokratischem Einfluss aufgeschossene neue Gewerkschaftsbewegung schnell von diesem Schlage — die anarchistische aber brach vollends zusammen, um nie wieder aufzustehen. Ende 1906 gibt die offizielle Reichsstatistik das N. A. S. mit 5000 Mitgliedern an, wohl eine zu hoch gegriffene Schätzungsziffer. Von da an gibt die Organisation dem Statistischen Amt keine Angaben über ihre Stärke mehr und auch die Jahresberichte des N. A. S. erhalten deren keine. Die sozialdemokratische Presse behauptet, der anarchistische Gewerkschaftsverband zähle jetzt nicht mehr als 3000 Mitglieder und sein Sekretär bestreitet dies nicht*, liess sich vielmehr unlängst in einer Polemik in dem Verbandsorgan „De Arbeid“ die Mitteilung entschlüpfen, das N. A. S. habe längst keine 5000 Mitglieder mehr, „hoffe“ aber, innerhalb zwei Jahren es auf 10.000 zu bringen. Allerdings eine ebenso billige als bescheidene Hoffnung, da der am 1. Jänner 1907 unter sozialdemokratischer Führung ins Leben getretene „Verband niederländischer Gewerkschaften“, meistens N. V. V. bezeichnet, damals schon 26.200 Mitglieder zählte und jetzt 40.000 überschritten hat.

Man sieht, die Entwicklungslinie der von Anarchisten geleiteten Arbeiterbewegung läuft auf gewerkschaftlichem Gebiet genau parallel mit der Entwicklung auf politischem Gebiet, nur dass die gleiche Welle einige Jahre später wirkte. Auch hier hat der Anarchismus gezeigt, dass er vielleicht ein kurzlebiges Auflodern hervorrufen, dass er aber auf die Länge nur zerstörend wirken kann. Er ist eben in allen Dingen

* Bei der Korrektur bin ich noch in der Lage mitzuteilen, dass inzwischen endlich das N. A. S. wieder einmal seine Mitgliederzahl bekanntgegeben hat; sie betrug am Anfang dieses Jahres 3223.

nur negativ und die Arbeiterbewegung braucht positive Auffassungen. Mit seiner pessimistischen Eigenart sieht der Anarchismus immer nur die schwachen und nachteiligen Seiten jeder Aktion, jedes Kampfmittels, und züchtet so bei den Arbeitern eine Furcht, „um sich an kaltem Wasser zu brennen“, wie wir in Holland sagen, die erlahmend auf die Tatkraft wirkt. Dabei ist der anarchistische Geist im Grunde jeder Organisation abhold und bringt einen übertriebenen Individualismus mit, der sich in höchstem Misstrauen gegen jedwede Führung äussert. Das sind alles Momente, die in die Gewerkschaftsbewegung passen wie die Faust aufs Auge und die ihr die kampfesfrohe Arbeiterschaft auf die Dauer notwendigerweise abspenstig machen muss. Diese kurze Skizze der zerstörerischen Elemente des Anarchismus auf gewerkschaftlichem Gebiet möge mit einigen Beispielen des näheren erläutert werden.

Sein Pessimismus treibt den Anarchismus dazu, alles was die moderne Gewerkschaft kampffähig macht, kritisch zu zersetzen und als unnütze, ja direkt schädliche Attribute zu verwerfen. Von Streikkassen will der Anarchist prinzipiell nichts wissen; er behauptet, dass sie der Gewerkschaft ihre Kampfbereitschaft nehmen und die schönste Arbeitertugend, die sich im Streikfall offenbarende Solidarität der anderen Arbeiter, ausser Kraft setzen. Genosse Heinrich Polak, der treffliche Vorsitzende des Diamantarbeiterbundes, zitiert in einer seiner Broschüren als typisch die Aeusserung eines anarchistischen Zigarrenarbeiters in seinem Organ: „Jeder überzeugte Arbeiter weiss, dass Streiks wohl durch schlechte Organisation verloren werden, nicht aber durch Geldmangel.“ In solchen als „Unwiderleglichkeiten“ aufgestellten Unsinnigkeiten ist überhaupt die anarchistische Literatur stark. In einer Broschüre schreibt zum Beispiel der Anarchist Van Emmenes in seiner anmutigen Sprache, dass Streikkassen „aus den Gewerkschaften solche plumpe Bestien machen, wie wir sie in England kennen, mit Millionen in den Kassen und schlammfette Berufsvorstände, Bourgeois vom Haupt bis zu den Zehen, die aber für die Besserung der Lage ihrer Arbeiter nicht mitzählen“. — Von den Unterstützungskassen wird das gleiche gesagt; sie machen die Gewerkschaften nur schwerfällig und machen die Arbeiter befürchten, im Kampf ihren Kassenbestand zu gefährden. — Besoldete Beamte stellen sich gleichfalls zu teuer; sie kosten eine Menge Geld, nehmen den Mitgliedern die heilsame eigene Arbeit für die Besserung ihrer Lage aus der Hand, züchten eine selbstgefällige und herrische Bürokratie und sind ein Hindernis für Streiks, da die besoldeten Leute immer fürchten, beim Streik möchte die Organisation und damit ihre eigene Stellung verloren gehen. — Auch hohe Beiträge sind zu verwerfen, weil sie nur Ständesdünkel und ein Sichverlassen auf das Geld statt auf die Solidarität hervorrufen. — Zentralisation in der Organisationsform ist zu verurteilen als ein Mittel, den zentralen Vorständen die Macht zu erteilen zu beschliessen, ohne die Mitglieder zu hören; dagegen soll der Ortsverein autonom sein und selbständig über das Proklamieren von Streiks entscheiden. Die übrigen, nicht mit entscheidenden Mitglieder dürfen dann die Streikkosten zahlen. — Am verdammungswürdigsten von allem ist die von den Sozialdemokraten gepredigte Disziplin, die einem Stück Militarismus in der Arbeiterbewegung gleichzustellen sei.

So ungefähr die Litanei, die wir hier seit etwa fünfzehn Jahren von den „Freien“, wie die Anarchisten hier gemeiniglich genannt werden, zu hören bekommen, glücklicherweise mit immer weniger Erfolg unter den Arbeitern. Das führt dann zu solchen schönen Zuständen, die ich noch in den letzten Tagen antraf beim erzdummen, mitten im Winter von den Anarchisten angezettelten Amsterdamer Maurerstreik*. Da begegnete ich einem jungen Streikenden und frug ihn, ob er Anarchist war; er antwortete bejahend. Organisiert? Nein, nicht organisiert. Weshalb nicht? Ach, das war billiger und obendrein war er dann doch auch freier und bekam er jetzt doch auch Streikunterstützung. Ob er sich dann nicht schämte, so auf die Taschen seiner Mitarbeiter zu spekulieren? Nein, warum denn; die Organisierten taten doch nichts anderes, sie hatten auch nie eine Streikkasse gebildet.

* Inzwischen nach fünfmonatiger Dauer verloren, ohne dass auch nur eine einzige Forderung zum kleinsten Teil durchgesetzt wäre.

Das ist eben das Verhängnis der anarchistischen Fachbewegung. Anfangs gewinnt sie die Arbeiter, indem sie spekuliert auf ihre schlechten menschlichen Eigenschaften, ihre Bequemlichkeit, die sie die Disziplin scheuen lässt, ihre Knauserigkeit, die sie vor hohen Beiträgen zurückschrecken lässt, ihre Veranlagung zum Misstrauen, die sie gegen die Vorstände aufhetzt. Diese Art der Mitgliedergewinnung schießt aber bald genug an ihrem Ziel vorbei und die Arbeiter kehren der Organisation wieder den Rücken zu, sei es, dass sie einsehen, zwar einer Organisation, aber einer machtlosen Organisation anzugehören, sei es, dass sie die Konsequenzen ziehen und meinen, es sei noch bequemer, billiger und freier, gar keiner Organisation anzugehören.

Dabei gibt es unter den Anarchisten Theorien, die nicht nur von der Organisation, sondern sogar von jedem gewerkschaftlichen Kampfe abführen. So finden wir in einer Broschüre eines Anarchisten, der in der genossenschaftlichen Produktion das Allheilmittel sieht, ausgeführt, der gewerkschaftliche Kampf schaffe „ein unnatürliches Verhältnis“ zwischen den Menschen, weil sowohl der Unternehmer als der Arbeiter immer nur auf der Lauer liegt, um dem anderen einen Pfennig auszuwischen. Unserem Schreiber dünkt das nicht „erhebend“ und „veredelnd“, nicht „emanzipierend“. Wie schön sei dann die genossenschaftliche Produktion, wobei die Arbeiter in ihrer eigenen Werkstatt ihre eigenen Meister sind. Zwar haben sie da oft länger und härter zu arbeiten für weniger Lohn, „sie arbeiten aber auch für sich und ihre Kameraden und nicht für den den Gewinn einsackenden Unternehmer“.

Theorien dieser und anderer Art wirken in den anarchistischen Kreisen immerfort, um, was noch an Organisationsgedanken und an Kampfstimmung da vorhanden ist, zu vernichten. In der gleichen Richtung wirkt die anarchistische Eigenart, um immer wieder die neueste Schrulle, die der eine oder andere Wirrkopf in diesem oder jenem Lande ausheckt, als der Weisheit letzten Schluss zu feiern. Besonders die aus Paris stammenden Schrullen waren bei uns immer sehr in der Mode. Hatte man in Paris herausgefunden, dass die beste Form des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses das örtliche Kartell der Arbeiterbörse sei, sofort fing man in Holland an, die örtlichen Kartelle gegen das nationale Kartell zu fördern. War in Paris die „direkte Aktion“ als die wahre proletarische Waffe ausgerufen, war gleich auch der Hauptimporteur französischer Gedankenwaren, Christian Cornelissen — seit einigen Jahren glücklicherweise nach Paris verschwunden — dabei, um diese neueste Errungenschaft den holländischen Arbeitern zu empfehlen. Als man in Paris ausgedacht hatte, die bewussten Proletarier sollten sich nicht erniedrigen durch Fragen oder Bitten, sie sollten aus eigener Machtvollkommenheit das ihnen Zukommende „nehmen“, zum Beispiel den Achtsturentag, so dachte man sich alsbald auch in Holland diese allermodernste „Taktik“ anzuwenden — übrigens mit gleicher vollständiger Erfolglosigkeit wie in Frankreich. Und als die „revolutionäre“ Idee der „Sabotage“ in Paris ihre Triumphe feierte, wurde sie auch sofort in Holland propagiert, um dann in Bälde einige unglückliche Opfer unter den Arbeitern zu fordern und um wieder ebenso schnell zu verschwinden, wie sie gekommen war.

Es versteht sich, dass alle diese wechselnden Experimente, diese unaufhörlichen Aenderungen der Taktik, der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung zum grössten Schaden gereichten, weil die Arbeiter bald genug darauf verzichteten, als das Übungsmaterial der „revolutionären Gymnastik“ solcher launenhafter Führer zu dienen.

Was vielleicht am meisten der anarchistischen Fachbewegung in der Meinung der Arbeiter geschadet hat, war ihr feindliches Verhalten gegen die politische Arbeiterpartei, gegen die sich immer kräftiger reckende Sozialdemokratie. Wenn man dem Arbeiter vorhält, dass Gewerkschaft und Politik die zwei mächtigen Arme sind, womit er die Besserung seiner Lage und die neue Gesellschaft zu erkämpfen hat, so erfasst er fast instinktiv die Richtigkeit dieser Auffassung. Die Anarchisten aber propagieren ihre gewerkschaftlichen Methoden gegenüber den politischen. Während Cornelissen in seiner Broschüre „Directe Action“ noch meint: „Direkte Aktion, vorzüglich neben und wenn nötig gegenüber der parlamentarischen Aktion der sogenannten Arbeitervertreter in Kammer oder Gemeinderat“ — schreibt Van Emmenes schon: „Meiner Meinung nach ist das richtige Merkmal der direkten Aktion, dass sie schnur-

stracks der parlamentarischen Aktion gegenübersteht.“ Aber auch Cornelissen schreibt in seinem „Revolutionär-kommunistischen Manifest“ — eine äusserst komisch wirkende Nachahmung, sogar in Form und Stil, des berühmten Manifests von Marx und Engels — „die revolutionären Sozialisten und kommunistischen Anarchisten erachten es als ihre Aufgabe, in den Arbeiterorganisationen ein Gegengewicht zu bilden gegen die parlamentarisch-staatssozialistische Strömung“, sie sollten „gegenüber der Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes die Macht der Arbeiterorganisationen stellen“ und sogar die Arbeiterschutzgesetzgebung bekämpfen, um sie durch den Selbstschutz der Arbeiter mittels von ihnen selbst erwählten Kontrolleuren zu ersetzen.

Je mehr die Arbeiter sich der Sozialdemokratie zuwandten, je mehr sie die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechtes, der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit, der prämienlosen Pensionierung der Arbeiter von Staats wegen u. s. w. schätzen lernten, desto mehr wandten sie sich mit Unwillen von den nichtsnutzigen anarchistischen Fäseleien ab und traten den unter sozialdemokratischer Führung stehenden neuen Gewerkschaften bei. Oben ist schon mit einigen Ziffern die Stärke dieses Umschwungs der Stimmung belegt. Sieht man sich die Einzelheiten an, so wirkt das Bild noch eindrucksvoller. Ungemein interessant ist zum Beispiel, jetzt noch einmal im Jahresbericht des N. A. S. aus dem Jahre 1897 die damals dieser Organisation angeschlossenen Gewerkschaften zu betrachten und sie dann mit der Liste der jetzt angeschlossenen zu vergleichen, so wie diese in der jüngsten Ausgabe der Reichsstatistik aufgenommen ist. Von allen 44 Organisationen aus dem Jahre 1897 sind jetzt nur noch 4 dem N. A. S. angeschlossen, davon 2 nationale Gewerkschaften und 2 örtliche Vereine. Weiter sind 10 nationale Gewerkschaften zum N. V. V. übergegangen, während eine jetzt keiner Zentralorganisation angehört. Alle übrigen 29 sind inzwischen verschwunden. Von den jetzigen 41 Vereinen des N. A. S. sind nur 8 nationale Gewerkschaften, deren grösste noch nicht 800 Mitglieder zählt; die übrigen sind Ortsvereine, davon 14 allein in Amsterdam, keine einzige in Rotterdam.

So sieht die Gewerkschaftsbewegung aus, die sich vom Anarchismus betören lässt.

Franz Schramm: Die Revolution der Kunst und die Bildhauer

In Nr. 7 des „Kampf“ bespricht Genosse Richter in ausführlicher Weise die Ursachen gewisser Veränderungen im Kunstgewerbe, er beschränkt seine Darstellung aber auf ein Gewerbe, nämlich auf die Vergolderei. Durch die Umwälzung der Kunst sind aber nicht nur die Vergolder, sondern auch andere Kunstgewerbe betroffen worden und zu diesen gehört in erster Linie die ornamentale Bildhauerei, die in der Kunstwelt einen hervorragenden Platz einnimmt und wohl auch den schwersten Kampf zu führen hat.

Wenn wir uns speziell mit Wien befassen, so können wir uns Genossen Richter ganz anschliessen; tatsächlich war Wien lange Zeit in dieser Beziehung tonangebend mit seinen herrlichen Bauten. So manches Wahrzeichen grüsst aus vergangener Zeit zu uns herüber und findet noch immer seine Bewunderer. Es war dies jene Zeit, in der Architekt, Bildhauer, Maler und Vergolder harmonisch zusammenwirkten, überhaupt Architektur und Plastik untrennbar waren. Diese fruchtbare Zeit für sämtliche Kunstgewerbe war jene, in der das Barock seinen Einzug nahm. Die Antriebe kamen aus Italien, sie wirkten auf das lebhaftes Temperament der Oesterreicher und führten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eine lebhaftes Bauperiode herbei. Sie äusserte sich zuerst in Kirchenbauten. Wir finden hier zuerst das wahrhaft bewunderungswürdige Zusammenwirken der oben genannten Künste und Kunstgewerbe. Der bedeutungsvollste Bau, wo wir dies wahrnehmen können, ist die Universitätskirche und die kaiserliche Akademie der Wissenschaften, deren herrliche Dekoration von P. Pozzo, aus dem Jahre 1700, stammt. Im Jahre 1696 beginnt der im Jahre 1650 in Prag geborene Fischer von Erlach mit dem Bau des Lustschlosses Schönbrunn, setzt in kräftiger Weise mit seiner Tätigkeit ein und bald entstehen die unvergänglichen Werke jener heiteren

Barockzeit, die uns mehr als 30 der schönsten Bauten beschert. Wir machen nun die Wahrnehmung, dass die Kirchenbauten etwas zurücktreten und sich das Barock als Palaststil entwickelt. Wir finden auch, dass die Monarchen jener Zeit, Kaiser Josef I. und Karl VI., Sinn für die Architektur hatten. In diese Zeit fällt der Ausbau der Hofburg, eines der grossartigsten Werke Fischer v. Erlachs; ferner die Winterreitschule, Hofbibliothek und Reichskanzlei, Staatsministerium (1717 bis 1720). Am 4. Februar 1716 wird der Grundstein der Karlskirche gelegt; sie gelangt 1737 zur Vollendung. In dieser Zeit entstehen auch die Bauten des Palais Prinz Eugen (jetzt Finanzministerium), eines Baues von besonderer Schönheit, reicher Anordnung und herrlicher ornamentaler und figuraler Skulpturen im Inneren. Ferner die Palais Schwarzenberg und Auersperg, dessen Plafond im Hauptsaal allein den für die damalige Zeit horrenden Betrag von 40.000 K kostete. Fischer wurde dabei vom Architekten Martinelli und Heurici wacker unterstützt. Aber auch zahlreiche bürgerliche Wohnhäuser sehen wir in dieser Form entstehen. Auch der tüchtige Architekt und Erbauer des „Belvederes“, Hildebrand, darf nicht vergessen werden. Die älteren Wiener werden sich gewiss noch an die Prachträume erinnern, in denen seinerzeit die kaiserliche Gemäldegalerie untergebracht war. Die Pflege des Palastbaues war der charakteristische Zug der Architektur jener Zeit und Kaiser Karl VI. schuf damals eine eigene Schule für Architektur. Nach dem Tode dieser alten Meister ging die über 50 Jahre währende Barockbauperiode ihrem Verfall entgegen und es beginnt eine traurige Zeit für die Baukunst. Nach dem Sturme der französischen Revolution erhebt der Klassizismus sein Haupt und wir sehen eine seelenlose Nachahmung des Griechen- und Römertums Platz greifen, die nun mit ihrer Frostigkeit wenig zur heiteren Auffassung des Wienertums passte. Die Akademie sank zu einer bürokratischen Einrichtung herab und führte zur völligen Ernüchterung. Der Niederschlag künstlerischen Schaffens drückt sich deutlich in den Burgpropyläen (äusseres Burgtor) und im Theseustempel aus und zieht sich bis in die Aera Metternich, die fürchterlichste Zeit Oesterreichs, hin. Ueber 40 Jahre dauerte die schauerliche Oede in der Architektur, bis 1845 die beiden tüchtigen Architekten Van der Nüll und v. Siccardsburg an die Akademie kamen. Nun brach wieder neues Leben herein und dies steigerte sich besonders, als im Jahre 1859 die erste Stadterweiterung vor sich ging, wo als markantestes und reichstes Werk der Architektur die Hofoper hervortritt. Durch diese Stadterweiterung beginnt wieder eine grosse Bauperiode, an der alle Kunstgewerbe in reichem Masse beteiligt sind. Daran schliesst sich die Aera der Monumentalbauten, die eine seltene Fülle Arbeit für verschiedene Kunstgewerbe bringt und wo die genialen Architekten Ferstel (Universität), Hansen (Parlament und Akademie), Schmidt (Rathaus), Wielemans (Justizpalast), Hasenauer (Museen und Burgtheater) miteinander wetteiferten, und es entsteht das einzig schöne Stadtbild der Wiener Ringstrasse, das mit seiner Mannigfaltigkeit seinesgleichen sucht, auf das die heutige Wiener Generation stolz sein kann. Kaum sind die Monumentalbauten vollendet, beginnt eine Depression in der Baukunst. Es scheint alles ausgeschöpft, man kann sich an dem Geschaffenen nicht mehr begeistern, ist unbefriedigt, es beginnt eine neue Kunstrichtung, die alles zurückzudrängen versucht. Die alten herrlichen Bauten finden unter den modernen und modern gewordenen Baukünstlern nicht mehr ihre Bewunderer, sondern nur Spötter und Verächter. Mit der Devise: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit!“ will man über Jahrhunderte alte Kultur hinwegschreiten und der Kunst plötzlich neue Wege bahnen. Ja, einzelne glauben ihre Kunstförderung am besten damit dokumentieren zu müssen, dass durch die Verpönung jegliches Ornamentes erst die wahre und richtige Kunstrichtung zum Ausdruck kommen wird, sie hoffen nur in kahlen Mauern und Decken ihre Befriedigung zu finden. Uns sind zum Beispiel moderne Renovierungen bekannt, wo man sich nicht entblödete, gute Ornamente von künstlerischer Ausführung einfach herunterzuschlagen, nur um dann sagen zu können, nun entspreche das Gemach moderner Vornehmheit. Bei vernünftigen Leuten würde man dies einfach Vandalismus nennen, man müsste dieses Vorgehen verurteilen, heute nennt man dies stolz neue Kunstrichtung. Unter den alten Bauten aller Stilarten findet man, dass der Plastiker mit dem Architekten untrennbar verbunden ist, und in den den profansten Zwecken dienenden Bauten und Gebäuden finden wir ihre die Harmonie erstrebenden Leistungen. Die neue Kunstrichtung bedarf

ihrer nicht mehr und Palast wie bürgerliches Wohnhaus und nicht minder auch die Zinshäuser erfreuen sich einer Nüchternheit, die in manchen Fällen geradezu von Geschmacklosigkeit zeugt. Wir sind weit entfernt, den oft geschmacklosen übertriebenen und überladenen Bauten das Wort zu reden, aber eine Läuterung des Geschmacks in dieser Weise wird doch nur eine vorübergehende Episode sein können, denn viele moderne Bauten machen den Eindruck primitiver Arbeit, die man beinahe mit den Uranfängen der Baukunst zu vergleichen versucht wäre. Dies gilt jedoch nicht nur von den Bauten, wir sehen ähnliche Erscheinungen auch bei den Möbeln, bei Malereien, bei Porzellan- und Silbergeschirr etc., auch hier findet diese Umwälzung in den Reihen der Arbeiter dieser Gewerbe ihre zahlreichen unschuldigen Opfer. Allerdings ist auch der Einfluss der Technik nicht zu vergessen; die kolossalen Vervielfältigungen tragen gleichfalls zum Niedergang der Kunstgewerbe bei, obwohl hier bemerkt werden muss, dass die Verwendung von Maschinen sich in der Bildhauerei bisher teils als mangelhaft, teils als zwecklos erwiesen hat, weil hier mit grossen Massen nicht gerechnet werden kann. Hingegen ist die häufige Verwendung von „Kunststein“ ein Faktor, der auf die Steinbildhauerei einen gewaltigen Einfluss ausübt. Freilich sucht man dies damit zu bemänteln, dass die Ornamente, wenn sie nach dem Stampfen hart geworden sind, vom Steinbildhauer überarbeitet werden sollen, jedoch wird dies in der Regel aus Ersparungsrücksichten unterlassen und die Arbeit unvollkommen auf den Bau versetzt.

Hoffen wir, dass sich die moderne Kunst in der Weise entwickeln wird, dass die heute gänzlich brach liegenden Kunstzweige neu belebt und wieder auf jene Höhe gebracht werden, die sie einst erreicht hatten. In Deutschland beginnt es sich bereits zu regen. Man ist bereits der kahlen Bauten überdrüssig, die Architekten gehen mit den Bildhauern daran, gefälligere Formen an neuen Bauten zu schaffen. Wir hoffen, dass auch unsere „Modernisten“ den Versuch wagen werden, in dieser Richtung zu arbeiten; es würde der Kunst nicht zum Schaden, zahlreichen Arbeitern aber zum Vorteil gereichen.

Robert Preussler: Erinnerungen aus der Arbeiterbewegung

Die deutschösterreichische Bourgeoisie mag wohl im Völkerfrühling des Jahres 1848 in einigen ihrer hervorragenden Vertreter den Traum geträumt haben, dass sie die geschichtlich berufene Trägerin zur Schaffung eines demokratischen Oesterreich sei.

Dieser Traum war jedoch kurz; denn kaum als die erste Position errungen war, wurden die Vorstadtmassen als lästiger Mitgeniesser beiseite geschoben und der Reaktion Zeit gelassen, ihre Kräfte zum wuchtigen Gegenschlag zu sammeln. In den blutigen Wiener Oktoberkämpfen stellt sich das arbeitende Volk mit wenigen Getreuen aus dem Bürgertum allein dem übermächtigen Feinde entgegen und büsst die Sünden bürgerlicher Kleinheit damit, dass Tausende dem Würgengel zum Opfer fallen, bis die Reaktion den Sieg erringt.

Im Kugelregen der Revolution erhoben daher schon die Verkünder des modernen Sozialismus ihre Stimme und es wirkt das Kommunistische Manifest, jenes gewaltige aufrüttelnde Dokument, das in leuchtender Klarheit in den kommenden Jahren schmachvoller Ueberläuferei dem Proletariat den Weg in die Zukunft weist. Der Kommunistenbund wird zum Erwecker der vordersten Schichten des Proletariats. Als die österreichische und die deutsche Bourgeoisie glücklich in dem Hafen des Scheinkonstitutionalismus gelandet sind, marschirt die moderne Arbeiterbewegung bereits durch die Welt, in Deutschland durch den Feuergeist Lassalle emporgehoben. In diese Zeit fällt auch die Entstehung der österreichischen Arbeiterbewegung. In Wien sind es zugereiste Gesellen, „lästige Ausländer“, welche die Streitfrage Staats- und Selbsthilfe aufrollen, in Nordböhmen tauchen die kühnen Gedanken der Arbeiterbewegung in der bodenständigen Bevölkerung der Weber und Glasschleifer auf, aus der bereits Josef Schiller, Ferdinand Schwarz, Hugo Schmidt, Josef Peukert, Ulbrich, Hanich, Schwedel und andere hervorgegangen sind.

In eine ganz eigenartige, ungegorene Welt voll Sturm und Drang treten wir hier ein. Während die deutsche Bourgeoisie sich von ihren Ideen aus dem „tollen Jahr“ bereits vollständig emanzipiert hat, am Staatsruder sitzt und von deutscher Hege- monie, von politischen Privilegien und einer absoluten Herrschaft über das Proletariat träumt, auf dessen Elend sie bereits ihren Reichtum aufbaut, lebt hier der ungezügelter Idealismus auf, der durch keine praktischen Erwägungen behinderte Glaube an die Wiedergeburt der Menschheit und an ihre „ewigen Rechte“. Alles, was über Volkswahl, über Recht und Freiheit geschrieben wurde, wird gelesen, Christus wird zum Sozialisten, die alten Utopisten von Plato und Thomas Morus bis zu Saint Simon etc. werden mit Heiss hunger aufgenommen, Lessing, Goethe, Schiller werden zu Vorkämpfern gestempelt, die „Ruinen“ von Volney, Krassers Gedichte, die freidenkerischen Schriften und Kalender finden neben den zugänglichen Broschüren von Lassalle, Weitling, Most, Bracke, Dietzgen, Liebknecht etc. reissenden Absatz. Dabei lebt in diesen Arbeiteridealistinnen ein heisser Drang nach tieferer wissenschaftlicher Bildung, sie wollen alles wissen über Himmel und Erde und sparen sich das Geld vom Munde ab, um sich zu den vorhandenen Büchern neue kaufen zu können. Das „Evangelium der Natur“ von Heribert Rauh, die wissenschaftlichen Volksbücher von Bernstein, „Kraft und Stoff“ von Büchner und vor allem die Schriften Darwins, Haeckels und Feuerbachs finden sich in jeder Arbeiterbibliothek. Auf Geschichte legen die Arbeiter grossen Wert, vor allem sind es Geschichtswerke von Struwe, Schlosser oder Corvin. Sie lieben auch das Kritische in der Literatur, Börne und Heine sind ihre Lieblingsdichter. Ueber die Uebervölkerungstheorie von Malthus regen sie sich auf wie streitbare Professoren, Schulze-Delitzsch wird von ihnen mit Leidenschaft bekämpft, sie wollen keine Palliativmittel anwenden, sondern sind fürs Ganze, Lassalle gilt ihnen alles und seine Schriften üben noch den persönlichen aufrüttelnden Einfluss auf sie aus.

Wenn sie in ihren einräumigen Wohnungen Besuch empfangen, führen sie ihn zu ihrer Bibliothek, die ihr Stolz ist. Die ersten sozialistischen Zeitungen werden mit Jubel begrüsst und jede Nummer sorgsam aufbewahrt, so dass ich zu meiner Zeit ganze Jahrgänge des Berliner „Volksstaat“, der Reichenberger „Arbeiterstimme“, der Wiener „Zukunft“ etc. vorfand. Natürlich konnte bei dem vielen Durcheinanderlesen der verschiedensten Schriften ohne Anleitung von systematischer Bildung keine Rede sein.

Viele Arbeiter verstrickten sich in die freireligiöse Richtung, viele in einzelne Wissenschaften oder Dichtungen und verloren den Ueberblick auf die Entwicklung unserer Bewegung. Trotzdem rangen sich viele zu theoretischer Klarheit durch. Die Vorträge in den Vereinen wurden mit grosser Gründlichkeit vorbereitet, aber auch originell behandelt. Es war eine Freude, dem Schwarz Ferdinand zuzuhören, der seine Reden sorgsam ausarbeitete und mit grossem Gefühl sprach. Schillerseff konnte zu einem der besten Redner der österreichischen Arbeiterbewegung gerechnet werden. Sein herrliches, im klingenden Bass gehaltenes Organ, das an pointierten Stellen mässig ausholte und angenehm in die Höhe ging, seine bilderreiche Sprache und sein köstlicher Humor gewannen die Herzen im Sturm. Er nahm sich kein Blatt vor den Mund und als ich das erstemal mit ihm zusammenkam und Goethe als meinen Lieblingsdichter über Friedrich Schiller stellte, nannte er mich in aller Gemütlichkeit einen Maulaffen.

Es lag etwas echt Künstlerisches in diesem Menschen, das seinem Vortrag eine schöne Form gab, ohne seine packende Wirkung zu beeinträchtigen. Seine Gedichte, die für den rein idealen Charakter der damaligen nordböhmischen Bewegung zeugen, wirkten erzieherisch und agitatorisch zugleich und entbehrten durchaus nicht des literarischen Wertes.

In einem Gedichte sagt er:

Ihr aber ringt verzweiflungsvoll die Hände,
 Wenn Krankheit, Elend, Hunger euch bedroht,
 Ihr glaubt, dass euch ein Gott dies Leiden sende,
 Durch seinen Willen, durch sein Machtgebot.
 Ihr wisst es nicht, dass die vier feuchten Wände
 Und eure Nahrung schuld sind an der Not;
 Ihr wisst es nicht und in dem blinden Glauben
 Lasst ihr euch so das bess're Leben rauben.

So wirkte er als Erwecker in Wort und Schrift. Und als er mit vielen anderen Genossen ins Prager Landesgericht gewandert ist, wirkte seine Persönlichkeit wie ein mythischer Heros auf die Arbeiter.

Die Reaktion breitet ihre schwarzen Flügel über das Land. Justizminister Pražak hat einen Geheimerlass an das Prager Oberlandesgericht und die Statthalterei gerichtet, nach welchem alle als sozialistisch verdächtigen Arbeiter sorgsam zu überwachen waren. Die Sozialisten wurden ohne Ausnahmsgesetz als vogelfrei erklärt, ihren ordentlichen Gerichten entzogen und vor einen Prager Ausnahmsenat gestellt, der prompt Hunderte von Arbeitern verurteilte. Die Anarchistenriecherei und das Spitzelwesen setzten ein. Es werden harmlose Aufzeichnungen über eine freie politische Organisation gefunden, wie sie heute in Oesterreich alle Parteien besitzen. Daraus macht nun die romantisch veranlagte Prager Staatsanwaltschaft einen über ganz Deutschböhmen ausgebreiteten Geheimbund. In ihrer Phantasie werden die öffentlich erscheinenden Blätter „Der Radikale“ und „Die Arbeit“ Organe dieses Geheimbundes, die Arbeiterbildungsvereine seine Zweige. Anfang der Achtzigerjahre setzten die grossen Geheimbundprozesse gegen Schwarz, Schiller und Genossen ein. In Hlubottei bei Reichenberg wird in einem Teiche eine geheime Presse gefunden, auf der die revolutionäre Druckschrift „Der Rebell“ hergestellt wurde. Dies führt zur Verurteilung von drei Arbeitern (Pačes, Rampas und Czerni) zu 41 Jahren Kerker! Damit die Opfer nicht versiegen, wurden gleich darauf Schiller, König, Beer und Genossen abermals verhaftet und im Landesgericht Prag, der damaligen böhmischen Peter-Paulsfestung, interniert. Schiller ist nicht nur Gründer und Vorsteher des in Reichenberg erscheinenden Organs „Der Radikale“, sondern auch des Grazer Geheimbundorgans „Die Arbeit“, das erst herausgegeben wird, als Schiller längst hinter Schloss und Riegel gesetzt wurde. Polizei und Staatsanwaltschaft hören eben das Gras wachsen.

Der „Radikale“ war einige Monate nach der Verhaftung Schillers unterdrückt worden, nachdem man alle vier Wochen einen Redakteur verhaftet und nach Prag geschafft hatte, doch die Bewegung liess sich trotzdem nicht ganz unterdrücken. Während die letzten Redakteure Schiller, König, Beer, Hirt, Gattermann im Prager Landesgericht sasssen, die meisten nordböhmisches Arbeitervereine sistiert oder aufgelöst und die Webergegend stillgesetzt wurde, erhob sich die Glasarbeiterschaft des Isergebirges, die schon Ende der Sechzigerjahre in Albrechtsdorf einen Fachverein und später durch Peukert und Schwedel einige Bildungsvereine gegründet hatte. Die alten sistierten Vereine nahmen wieder ihre Tätigkeit auf und wo diese aufgelöst worden waren, wurden neue geschaffen. Die Prager Staatsanwaltschaft erzählt hierüber in einer Anklageschrift, die sich im Archiv der Reichspartei befindet, folgendes:

„. . . . Die Organisation war zum grössten Teil gesprengt. Dies sollte jedoch nicht von langer Dauer sein, indem die inländischen Agitatoren, durch masslosen Druck vom Auslande getrieben, nachdem sie sich erholt oder ihre Strafe überstanden hatten, sofort wieder im Jahre 1885 von neuem zu wühlen begannen. — Ihre Tätigkeit äusserte sich, abgesehen von anderen Punkten, auch in Harzdorf, Maffersdorf, Reichenberg, wie es die bezüglichen Strafsachen nachweisen, namentlich aber in Maxdorf, Albrechtsdorf und im Tannwalder sowie in den Gebirgsbezirken überhaupt.“

Maxdorf und Tannwald-Schumburg wurden die nordböhmisches Zentren des Geheimbundes genannt und die alles wissende Polizeidirektion in Prag erklärte, dass die meisten Glasarbeiter des Isergebirges sozialrevolutionär gesinnt seien. Tatsache war, dass sich während der letzten Haft Schillers und Genossen die Arbeiterbewegung im Arbeiterbildungsverein in Maxdorf und im industriellen und gewerblichen Fortbildungsverein für den Bezirk Tannwald konzentrierte, dass aber auch in Reichenberg und in den Weberdörfern des Reichenberger Bezirkes die Arbeiterbewegung keineswegs erloschen war. Der Druck der Reaktion gab der Bewegung einen geheimen Charakter, einzelne anarchistische Elemente schoben sich ein, doch liess sich die grosse Masse der nordböhmisches Genossen trotz allen Polizeischikanen nicht durch den Anarchismus verwirren, wenn sie auch der radikalen Strömung zuneigte. In den Vereinen wurden unanfechtbare sozialwissenschaftliche oder geschichtliche Vorträge gehalten, die selbst den damaligen

gerichtlichen Petroleumriechern niemals einen Anlass zum Einschreiten gaben; wollte man frei von der Leber weg sprechen, so kam man abends unauffällig in einem Privathause zusammen. Die Verlässlichkeit der Genossen führte dazu, dass selbst die polizeilichen Fensterschnüffler immer gerade dorthin horchen gingen, wo die Genossen nicht beisammen waren. In Maxdorf-Antoniwald war es ein einsames Haus am Waldesrand, in dem wir jahrelang ungestört unsere Zusammenkünfte hatten. Der Eigentümer, ein Glasdrucker, war eine so treue Seele, dass er gern Leben und Eigentum für die Sache geopfert hätte. Er hiess Josef Tischler und ruht längst im Grabe. Liebe und Opfermut für unsere Sache waren damals unter den Genossen so zu finden wie heute bei den russischen Sozialdemokraten. Viele von ihnen hätten ohne Furcht und Reue das Schaffott bestiegen.

Die Persönlichkeit des Schillerseff wirkte auf die Massen um so nachhaltiger und tiefer, je länger er im Landesgericht blieb. Man kann sich davon heute noch einen kleinen Begriff machen, wenn man die damaligen Ausweise über den Inhaftiertenfonds durchliest. Jede Gelegenheit, sei es im Wirtshause oder in Privathäusern, wurde ausgenützt, um seine Gedichte vorzutragen.

Im Jahre 1884 gelang es ihm, seiner Gattin und den Genossen eine besondere Freude zu bereiten, indem er zum fünfzehnjährigen Gedächtnis an seinen Hochzeitstag folgendes ergreifende Gedichtchen aus der Zelle schmuggeln liess:

Eintausendachthundertsechzigundneun,
 Da führt' ich mein Käthchen ins Brautkämmerlein;
 Wir liebten uns beide, der Storch blieb nicht aus,
 Bald hatten wir Freuden und Sorgen im Haus.
 Wir mussten wie Bienen uns täglich bemüh'n,
 Um Brot zu verdienen und Kinder erzieh'n.
 Die Kinder der Armen, sie leiden stets Not,
 Drum holt aus Erbarmen die meisten der Tod;
 Mein Edi, mein Fridi, drei Mädchen dazu,
 Den sang er ein Liedchen von ewiger Ruh'.
 Doch besser, sie starben noch klein, noch als Kind,
 Als wenn sie verderben und lasterhaft sind.
 Drum gib unsern Knaben mit Herz und mit Hand
 Die nützlichsten Gaben: Gefühl und Verstand;
 Und pflege beim Mädchen stets Geist und Gemüt,
 Dass sie wie Du, Käthchen, emporwächst und blüht,
 Dann wird dich die Wahl Deines Herzens nicht reu'n
 Eintausendachthundertsechzigundneun.

Eintausendachthundertachtzigundvier:
 Der fünfzehnte Jahrestag steht vor der Tür;
 Was wir durch die Jahre erlebt und gewagt,
 Das hat am Altare kein Priester gesagt.
 Wir wurden oft müde, es fehlte an Brot,
 Bald herrschte der Friede, bald zankte die Not.
 Doch war es auch trübe, es schwand jeder Groll,
 Denn stets war von Liebe Dein Herz übervoll —
 Ein menschliches Leben war meine Idee,
 Dir brachte mein Streben nur Kummer und Weh.
 Nun bin ich im Kerker, welch bitteres Los!
 Die Liebe wird stärker, die Sehnsucht wird gross.
 Doch was mich betroffen, ich trag es mit Mut,
 Erfüllt sich mein Hoffen, wird alles noch gut.
 Lieb' Käthchen, sei munter, Du kennst ja den Lauf,
 Die Sonne geht unter, sie geht wieder auf.
 Bald führt mich die Liebe und Freiheit zu Dir,
 Eintausendachthundertachtzigundvier.

Schiller kehrte erst im Herbst des Jahres 1885 mit Beer und anderen Genossen aus der Haft zurück. Er freute sich der neuen kräftigen Bewegung und obwohl er sich der Gefahr einer neuerlichen Inhaftierung bewusst war, griff er kräftig mit in diese Bewegung ein und erfreute uns durch seine herrlichen Vorträge. Kurz darauf wurden im Isergebirge die Flugschriften über die Hinrichtung der Anarchisten Stellmacher und Kammerer verbreitet, was der Prager Staatsanwaltschaft ein willkommener Anlass war,

den rührigen Arbeitervereinen in Maxdorf und Tannwald den Garaus zu machen und eine Anzahl Genossen unter dem Verdachte des Hochverrats zu verhaften. Da für das Verbrechen des Hochverrats nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden konnte, wurde schliesslich ein neuer grosser Geheimbundprozess angestrengt, in den Schiller und Beer wieder hineingezogen werden sollten. Sie bekamen glücklicherweise noch rechtzeitig Wind und flüchteten ins Ausland, wo sie nach vielen Widernissen Arbeit fanden.

Die Prager Staatsanwaltschaft wählte sich aus den Arbeitervereinen im Gebirge die Funktionäre und rührigsten Mitglieder heraus und stellte 31 Genossen unter Anklage.

Die Brüder Hüttmann, deren Vater schon zu Peukerts Zeiten tätig war, Preussler, Hirschmann, Ernst Haney, Valentin Rössler und der schwer lungenkranke Eisler, ein Verwandter Peukerts, wurden im Frühjahr 1886 um 3 Uhr früh durch ein grosses Gendarmerieaufgebot aus ihren Betten ausgehoben, in die Bezirksgerichte geführt und von dort zum Teil in Ketten wie Schwerverbrecher an das Landesgericht in Prag eingeliefert. In Gablonz kam vor der Einlieferung der Wachtmeister Eisen, der bereits einen Menschen erschossen hatte, in die Zelle, überwachte die Fesselung und erklärte unseren Genossen, dass sie wie Hunde niedergeschossen werden, wenn sie auf dem Wege durch den Wald zum Bahnhof nach Reichenau einen Fluchtversuch unternehmen.

Nach fünfmonatiger Haft, die im Juni auch über den überaus rührigen Genossen Trübenecker und über den alten Flödel verhängt worden war, während der lungenkranke Eisler in seine Heimat entlassen wurde, wo er bald starb, wurden 29 Genossen verurteilt. Die „Vorsteher“ erhielten drei bis vier Monate, die „Mitglieder“ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, deren Dasein nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Obrigkeit verborgen gehalten wurde, von drei Wochen bis zu einem Monat Arrest. Ich war damals 19 Jahre alt und erregte die Verdriesslichkeit des Untersuchungsrichters, dass ich meine sozialistische Ueberzeugung nicht geheimnisvoll verbarg, sondern ihm erklärte, dass ich Sozialist sei und bleibe und dass in meiner Heimat viele Tausende so denken wie ich. Meine Zelle teilte ich mit dem tschechischen Genossen Kacha, der bereits das drittemal wegen „Geheimbündelei“ im Landesgericht sass und als Vorsteher eines geheimen Bundes ohne Komplizen der Strafe entgegensah. Kacha war ein überaus intelligenter Mensch und überzeugter Sozialist, von dem ich manches lernte. Er war aus einigen Grossstädten ausgewiesen worden und fand daher keine Stellung in seinem Beruf als Posamentierer, weshalb er sich, um weiteren Verfolgungen zu entgehen, in ein Bauerndorf zurückzog und sich mit der Verfertigung von Tuschuhren und Pantoffeln kümmerlich fortbrachte. Die Staatsanwaltschaft konnte ihm nichts nachweisen, erklärte aber, dass er sich gerade durch seine Zurückziehung in die Einsamkeit als gefährlicher Geheimbündler qualifiziere. Kacha, der bereits drei Monate in Untersuchungshaft war, litt infolge der wiederholten Inhaftierung und mangelhaften Gefängniskost an Bleichsucht und Skorbut. Nach 2 $\frac{1}{2}$ monatiger Haft hatte man ihm endlich Früh- und Abendsuppe bewilligt, die damals noch nicht eingeführt war. Er wurde als „Vorsteher“ zu einigen Monaten Arrest verurteilt, überlebte aber die Strafdauer nicht mehr, er starb als Märtyrer seiner Ueberzeugung im Inquisitenspital.

Später kam auch ein aus Amerika zurückgekehrter tschechischer Steinbrecher zu mir in die Zelle. Er war Analphabet, wurde jedoch trotzdem als Urheber des Bezuges anarchistischer Zeitungen in Ketten an das Landesgericht eingeliefert. Der Mann war wegen einer kleinen Arreststrafe wegen Rauferei nach Amerika gegangen. Er besass eine unüberwindliche Abneigung vor dem Arrest und wollte sich unter keinen Umständen dazu verstehen, die geringe Strafe abzubüssen. Als ihn die Sehnsucht nach der Familie doch wieder zur Heimat zog, kaufte er sich in Amerika einen neuen Hut, den man in Zeitungspapier einwickelte, und gab seinen Nachbarn ahnungslos tschechische anarchistische Zeitungen, welche sie eine Zeitlang abonnierten. Er blieb einige Monate in Untersuchungshaft und wurde dann wegen Uebertretung des Kolportageverbotes zu einer geringen Strafe verurteilt. Wegen sozialistischer Umtriebe waren auch die Redakteure der harmlosen Arbeiterzeitschrift „Naše Lysti“ in Haft, die keine Ahnung vom Sozialismus hatten und erst durch uns aufgeklärt wurden. Ich lernte schon damals begreifen, dass man in Oesterreich nur durch ungestümes Verlangen etwas erreichen kann.

Nach vierzehntägiger Haft eroberte ich mir Spitalkost. Das erstmal liess mich der Gefängnisarzt durch Justizsoldaten aus dem Ordinationszimmer hinauswerfen, als ich aber Beschwerde führte und jeden Tag wiederkam, gab er nach. Dieser Sieg wurde im ganzen „hohen Hause“ lebhaft besprochen. Die Universität am Karlsplatz, wie das Landesgericht genannt wurde, war für die jungen Genossen eine gute Schule. Sie kamen mit älteren, erfahrenen Parteigenossen zusammen, wurden durch sie von den überspannten Ideen einer baldigen Abrechnung befreit und setzten, als sie nach Hause kamen, mit praktischer Tätigkeit ein. Nach der Straffentlassung wurden die Genossen auf die Polizeidirektion geführt, dort für das Verbrecheralbum photographiert, aus Prag, das sie oft nur als Häftlinge betreten hatten, für immer ausgewiesen und mit Marschroute in ihre Heimat geschickt. In unserem Prozess wurden nur zwei Genossen freigelassen. Gegen einen musste das Verfahren eingestellt werden, weil er tot war, und der andere wurde freigesprochen, weil er dem Gericht plausibel machen konnte, dass er Analphabet sei! Die Kenntnis des Lesens und Schreibens war also Mitte der Achtzigerjahre in Böhmen ebenso strafbar, wie diese Künste einst in den Südstaaten Amerikas für die Negersklaven verboten wurden. Diese Furcht des Bürokraten- und Polizeistaates, der die Bildungsbestrebungen der Arbeiter so weit verfolgte, dass die Staatsanwaltschaft sogar die Klassiker konfiszieren liess und nicht mehr herausgab, hatte jedoch auch ihr Gutes. Sie liess die Streitigkeiten zwischen den Gemässigten und Radikalen nicht aufkommen und führte sie immer wieder zusammen, trotz jahrelanger Hänseleien. Gefährlich war nur das von den Staatsweisen unterstützte Spitzelsystem, das unter der Arbeiterschaft selbst ein fressendes Misstrauen hervorrief, das manch gute Parteigenossen traf und tödlich verletzte. Deutschböhmen hat von diesen Anarchistenmachern im Polizeidienst nicht so viel verspürt wie Wien, Wiener-Neustadt und andere Gebiete. Trotzdem war auch unter uns das Misstrauen so gross, dass wir unseren Genossen Dr. Adler im Verdacht hatten, er wolle die Bewegung verbürgerlichen, als er das erstmal mit der „Gleichheit“ hervortrat. Ich sendete ihm die erste Partie „Gleichheiten“ mit dem Bemerkten zurück, dass ich keinem Doktor mehr traue, die seit der französischen Revolution die Arbeiter nur an der Nase herumgeführt hätten.

Bald wurde jedoch dieses Misstrauen durch die Wirksamkeit Adlers beseitigt. Er war es, der, als der letzte anlässlich einer Versammlung in Böhmen durch das Prager Gericht geheimbündlerischer Umtriebe angeklagt, dem ungesetzlichen Spuk eines Prager Ausschusses durch seine Appellation an den Obersten Gerichtshof ein Ende machte. Er brachte das Einigungswerk zu Hainfeld zustande, das die letzten Nachwirkungen des Misstrauens überwand, und stellte sich kühn der Wiener Holzingerie entgegen, die ihn wohl noch einige Monate Gefängnis kostete und die „Gleichheit“ begrub und doch in das allzu intime Verhältnis zwischen Justiz und Verwaltung eine Bresche schoss.

Zwar blieb die Bürokratie noch lange ihren Gewohnheiten treu und die Rubrik „Wie man uns behandelt!“ musste jahrelang in den Parteiblättern fortgesetzt werden, während die Abgeordneten Dr. Kronawetter und Pernerstorfer das Willkürregiment im Parlament geisselten.

Die grosse Auferstehung der österreichischen Arbeiterschaft am Tage der ersten Maifeier riss jedoch die letzten Dämme des alten Willkürregimentes nieder und bewies, dass die Verfolgungen in den vorhergegangenen Jahren nicht umsonst getragen wurden. Seit jener Auferstehung sind nun wieder zwanzig Jahre ins Land gegangen, machtvolle Organisationen stehen uns zur Seite und mehren in gigantischen Kämpfen unsere Erfolge.

Im Parlament wirkt eine grosse Fraktion für die Interessen des Proletariats und auch in die Landtage und Gemeindestuben ziehen unsere Genossen als Bekämpfer einer verrotteten Verwaltung ein. Zur Sicherung und Verjüngung unserer Bewegung erheben sich die Frauen und die Jugend, unaufhaltsam steigen wir zu höheren Machtformen empor, und jene Kämpfe und Verfolgungen von 1868 bis Ende der Achtzigerjahre muten an wie ein Märchen. Wenn sich heute Justiz und Verwaltung auch den Arbeitern gegenüber auf den Standpunkt der Gesetzlichkeit stellen müssen, so entspricht dies ganz unserer Erkenntnis über die Tatsache, dass erst die Macht des Proletariats den Klassenstaat zur gleichen Handhabung der geltenden Rechtsordnung zwingt, nicht der gute Wille. Da jedoch mit der zunehmenden Machtfülle des Proletariats die herrschenden

Klassen in steigende Sorge um ihre eigene Erhaltung geraten, wachsen auch die bürgerlichen Machtpotenzen und der Klassenstaat muss neuerlich für sie mit in die Bresche treten, wodurch das Proletariat in die Periode grosser entscheidender Kämpfe gedrängt wird.

Früher war es der Guerillakrieg einzelner schwacher Vereine und Personen gegen eine übermächtige Gewalt, in welchem das Bürgertum der Staatsgewalt allein die Abwehr der lästigen Dränger überlassen konnte. Heute aber ist es der organisierte Kampf der herrschenden Klassen unter der Deckung der Staatsgewalt, gegen den wir unseren Aufstieg zu vollziehen haben. Das alte liberale Bürgertum empfand doch noch unter den Ueberlieferungen der Revolution so etwas wie Scham über die Entrechtung und Niedertrötung der Arbeiterklasse, während die heutige klerikale und freisinnige Bourgeoisie von solchen Empfindungen frei ist und alle Register des Wahlbetruges und Amtsmissbrauches, der Aussperrung, Massregelung und Organisation des gelben und schwarzen Streikbruches sowie der politischen Verleumdung gegen uns loslässt. Sie stürzen sich mit dem Grimme des gefährdeten Raubtieres auf das Proletariat, sie suchen die Arbeiter zu spalten und schauen mit Vergnügen auf die Episode des Bruderkampfes zwischen den tschechischen Autonomisten und Zentralisten, weshalb die Entfaltung all unserer Kräfte notwendig ist, um uns vor zeitweiligen Rückschlägen zu behüten. Es wird noch ein langer, mühevoller Weg durchschritten werden müssen, bevor wir den Klassenstaat überwinden und dem Kapitalismus ein Ende bereiten können, viele opfervolle Kämpfe harren unser, viel Widerstand in und ausserhalb unserer Organisation muss noch behoben werden. Trotzdem sind wir ohne Sorge und gehen gehobenen Mutes und voll Zuversicht den ferneren Kämpfen entgegen. Aus kleinen Anfängen und gegen die ärgsten Verfolgungen haben wir uns zu einer imposanten Macht durchgesetzt, die ehernen Gesetze der Entwicklung werden uns ermöglichen, das Höchste zu erringen.

Julie Romm: Martin Eden

Das neueste Buch Jack Londons „Martin Eden“ wird von den tonangebenden literarischen Kritikern Amerikas nicht glimpflich behandelt. Sie rächen sich für die Blossstellung, die er in diesem Buche an ihnen vollzogen hat. Und nicht an ihnen allein. Die ganze honette bürgerliche Gesellschaft mit ihren enggezogenen und ängstlich gehüteten Grenzen, die jede wirkliche Eigenart mit argwöhnischen, feindseligen Blicken betrachtet, die keinen anderen Massstab kennt und anerkennt als den Erfolg, den Erfolg, der sich in klingende Münze umsetzen lässt; die innere Hohlheit und Urteilslosigkeit dieser Gesellschaft, ihr Mangel an Würde, ihre Verlogenheit und Feigheit, ihre Herdennatur, der jede selbständige Empfindung, jeder freie Gedanke ein Greuel ist: Jack London geisselt sie erbarmungslos.

Man sagt, dass ein gut Teil Autobiographie in diesem Roman enthalten sei. Wie dem auch sein mag, das Buch ist trotz mancher Breiten und Schwächen an sich interessant genug, um eine ernsthafte Besprechung zu verdienen. Jack London hat überdies trotz seiner Jugend — er ist erst 34 Jahre alt — bereits so vielseitige Proben eines starken und eigenartigen Talentes gegeben, dass es geschmacklos ist, ihn aus verletzter Eigenliebe wie den ersten besten zu behandeln. Seine seit Jahren bekannte offene Parteinahme für den Sozialismus hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die literarischen Wortführer des Bestehenden milder gegen ihn zu stimmen.

Es wäre interessant, nach Analogien zu suchen zwischen Martin Eden, dem Helden seines neuen Romans, und dem Autor selbst, wofür sich zahlreiche Anknüpfungspunkte darbieten. Aber da dies mit dem Buche selbst und seiner ästhetischen Würdigung nichts zu tun hat und nur für den ein tieferes Interesse hat, dem Jack London aus früheren Arbeiten näher getreten ist, muss ich darauf verzichten.

Martin Eden ist ein 21jähriger Matrose, in San Franzisko geboren, der trotz seiner Jugend sich bereits viel in der Welt umhergetrieben und mit offenen Augen um sich gesehen hat. Früh auf sich selbst gestellt, hat er wenig gelernt und seine Er-

ziehung ist arg vernachlässigt. Er ist ein schöner, kräftiger, warmherziger Junge, dem die Weiberherzen mühelos zufliegen. Und bei aller äusseren Derbheit und Zügellosigkeit, wie sie das abenteuerliche Leben eines Seemannes mit sich bringt, schlummert in Martin, ihm selbst noch unbewusst, eine leidenschaftliche Sehnsucht nach Schönheit, ein Durst nach Wissen, nach Erkenntnis.

Der Zufall fügt es, dass er einem jungen Studenten einen Dienst leistet, indem er ihn durch seine überlegene Kraft und Geschicklichkeit von einer Rotte rauflustiger Burschen befreit. Die Familie des Geretteten will ihn kennen lernen. Damit setzt die Erzählung ein und zugleich der Wendepunkt in Martin Edens Leben.

In dem reich und geschmackvoll eingerichteten Hause der Morse tritt Martin mit einem Schlage alles entgegen, was seinem Leben bisher gefehlt hat und was er in dumpfer Ahnung als Mangel empfunden, ohne dass er sich je darüber klar geworden. Die geläuterte Atmosphäre eines durch Kunst und Wissenschaft, durch Bildung und Gesittung verfeinerten Kreises, die Zartheit und Innigkeit des Familienlebens, die der frühzeitig Verwaiste, dessen Geschwister der Kampf ums Leben in alle Winde verstreut hat, nie gekannt hat. Und nicht zuletzt die Tochter des Hauses, Ruth, ein zartes Geschöpf mit ästhetischen Neigungen und Bestrebungen, die dem naiven Jungen wie die Verkörperung aller Schönheit und Reinheit erscheint und in die er sich mit der ganzen unverbrauchten Leidenschaft eines unberührten Herzens verliebt.

Sie ist nur wenige Jahre älter als er und sie, die das Leben nur aus Büchern kennt und noch nichts erlebt, nichts erfahren hat, dünkt sich dem guten Jungen, dessen unverhohlene Bewunderung ihr schmeichelt, so überlegen, dass sie sich zu seiner Beschützerin aufwirft. Im Verkehr mit ihr, beflügelt durch die Liebe, erwachen all die schlummernden Kräfte seiner Seele zu einem so intensiven Leben, dass Ruth aus dem Staunen nicht herauskommt. Mit gewaltiger Willensanstrengung, mit Einsetzung seiner ganzen ungewöhnlichen Energie und ebenso ungewöhnlichen Fähigkeiten holt er in überraschend kurzer Zeit nach, was an seiner Erziehung versäumt worden, stürzt er sich in die ernsthaftesten, schwierigsten und verwickeltesten Studien, um Ruths würdig zu werden, um sie zu erringen. Er will Schriftsteller werden. Er hat seine Kraft erkannt und er ist felsenfest überzeugt, dass er sich durchsetzen wird, allen Schwierigkeiten zum Trotz. Auch Ruth liebt ihn, widerstrebend, gegen ihren Willen, da er so ganz und gar nicht der Vorstellung entspricht, die sie sich in ihren Träumen von ihrem zukünftigen Gatten gemacht hat. Aber sie kann nicht anders. Der Instinkt, der sie zu ihm zieht, ist mächtiger als alles Raisonement. Sie liebt die Kraft, die von ihm ausströmt, die sie in ihrer verzärtelten, verweichlichten Ueberfeinerung als brutal empfindet und die sie doch mit sich fortreisst. Auch der Widerstand der Eltern vermag nicht dagegen aufzukommen.

Martin hat sich zwei Jahre ausbedungen, um seine ehrgeizigen Träume verwirklichen und Ruth heimführen zu können. Es handelt sich für ihn um Leben und Tod. Er muss arbeiten, um leben zu können. So unterbricht er seine Studien, seine literarische Tätigkeit immer wieder, um in harter Arbeit, wie sie sich ihm gerade bietet, sein Brot zu erwerben und etwas beiseite zu legen für die Monate anstrengender geistiger Arbeit.

Niemand hilft ihm dabei. Ruths Eltern sehen das Verlöbniß ihrer Tochter mit dem nicht zu ihrer Klasse Gehörigen, der in allem anders denkt und fühlt als sie, nur als ein Provisorium an. Ja, wenn er seine schönen Fähigkeiten geschäftlich verwerten, eine Stellung annehmen wollte, dann könnte Morse durch sein gesellschaftliches Uebergewicht, durch seine Verbindungen ihn schon vorwärts bringen. Und Ruth denkt wie sie. Auch sie hält Martins Festhalten an seinen Plänen, allen Schwierigkeiten, allen Enttäuschungen zum Trotz, für unverzeihlichen Eigensinn.

Er aber arbeitet, arbeitet und hungert. Er gönnt sich kaum den notwendigsten Schlaf. Mit dem Leichtsinne der Jugend, unterstützt durch eine ungewöhnlich kräftige Konstitution, wütet er gegen sich, leidet die grössten Entbehrungen, die bitterste Not und wäre längst verhungert, wenn nicht seine Wirtin, eine arme portugiesische Waschfrau, mit der steten Hilfsbereitschaft der Armen ihn vor dem Aeussersten bewahrt hätte.

Auch Ruth fällt es auf, wie sein Gesicht immer schmaler, immer eingefallener

wird, wie fieberhaft seine Augen glänzen. Aber was weiss sie von Not und Hunger, die in Glanz und Wohlleben Aufgewachsene, vor allem Unschönen, Abstossenden ängstlich Behütete! Sie sieht mit heimlicher Genugtuung, wie das Gesicht ihres Liebsten immer feiner, immer durchgeistigter wird.

Und je mehr Martin in strenger geistiger Arbeit wächst, um so weiter entfernt er sich innerlich von Ruth und ihren Eltern und dem ganzen Kreise, der dem naiven Kinde aus dem Volke anfangs als Inbegriff aller Bildung und Kultur erschienen war. Längst sind ihm die Augen aufgegangen für ihre geistige Unfreiheit, ihre Unfähigkeit, mit eigenen Augen zu sehen, dem eigenen Urteil zu folgen. Und er weiss, wieviel höher er selbst steht, dem keine fremden Massstäbe gelten, der dem Sittengesetz in der eigenen Brust die Treue bewahrt. Aber seine Liebe zu Ruth hat darunter nicht gelitten. Und ebensowenig sein Entschluss, sie zu erringen. So arbeitet und hungert er weiter. Die Manuskripte unter seinem Tische, die er den Redakteuren eingeschickt und zurückerhalten, türmen sich auf in dem kleinen, armseligen Zimmerchen, das er bewohnt. Kaum dass hin und wieder eine kleine Arbeit angenommen und schlecht bezahlt, ihn für ein paar Tage herausreisst aus dem Zustande des langsamen Verhungerns.

Ein Zufall führt ihn eines Abends in eine sozialistische Versammlung. Er ist interessiert und meldet sich zum Worte. Martin ist Individualist, ein begeisterter Jünger Herbert Spencers und prinzipieller Gegner des Sozialismus, der ihm allen Gesetzen der Entwicklung zu widersprechen scheint. Er spricht gut und eindrucksvoll und seine Worte rufen eine leidenschaftliche Diskussion hervor, die auch ihm ganz neue Gesichtspunkte eröffnet. Am anderen Tage bringen die Zeitungen lange, aber durchaus verlogene Berichte über die Versammlung, in welchen Martin als sozialistischer Führer hingestellt und ihm allerhand blutrünstige Reden in den Mund gelegt werden.

Und nun geht das Pandämonium los.

Ruth schreibt ihm einen Absagebrief. Sie ist sittlich entrüstet über sein Verhalten und kehrt reuig in den Schoss ihrer Familie zurück. All seine Versuche, sie zu sehen, scheitern. Als er sie endlich trifft, muss er einsehen, dass es zu Ende ist zwischen ihnen.

Martin ist wie vor den Kopf geschlagen. In stumpfer Apathie sieht er zu, wie alle sich gegen ihn wenden. Die Kleinhändler seiner Nachbarschaft, bei denen er seine kleinen Einkäufe gemacht und einen allerdings sehr beschränkten Kredit genossen hat, kündigen ihm denselben. Die Gassenjungen laufen johlend hinter ihm her. Die zerlumpten Kinder seiner Wirtin, der einzigen, die treu zu ihm hält, kommen täglich mit blutigen Nasen heim, die sie sich in seiner Verteidigung geholt.

Da mit einemmal wendet sich das Blatt. Einer der ersten Verleger hat eine grössere Arbeit von ihm herausgegeben. Das Buch wird ein gewaltiger Erfolg. Und nun strömen Gold und Ruhm ihm in Hülle und Fülle zu. Man reisst sich um ihn. Er ist der Held des Tages. Die Manuskripte, die sich seit Jahr und Tag unter seinem Tische angehäuft, die kein Redakteur gewollt, die ständig zurückgeschickt wurden, sie werden mit Gold aufgewogen. Die respektabelsten Leute, Männer in Amt und Würden, Politiker, alle, die ihn so lange gemieden wie einen Aussätzigen, überhäufen ihn mit Einladungen, rechnen es sich zur Ehre an, ihn bei sich zu sehen. Auch Ruths Eltern versuchen, ihn wieder in ihr Haus zu ziehen. Und da er ihrer Einladung nicht folgt, erscheint eines Abends Ruth bei ihm im Hotel, in welches er übersiedelt ist. Sie ist aufgelöst in Liebe und Reue. Sie fleht seine Verzeihung an. Sie, die Zarte, Vornehme, Verwöhnte bietet sich ihm an.

Für ihn ist alles zu spät. Die dumpfe Apathie, die sich seiner bemächtigt hatte, als mit dem Zusammenbruch seiner Liebe der Boden unter seinen Füssen wankte, ist nicht von ihm gewichen. Sie ist im Gegenteil gewachsen unter der jäh über ihn hereinbrechenden Wandlung seines Schicksals, die das verdüsterte Gemüt des Kranken sich nicht zu erklären vermag. Die fortdauernden Entbehrungen, die chronische Unterernährung der letzten Jahre verbunden mit dem Uebermass schwerer geistiger Arbeit, dem Mangel an Ruhe und Schlaf, haben das Nervensystem Martins so überreizt, dass die auf ihn einstürmenden Ereignisse eine völlige Nervenerschöpfung bei ihm ausgelöst haben. Mit der Unabweisbarkeit einer fixen Idee kreisen seine Gedanken beständig um

den einen Punkt, für den das arme, gemarterte Hirn keine Erklärung findet: Woher dieser plötzliche Umschwung im Verhalten der Menschen gegen mich? Ich bin der gleiche geblieben, der ich war. Mein Werk ist dasselbe geblieben. Es ist also nicht Martin Eden, den sie feiern, nicht seine Arbeit, die sie so hoch einschätzen. Es ist der Erfolg, dem sie nachlaufen. Es ist der Ruhm, es ist das Gold, das ihnen Achtung und Bewunderung einflösst.

Aus diesem Gedankengang heraus steigt der Ekel in ihm auf, eine unsägliche Bitterkeit und Menschenverachtung. Der Ruhm, die Liebe — alles scheint ihm besudelt, in den Staub gezerzt. Nie wieder will er eine Zeile schreiben. Er will fort, sich in der Einsamkeit einer stillen Insel der Südsee, fern von den Menschen und ihrer verlogenen Kultur vergraben. Der Anblick der Menschen tut seinen überreizten Nerven weh. Wie mit dunklen Fittichen senkt sich eine tiefe Schwermut, eine dumpfe Freudlosigkeit und Gleichgültigkeit immer dichter und dichter auf ihn herab. Schliesslich beherrscht ihn nur ein Wunsch, eine Sehnsucht — die Sehnsucht nach Ruhe, nach Vergessen.

So sind es auch in „Martin Eden“ die Typen aus dem Volke, die schlichten, in ihrem urwüchsigen Empfinden nicht durch Reflexion verkrüppelten Seelen, deren Lieben und Hassen sich in so einfachen, natürlichen Formen äussert, die uns so köstlich lebendig anmuten. Da ist die schon erwähnte portugiesische Waschfrau Maria Silva mit ihrer zahlreichen Nachkommenschaft, welche sie in saurer Arbeit schlecht und recht aufbringt. Sie ist Witwe und sie hat ein ungezügelter Temperament, die gute Maria. Ihre Zunge geht gar oft mit ihr durch. Und in regelmässigen Zwischenräumen ersüft sie ihren Kummer und ihre grosse Müdigkeit in einer Gallone dünnen, sauren Weines, den sie für 15 Cents vom Krämer kauft. Aber darum hat sie doch das Herz auf dem rechten Flecke und teilt, ohne viel Wesens davon zu machen, ihr armseliges bisschen Essen mit dem hungrigen Martin, den alles verlässt.

Da ist Lizzie Connolly, die junge Arbeiterin, die, als Kind verwaist und auf sich selbst gestellt, es frühzeitig lernen musste, nur der eigenen Kraft zu vertrauen. Es ist ihr nicht leicht geworden, jung und schön und schutzlos, wie sie ist, sich rein zu bewahren. Darum blicken ihre Augen auch hart und trotzig und die Haltung des jungen Körpers ist aufrecht und selbstbewusst. Ihre Sprache ist rau und ihr Wissen sehr dürftig. Aber wenn sie liebt, ist ihre Hingabe grenzenlos und nichts in der Welt kann sie irremachen in ihrem Empfinden.

Da ist Joe, der Wäscher, der lieber als Vagabund durch die Welt ziehen als länger wie ein Sklave schuften will. Dessen schönste Erinnerung die wenigen Wochen sind, die er, an Typhus leidend, einst im Hospital zubrachte.

Die Kritik wirft Jack London vor, dass er kein Stilist sei. Auch dieser Vorwurf ist ungerecht. Sein Stil ist eigenartig, nichts weniger als akademisch, von ungemeiner Lebendigkeit und plastischer Bildkraft. Er lässt seine Menschen den Jargon der Strasse sprechen, wie sie es im Leben tun, und scheut nicht davor zurück, eigene Worte zu erfinden, wenn seine Gedanken dadurch besser wiedergegeben werden. Er hat sich eben, dank seinem ungewöhnlichen Entwicklungsgang, die Ursprünglichkeit bewahrt, die anderen unter dem nivellierenden Einfluss der Schule und der akademischen Erziehung allmählich abhanden kommt. So schreibt er nicht in abgegriffenen Wendungen und schön stilisierten Sätzen, sondern hat eben seinen eigenen Stil, der, was ihm vielleicht an Schönheit mangelt, durch Kraft und Lebendigkeit reichlich ersetzt.

Jack Londons Leben ist bisher eigenartig genug verlaufen. In San Franzisko 1876 geboren, zog er, ein Kind noch, ohne die Schule beendet zu haben, nach Klondyke, wo die neuerschlossenen Goldfelder Scharen Abenteuer- und Beutelustiger anlockten. Kaum 16 Jahre alt, ging er zur See, war in Japan und in der Behringssee auf der Seehundsjagd. Dann zog er als Tramp durch die Vereinigten Staaten, um ökonomische und soziologische Studien zu machen. Den russisch-japanischen Krieg machte er als Kriegskorrespondent mit. Seitdem lebt er, wenn er nicht auf hoher See ist, wohin es ihn immer wieder mächtig zieht, in Kalifornien.

Dass ein an Abwechslung und abenteuerlichem Reiz so reiches Leben, das sich unter ganz anderen Bedingungen abspielte, wie sie für die überwiegende Mehrzahl unserer stubenhockenden und in einem immerhin beschränkten Milieu lebenden

Schriftsteller gelten, auch andere Früchte zeitigt, ist natürlich. Eine Phantasie, genährt an gewaltigen Natureindrücken, eine Phantasie, die in der schnee- und eisstarrenden Wildnis Alaskas, deren Schweigen nur unterbrochen wird von dem Geheul hungriger Wölfe, ebenso zu Hause ist wie in dem tropischen Zauber der Südseeinseln. Ein Auge, das die Aussenwelt bis in ihre unscheinbarsten Details mit der Schärfe und Exaktheit einer Momentphotographie in sich aufnimmt und festhält, wie nur das Leben in der freien Natur es entwickelt. Und eine Unbekümmertheit des Ausdrucks, die sich mitunter bis zur Saloppheit steigert.

Es ist ein tapferer, ehrlicher Geist, der aus seinen Werken spricht, der uns Respekt einflösst, auch wo wir ihm nicht folgen. Unter dem umfassenden Wissen, das er trotz seines Nomadenlebens erwarb, nehmen die Naturwissenschaften, vor allem die Biologie, eine hervorragende Stelle ein. So liegen seinen besten und reifsten Schöpfungen auch Entwicklungsmotive zugrunde.

Auch Emile Zola hat einen Künstlerroman geschrieben „L'Oeuvre“. Aber „L'Oeuvre“ schildert den Kampf des Künstlers mit dem Ideal, sein qualvolles Ringen um die Verkörperung des von ihm Geschauten, seine Enttäuschungen und seine Niederlage. Von alledem ist in Jack Londons Künstlerroman nichts zu spüren. Martin Eden zweifelt auch nicht einen Augenblick an sich selbst — trotz aller Enttäuschungen. Er kämpft gegen andere, nicht gegen sich selbst. Dort das sensible, künstlerische, von Skepsis angegriffene Naturell des einer alten Kultur Angehörigen — hier der auf das Tatsächliche gestellte, kluge, energische und bei aller Phantastik nüchterne Geist des Amerikaners. Man wird förmlich zu einem völkerpsychologischen Vergleich herausgefordert.

Bücherschau

Deutsche Parteiliteratur

Als vor fünfzehn Jahren der schmähliche Zusammenbruch des deutschen Liberalismus die bürgerliche Jugend aufrüttelte und der erste Wahlrechtssturm des österreichischen Proletariats ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterbewegung lenkte, wurde in Wien die „Freie Vereinigung sozialistischer Studenten und Akademiker“ gegründet. Von den Studenten, die durch ihre Schule gegangen sind, haben wohl die meisten, zu Amt und Würden gekommen, in das bürgerliche Lager wieder heimgefunden; aber auch ihnen hat die „Freie Vereinigung“ ein höheres Mass sozialer Erkenntnis, als sonst die bürgerliche Intelligenz zu besitzen pflegt, auf ihren Lebensweg mitgegeben. Viele „alte Herren“ der Freien Vereinigung sind aber der Partei treu geblieben; so mancher dient ihr nach Kräften heute noch als stiller Genosse, einzelne wirken für sie an weit sichtbarer Stelle. In der Liste der Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und des „Kampf“, unter den Redakteuren unserer Parteiblätter in Oesterreich und Deutschland, unter den Vortragenden unserer Bildungsorganisationen finden wir eine stattliche Anzahl treuer Genossen, die die „Freie Vereinigung“ erzogen hat. Diesem Studentenverein hat zur Feier seines fünfzehnjährigen Bestandes sein ehemaliger Obmann Genosse Dr. Max Adler sein Schriftchen „Der Sozialismus und die Intellektuellen“ gewidmet, das im Wiener Parteiverlag erschienen ist.

Adlers Broschüre will Studenten, Akademiker, Intellektuelle für den Sozialismus gewinnen. Der Verfasser will zeigen, was der Sozialismus als Kulturbewegung, der Sozialismus als Entwicklungsziel den Intellektuellen bedeutet. Mit Recht appelliert er nicht an das Standes-

interesse der freien Berufe, sondern an ihre Kulturinteressen; die Erfahrung beweist, dass nur wissenschaftliche Erkenntnis ein festes und dauerndes Band zwischen den Intellektuellen und dem Sozialismus zu schlingen vermag, während das Sonderinteresse des Standes sie nur zu jenen zünftlerischen, durch und durch reaktionären Bewegungen führen kann, für die uns eben jetzt die arbeiterfeindliche Aktion der Organisationen der Aerzte ein trauriges Beispiel gibt. Der warme eindringliche Ton erhebt Adlers Rede über das Niveau eines schlichten Vortrages; sie appelliert nicht nur an den Wissensdurst, an den Erkenntnistrieb, sondern auch an den gefühlswarmen Idealismus eines jugendlichen Hörerkreises. In diesem Vorzug sind freilich auch die Mängel der Broschüre begründet. Adler beurteilt die Aussichten des Sozialismus in den Schichten der Intellektuellen zu hoffnungsvoll; er unterschätzt die Schwierigkeiten, die gerade hier desto grösser werden, je mehr die Arbeiterklasse erstarkt, je weniger sie an das Mitleid, je mehr sie an die Macht appelliert; je weniger sie als Sekte voll mystischer Zukunftssehnsucht erscheint, je mehr sie ihre Kraft für die unmittelbaren Klasseninteressen einsetzt. Adlers Optimismus erscheint uns heute wenig begründet. Gerade in der jüngsten Zeit erstarkt an den deutschen Universitäten die Tendenz, die die strenge Scheidung der Wissenschaft von aller ethischer Wertung fordert. Diese Tendenz kann dem Marxisten wohl als ein methodologischer Fortschritt erscheinen, als eine wohlbegründete Reaktion gegen die unkritische Vermengung der theoretischen Erkenntnis und des politischen Urteils in der „historisch-ethischen Schule“. Aber der methodologische Fortschritt dient in Wirklichkeit reaktionärer Praxis: hinter all den methodologischen

Untersuchungen steckt, so oft sie sich auf Marx berufen mögen, doch nur die Absicht, die Sozialpolitik von den Kathedern, die Beschäftigung mit den Sorgen der Arbeiter aus den Seminarien zu weisen. In einer solchen Zeit ist Adlers Optimismus wohl kaum begründet; aber in der warmherzigen Propagandarede hören wir gern, was, im nüchternen Vortrag gesagt, zum Widerspruch reizen würde.

O. B.

Tschechische Parteiliteratur

Genosse Eduard Burian ist den Lesern des „Kampf“ kein Fremder. Im ersten Hefte des ersten Jahrganges unserer Zeitschrift haben wir seine vortreffliche kleine Programmbroschüre ausführlich besprochen. Wir freuen uns, heute von einer neuen Arbeit des jungen tschechischen Genossen berichten zu können. Unter dem Titel „Probleme der tschechischen Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der Arbeiterklasse“ hat Burian eine Schrift veröffentlicht, die uns in diesen Tagen, in denen ein grosser Teil der tschechischen Arbeiterschaft auf einen gefährlichen Irrweg geführt wurde, doppelt willkommen erscheint.*

Burian führt die Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie darauf zurück, dass nichtproletarische Elemente in die Partei eindringen, nichtproletarische Ideologien die Parteigenossen beeinflussen. Insbesondere die kleinbürgerliche Denkweise wird uns gefährlich. Gegen diese Gefahren schützt uns nur die theoretische Schulung. Es ist die grosse Aufgabe des Marxismus, die Bewegung der Arbeiterklasse gegen diese Gefahren zu verteidigen. In Oesterreich vor allem ist es die Aufgabe der marxistischen Propaganda, die internationale Einheit des Proletariats gegen die nationalen Tendenzen zu schützen, die sich in die Praxis unserer Partei eingeschlichen haben. Die Internationalität unserer Bewegung bedeutet freilich nicht nationale Indifferenz; sie setzt das Selbstbestimmungsrecht der Nation voraus. Die Sozialdemokratie kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie alle Nationen befreit. Wohl aber heischt die Internationale von uns, dass wir dem Sonderinteresse unserer Nation entgegen-treten, wenn es dem Gesamtinteresse des proletarischen Befreiungskampfes im Wege steht.

Burian wendet sich nun zunächst gegen den tschechischen Nationalismus. Ein ganzes Kapitel ist dem Kampfe gegen das böhmische Staatsrecht gewidmet. Ihm stellt Burian die realen Tendenzen der Entwicklung gegenüber, der Entwicklung zur „Zentralisation der Welt“, zu einer grossen internationalen Weltorganisation, deren Werden sich heute schon in der Entwicklung der Weltwirtschaft und des Völkerrechtes ankündigt.

Auch in Oesterreich treibt die wirtschaftliche Entwicklung zur fortschreitenden Zentralisation. Die tschechische Nation darf ihr Heil nicht im Widerstande gegen den Zentralismus suchen,

* *Problémy československé sociální demokracie. Příspěvek k národnostní politice dělnické třídy.* Napsal E. Burian. Selbstverlag des Verfassers. Preis K 1'20, für organisierte Arbeiter 80 h.

der durch die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung diktiert ist. Wohl aber muss dem Zentralismus in der Gesetzgebung ein Gegengewicht entgegengestellt werden in der Autonomisierung der Staatsverwaltung. Sie ist die Grundlage der nationalen Autonomie, die auf das Personalitätsprinzip aufgebaut werden muss. Dieses Programm allein entspricht den nationalen Interessen; die Bourgeoisie bekämpft es nur darum, weil es ihren Klasseninteressen widerspricht. Wir können dieses Programm heute freilich nur propagieren, nicht verwirklichen; aber ergeht es unseren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen nicht ebenso?

Das Schlusskapitel des Büchleins behandelt den Konflikt in unseren Gewerkschaften. Burian tritt sehr entschieden für den „Zentralismus“ in der Gewerkschaftsbewegung ein. Seine Forderung lautet: „Gemeinsamkeit der Arbeiterschaft in allen Lohnkämpfen, daher auch Einheit, Zentralisation aller gewerkschaftlichen Einrichtungen, die den Lohnkämpfen dienen; den Bedürfnissen der Partei können wir dadurch genügen, dass die Arbeiterschaft der einzelnen nationalen Gruppen diejenigen Einrichtungen der gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterklasse stehen, autonom verwaltet.“ Der nationale Streit darf uns nicht darüber täuschen, dass nicht die „Eigenart Oesterreichs“, sondern die Entwicklung des Kapitalismus, der hier derselbe ist wie in aller Welt, unser Vorgehen bestimmt! „In anderen Ländern muss die Arbeiterschaft mühevoll darüber belehrt werden, dass die Sozialdemokratie keine politische Partei ist wie die anderen, dass sie sich von ihnen grundsätzlich unterscheidet, dass sie eine neue Welt darstellt, die mit der alten nichts gemein hat. In Oesterreich haben wir gerade in der Internationalität ein unschätzbare Mittel, auch dem stumpfen Blicke zu zeigen, dass die Sozialdemokratie hoch über allen anderen Parteien steht.“

Burians Schrift ragt schon durch die marxistische Methode aus der ganzen tschechischen Parteiliteratur hervor. Sie ist wohl die erste selbständige marxistische Arbeit in tschechischer Sprache. Sie wird auf die tschechischen Leser desto stärker wirken, da Burian aus der tschechischen Geschichte und aus der tschechischen Literatur schöne Argumente für seine Thesen beibringt. Ganz frei von Mängeln und Lücken ist das Büchlein nicht; insbesondere in der Begründung der nationalen Rechte fällt Burian zuweilen in die naturrechtliche Argumentation zurück (Seite 31, 40), statt in den sozialen Entwicklungstendenzen ihren Ursprung zu suchen. Weit besser ist ihm die Darstellung der internationalen Tendenzen der modernen Geschichtsentwicklung gelungen; hier zeigt sich am deutlichsten der fruchtbare Einfluss des marxistischen Denkens, vor allem der Schriften Kautskys, den Burian seinen Lieblingslehrer nennt. Hoffentlich wird das Büchlein die Verbreitung finden, die es verdient. Die tschechischen Partei- und Gewerkschaftsbibliotheken sollten es nicht unterlassen, Burians Schrift den tschechischen Arbeitern zugänglich zu machen.

O. B.